CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E — Vertrieb: Krebsmühle-Druckerei, Weidengasse Str. 7, 6370 Oberursel 5 — Nr. 14 / Jahrgang 2 — November '85 — 3.0

NDREAS WISCHNER
RINZREGENTENSTR.46
-1000 BERLIN 31

Berufsausbildung in Selbstverwaltung

AUF DER SUCHE NACH MÖGLICHKEITEN EIGENER AUSBILDUNG IM SELBSTHILFEBEREICH

Foto: Rainer Berson

Wir lesen es fast täglich: „30.021 Jugendliche ohne Ausbildung in nur einem Jahrgang." „3.000.561 Menschen ohne bezahlte Beschäftigung". Politisch und wirtschaftlich nicht Handlungsbereite leiern ihre Untaten zur Aufhebung der Misere runter. Frust kommt auf. Draufhauen möchte mensch!!! Aber dann: Das Gefühl des future now – auch unter diesen Bedingungen – überwiegt. Mensch kommt irgendwie auf die Idee, sich selbständig zu machen. Mensch sucht nach Lücken in diesem System, um auch vom „Markt zu profitieren". Nach mittlerweile offiziellen Schätzungen gibt es in der BRD ca. 250.000 Menschen, die sich in diesen Nischen als Selbsthelfer niedergelassen haben. Schon schätzt die SPD diese „Bewegung" als „wichtiges Potential zur Bewältigung der Arbeitsmarktkrise" ein. Die Selbsthelfer(innen) als Büttel oder Instrument der Herrschenden zur billigen Bewältigung deren Wirtschaftskrise? Nein danke!!! Und dennoch, vollkommen abseilen aus diesem System geht nicht. Dies im Kopf, gibt es immer wieder Versuche, trotzdem einen eigenen Standpunkt zu finden. Politische Vorstellungen eines ökologisch orientierten, kollektiven Lebens und Arbeitens werden ausprobiert und zum Teil auch schon gelebt. Die Anzeigen in der TAZ, aber auch in den Fachzeitschriften machen deutlich, mensch braucht und will sich nicht mehr verstecken mit der geleisteten Arbeit. Der Ökolebensmittelmarkt zeigt, wieviel gesellschaftlich lange Jahre kaum genutzte Ressourcen mobilisierbar sind, wenn mit Kontinuität und Fachkraft eine Belebung von „ehemaligen Nischen" betrieben wird. Nach 5-6 Jahren der kollektiven Selbsthilfe sollen jetzt die erworbenen Qualifikationen auch formal durch Gesellen- und Meisterbriefe anerkannt werden. Das Interesse an Öffnung für an Mitarbeit und Qualifikation neu Interessierte nimmt zu.

Mit den ersten Schritten eigener Ausbildung im Selbsthilfebereich beschäftigt sich Martin Greve in seinem Beitrag auf Seite 6.

Einen Kriterienkatalog über Ausbildung in Selbstverwaltung und eine Besprechung des Handbuches „Berufsausbildung selber organisieren", erschienen bei Jugend & Politik, veröffentlichen wir auf den Seiten 6 und 7.

Abgerundet wird unser Schwerpunkt „Berufsausbildung in Selbstverwaltung" durch einen kritischen Beitrag Karl Bergmanns über die Lernwerkstatt der ASH-Krebsmühle auf den Seiten 7 und 8.

Intro...

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Ausgabe berichteten wir positives zum Anlaufen der CONTRASTE-Aktion. Leider stagniert die Kreditaktion seitdem. Letzter Stand der Aktion (25.10.):

8.200 DM

Zur Zeit benötigen wir noch weitere 15.000 DM an Krediten für die Zwischenfinanzierung. Mehr darüber auf der letzten Seite.

Schwierigkeiten zeichnen sich bei den Aboverlängerungen ab, die nach einem CONTRASTE-Jahr anstehen. Um unnötige Bürokratie zu vermeiden, folgender Aufruf **an alle schon Abonnierten:**

Das erste CONTRASTE-Jahr ist voll. Wenn Ihr nicht rechtzeitig vor Ablauf Eures Abos („Wann war das bloß...?") neu bestellt, müssen wir den Versand an Euch leider einstellen. Und das würde doch beiden Seiten leidtun, oder nicht? Schließlich bringt Euch die CONTRASTE exklusiv alles zum Thema Selbstverwaltung jeden Monat frisch auf den Tisch. Und so soll es bleiben. Eine Bitte noch: auf Eurem Adressaufkleber befindet sich eine Vertriebsnummer. Wenn Ihr diese bei der Überweisung angebt, haben wir weniger Arbeit bei der Aboverlängerung.

Also nochmals unser Rat: rechtzeitig neu bestellen befördert die CONTRASTE ein Jahr länger von uns zu Euch und damit maximale Zufriedenheit für beide.

In dieser Ausgabe:

Neue Eugenik
Haben sich die Humangenetiker und Mediziner die Zukunftsaufgabe gestellt, die Idealvorstellungen eines gesunden, schönen leistungsfähigen Menschen zu verwirklichen? Trägt humangenetische Beratung dazu bei, Behinderung als etwas Negatives zu bewerten, daß es unter allen Umständen zu verhindern gilt?
Ein Beitrag zu dieser Thematik von Anneliese Mayer, Sozialpolitische Koordinatorin des Behindertenbereiches der AG SPAK — **auf Seite 3**

Doch erstens kommt es anders...
Eine Chronologie der Auseinandersetzungen der Selbstverwaltungsbewegung im Saarland mit der saarländischen SPD seit den Landtagswahlen im März dieses Jahres — **auf Seite 4**

Hierarchie im selbstverwalteten Betrieb!?
Ein Beitrag von Bärbel Stiller. — **auf Seite 5**

Drei Betriebe – Drei Profile
Sechs Jahre Jurastudium – Abschlußarbeit – Themensuche – Thema: Arbeitsrecht in selbstverwalteten Betrieben. Eindrücke aus drei Betrieben schildert Torsten Eichler-Weiskorn — **auf Seite 5**

STATTwerke-Special: Haftungsassoziation
In Berlin soll eine neuartige Finanzierungseinrichtung für selbstverwaltete Betriebe gegründet werden. Mehr über dieses geplante „Spezialkreditinstitut" auf der STATTwerke-Special — **Seite 10**

Ärger mit der Kreditaufsicht
Nicht nur der Öko-Bank-Verein hat das Interesse der Bankenkontolleure in Berlin erregt – auch die Direktkreditvermittlung ist in die Schußlinie geraten. Ein Bericht über die Verhandlungen mit der Bankenaufsicht und dessen Ergebnis von Michael Makowski — **auf Seite 10**

Alternativer Betrieb von Amis eingekauft!
Weitere Stellungnahmen auf — **Seite 13**

Anders Arbeiten
....und das auf 'ner Messe!?
Sollten sich sich selbstverwaltete Betriebe auf einer normalen Messe – oder besser (Verkaufs)ausstellung darstellen? Eine kurze Einschätzung und ein Bericht über die Teilnahme Bremer Betriebe an den Messen BIOTA und ‚bauen und wohnen' — **auf Seite 14**

Vorwärts

– Abschied von einer nie geborenen Genossenschaft?

Es ist schon zum Lachen – aber eigentlich ist es zum Weinen: auf der einen Seite diskutieren wir in jeder CONTRASTE-Ausgabe unser Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei, bewundern die Kompetenz, aus der heraus das bislang vielleicht kompletteste Werk über selbstverwaltete Betriebe, die SPD-Broschüre „Selbstbestimmt arbeiten" entstanden ist, führen Gespräche mit lokalen und Bonner Partei-Politikern über Mitarbeiterselbstverwaltung, Reformen in der Wirtschaftspolitik, ... und dann sowas:

Erst am 16. September wurde als Sachberständiger und „ mit allen Vollmachten" zur Sanierung des ‘Vorwärts’ ausgestattet, Frank Dahrendorf vom Parteivorstand beauftragt, ein zukunftsweisendes Konzept für die SPD-Wochenzeitung zu erarbeiten und in die Wege zu leiten, womit er auch sogleich – in Absprache mit der ‘Vorwärts-Belegschaft begann. Nun aber zog nach Ben Wisch's Rückzug Hans Matthöfer in den Schatzkeller der Bonner SPD-Baracke ein und krempelte sogleich die Ärmel hoch.

Alles weitere zu diesem Drama auf Seite 2

Meinen Sie wirklich?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Aber sicher meinen wir

Name: ....

Adresse: ....

Gruppe/Betrieb/Beruf: ....

Abo DM 24.– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler / sonst DM 36.– (incl. Versand). Coupon ausgefüllt an Jutta Gelbrich, c/o ASH-Krebsmühle, 6370 Oberursel 5, einsenden und bitte sofort das Geld auf das Konto: Postgiroamt Frankfurt/Main, (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 3836 87-607 (J. Gelbrich) überweisen!

Schulhefte für Nicaragua

Am 19. Juli 1979 befreite sich das nicaraguanische Volk von der Somoza-diktatur. In vier Jahrzehnten Familiendiktatur haben schreckliche Armut von Millionen, staatlicher Mord und grausame Massaker an der einfachen Bevölkerung die Grundlage zum Volksaufstand in allen Landesteilen geschaffen. Der Diktator und seine Schergen fliehen ins Ausland.

Revolution und Liebe ist für uns das Gleiche. Revolution heißt, dem Hungrigen Essen geben, den Nackten zu kleiden, den Unwissenden zu lehren, dem Obdachlosen eine Wohnung zu besorgen, den Kranken zu heilen (in einem armen und unterdrückten Land wie dem unseren), aber nicht nur in einigen wenigen individuellen Fällen, sondern auf eine Weise, die die gesamte Gesellschaft umfaßt. Darum glauben wir mit dem Priester-Guerillo Camilo Tores, daß die Revolution wirksame Nächstenliebe ist.
(Ernesto Cardenal)

Eine Regierung der nationalen Einheit unter Führung der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) übernimmt die Leitung des Wiederaufbaus. Als erstes schafft sie die Todesstrafe ab und begnadigt die Folterer von gestern. Mit weltweiter Unterstützung werden in kürzester Zeit hunderttausende Bauern und Armenviertelbewohner alphabetisiert. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes erhalten die Armen eine kostenlose Gesundheitsversorgung, wird von Somosa enteignetes Ackerland den Besitzlosen übergeben, Kooperativen und Produktionsgenossenschaften gegründet.

Die Verbesserung oder der Aufbau der Infrastruktur wird auf alle Regionen des Landes ausgedehnt (Straßen- und Wohnungsbau, Wasserversorgung, Kommunikationssystem etc.). Die breite Mehrheit des Volkes hat nun Zugang zu Rechten, die jahrhundertelang nur den Reichen vorbehalten waren. Die junge Republik schließt sich der „Bewegung der Blockfreien" an und wird 1982 für diese in den Weltsicherheitsrat gewählt.

Diese Politik findet jedoch nicht nur Befürworter. Die nationale Bourgeoisie (Großgrundbesitzer), die ehemalige Nationalgarde und die Regierung der USA untergraben in verstärktem Maße von Anbeginn diesen Weg. An den Nord- und Südgrenzen Nicaraguas werden bewaffnete Sicherheitsgruppen – ca. 20.000 sogenannte Contras – aufgebaut, die ständig nach Nicaragua einfallen und das mühsam Aufgebaute zerstören, die Zivilbevölkerung terrorisieren, foltern und morden. Washington strebt die wirtschaftliche Isolation des Landes an und bedroht es militärisch durch Dauermanöver in Honduras, auf dem Pazifik und in der Karibik. Der CIA verminte monatelang die nicaraguanischen Häfen, was vom internationalen Gerichtshof in Den Haag zu Recht verurteilt, von den USA jedoch überhaupt nicht respektiert wurde. 1985 erhält die Contra allein 27 Mio. Dollar aus dem US-Budget als „humanitäre Hilfe", die vor allem dem Aufbau einer schlagkräftigen Söldnertruppe an der Südgrenze (Costa Rica) zukommen soll. Für Nicaragua bedeutet dies,

daß allein 25% des Haushaltes für Verteidigungsausgaben veranschlagt sind; Gelder, die bei einer friedlichen Entwicklung dem Aufbau des Landes zuständen.

Granatwerfer

Unsere 120 mm-Granatwerfer
Unsere 120 mm-Granatwerfer
machen beim Feuern einen Krach
daß einem Hören und Sehen vergeht.
Trotzdem packt uns jedesmal
eine Wut
denn da fliegen sie hin
die Krankenhäuser, die Schulen
die Erholungszentren
die wir nicht bauen können
weil wir uns verteidigen müssen.
(Luis Santiago Palacios Gómez)

Das Erziehungswesen

Acht Monate nach dem Sieg der Revolution begannen die Sandinisten 1980 mit der Alphabetisierungskampagne. Innerhalb eines halben Jahres konnte die durchschnittliche Analphabetenquote landesweit von 50% auf 12% gesenkt werden. 100.000 Alphabetisatoren lehrten 400.000 Menschen das Lesen und Schreiben. Im Rahmen der Erwachsenenbildung wuren und werden diese Ansätze weitergeführt. Gleichzeitig wurden im ganzen Land Schulen gebaut (Grund- und Hauptschulen, Gymnasien, berufsspezifische Schulen etc.), in verstärktem Maße Lehrer ausgebildet (1980 gab es 37.000, 1984 schon 53.000 Lehrer). Lesen und Schreiben lernen ist kein Privileg mehr (wie zu Somozas Zeiten), sondern ein Recht, das allen Menschen zusteht.

Schulhefte und andere Schreibprodukte für Nicaragua

Trotz der Erfolge in den letzten Jahren ist Nicaragua noch weit davon entfernt, ohne Engpässe in vielen Bereichen leben zu können. So gibt es z.B. keine Papierfabrik. Papier muß also gegen Dollars importiert werden.

Der Verbund Selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier – vup – hat beschlossen, auf dem Wege einer Spendenkampagne Gelder zu sammeln, um damit die Produktion von Schulmaterialien zum Selbstkostenpreis zu ermöglichen und diese dann dem Erziehungsministerium in Managua zukommen zu lassen. Auf dem evangelischen Kirchentag in Düsseldorf wurden DM 50.000 gesammelt, die vom Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal für die Beschaffung von Schulheften freigegeben wurden. Zur Zeit produziert – vup – gerade Schulhefte (A 4 liniert und kariert), die noch Ende 1985 nach Nicaragua geschickt werden sollen. Dies soll keine einmalige Aktion sein, sie soll in regelmäßigen Abständen fortgesetzt werden.

Nur wenige von uns können persönlich nach Nicaragua gehen, um selbst beim neuen Aufbau mit Hand anzulegen. Wir, die wir zuhause bleiben müssen, wollen in der Zeit, in der in der in unseren Betrieben die Produktion nicht voll ausgelastet ist, die Schulhefte, Schreibblocks, Schreibpapier und andere Schreibartikel natürlich aus vup-Umweltschutzpapier zum Selbstkostenpreis für Nicaragua herstellen.

Das Papier müssen auch wir bei den Papierfabriken einkaufen. Wir verpflichten uns aber, die Weiterverarbeitung zum reinen Selbstkostenpreis, d.h. ohne jeglichen Gewinnaufschlag durchzuführen. Wir verpflichten uns, für jeden Pfennig, den Sie für die vup-Solidaritäts-Aktion spenden, Rechenschaft abzugeben.

Wir bitten Sie, diese Solidaritäts-Aktion zu unterstützen. Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf das

Konto Nr. 976 738
BLZ 330 50 000
Stadtsparkasse Wuppertal
Stichwort: Erziehungsministerium –Schulhefte
Informationsbüro Nicaragua
Katernbergerschulweg 123
5600 Wuppertal 1

Die Aktion 'Schulhefte für Nicaragua' wird bislang getragen und unterstützt von:
Verbund Selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutz-Papier (blätterwald e.G., Oberursel/Frankfurt; Papyrus, Augsburg; UWS-Papier, Stuttgart; WUP, Hamburg; Zettelwirtschaft, Roth/Hunsrück); GEPA Aktion Dritte Welt Handel, Schwelm; Monimbo, Dietzenbach; Info-Büro Nicaragua, Wuppertal; Alternativ Handel, Salzburg/Österreich; Papavero, Bozen/Italien.

Absender .....
.....
.....
.....

An
blätterwald e.G.
Niederurseler Straße 7
6370 Oberursel 5

Betrifft:

100.000 Schulhefte für Nicaragua

Wir wollen uns an der Kampagne beteiligen und bitten um Zusendung von:

☐ weiterem Informationsmaterial
☐ .... Sammeldose(n) zum Aufstellen neben der Ladenkasse
☐ .... Aufrufe mit Überweisungskarte
☐ .... Sätze Solidaritätspostkarten zu 12 Stück à DM 10,— pro Satz
☐ .... x 10 Solidaritätsplakate A2 zum Preis von DM 50,—/10 Stück

Zur Unterstützung der Kampagne haben wir
☐ auf das o.g. Konto DM ..... überwiesen
☐ einen Scheck in Höhe von DM ..... beigelegt

Datum ..... *Unterschrift*

Fortsetzung von Seite 1

VORWÄRTS – Abschied von einer nie geborenen Genossenschaft?

Schatzmeister haben ja bekanntlich nichts als die Vermehrung der von ihnen verwalteten Schätze im Sinn und so begann Genosse Hans – ungeachtet vorangegangener inhaltlicher Gespräche und struktureller Vereinbarungen – mit der Erarbeitung eines eigenen Konzepts, mit dem das Blatt inhaltlich umgestaltet und abgesichert werden soll. Laut Frankfurter Rundschau vom 15.10 verlautete aus der Baracke, daß der 'Vorwärts' künftig in der Frankfurter Union-Druckerei hergestellt und im gleichen Format wie „metall", Zeitschrift der Industriegewerkschaft Metall, erscheinen soll. Offensichtlich will Matthöfer den 'Vorwärts' in ein leicht lesbares, auflagenstarkes Magazin, ohne große gesellschaftspolitischen Ansprüche umwandeln, das womöglich kaum mehr auf Subventionen angewiesen ist und bei der promotion für Bruder Johannes im bevorstehenden Bundestagswahlkampf ein wichtiges Medium für die PR-Arbeit sein wird. Nach abgeschlossenem Wahlkampf wird sich der Aufwand wohl nicht mehr lohnen und der bislang eher substantielle 'Vorwärts' und das SPD-Jubelblatt 'Sozialdemokrat-Magazin' zu einem Jubelblatt verschmelzen.

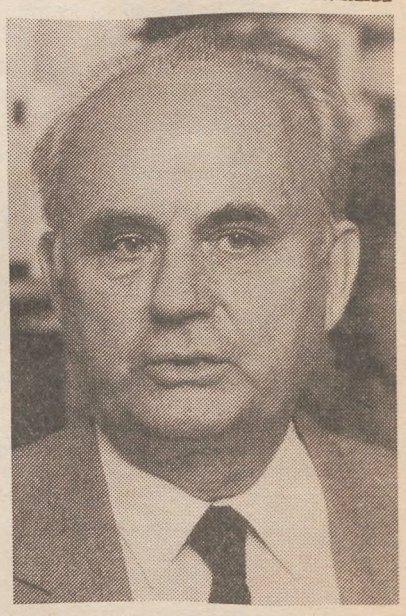
Zum heutigen Zeitpunkt sind dies allerdings noch Vermutungen.

Fakt hingegen ist, daß Dahrendorf sich durch den Alleingang Matthöfers genötigt sah, seinen Auftrag niederzulegen. Laut FR zeigte er sich von Matthöfers Konzept völlig überrascht und bezeichnete dessen Vorstellungen als „dilletantisch und unprofessionell".

Und unsere Kollegen von der 'Vorwärts'-Redaktion?
Noch vor wenigen Wochen (vgl. unser Interview in CONTRASTE Nr. 11) zeigten sie sich optimistisch und bereit, ihren Teil zur Sanierung des Blattes beizutragen. Von ihnen kam die Idee von der 'Vorwärts-Genossenschaft', sie waren bereit, auch einen Teil des Risikos bei Fortführung der Zeitung zu übernehmen, als selbstverwalteter Betrieb im Rahmen der Genossenschaft.

Der selbstverwaltete Betrieb in den eigenen Reihen ist der SPD momentan wohl doch noch zu viel. Oder sind die Meinungen, die in der "Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen" vertreten werden, absolut nicht durchsetzbare Außenseiterpositionen? Hat die Arbeitsgruppe in der Partei nur Alibifunktion oder die Aufgabe im grün-alternativen Bereich Wählerstimmen zu fangen? Sollte die SPD sich wirklich sang- und klanglos von der verabschieden, dürfte sie für die selbstverwalteten Betriebe in absehbarer Zeit wohl kaum noch ein interessanter Diskussionspartner sein, wenn es um die „Entwicklung eines konkreten Konzepts für die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens" oder ähnliches geht.

Jochen Reinalda



Hans Matthöfer Foto: poly-press

Neue Eugenik*:

HUMANGENETISCHE BERATUNG

Der bundesweite Zusammenschluß der Krüppel- und Behinderteninitiativen beschäftigte sich auf seinem letzten Treffen im Herbst mit dem Thema ‚Humangenetische Beratung". In der Diskussion wurde sehr bald klar, daß die humangenetische Beratung dazu beiträgt, Behinderung als etwas Negatives zu bewerten, das es unter allen Umständen zu verhindern gilt. Das gesellschaftliche Verhältnis zu uns Behinderten/Krüppeln wird sich in den nächsten Jahren bestimmt dahingehend wandeln, daß wir noch stärker an den Idealvorstellungen eines gesunden, schönen, leistungsfähigen Menschen gemessen werden, deren „Produktion" die Humangenetiker und Mediziner sich für die Zukunft zur Aufgabe gestellt haben.

Einen Überblick über die Auseinandersetzung mit der humangenetischen Beratung soll folgender Beitrag geben:

Seit einiger Zeit setzen sich die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen mit einer neuen Technologie auseinander. Es vergeht kaum ein Tag, an dem sich die Medien nicht mit neuen Erkenntnissen dieser Wissenschaft zu Wort melden. Ihr „großer Nutzen" für die Landwirtschaft (vor allem in der Dritten Welt) und für den medizinischen Bereich (Stichwort: Insulinbehandlung) wird ständig von den Forschern betont. Auch für die Anwendung in einem möglichen Kriegsfall werden derzeit immer wieder neue Versuche an Bakterien unternommen, die zur Vernichtung ganzer Pflanzenkulturen bestimmt sind. Die Rede ist hier von der Gentechnik.

Auch die Linken – und hier besonders die Frauen – diskutieren dieses Thema. Im April dieses Jahres fand in Bonn der Kongreß „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik" statt, an dem über 1700 Frauen teilnahmen. Dieser Kongreß hatte zur Folge, daß sich in den verschiedensten Städten Arbeitsgruppen bildeten und einzelne Veranstaltungen zur Gentechnik durchgeführt wurden. Im Gegensatz zu den Wissenschaftlern und Politikern sehen die Frauen eine große Gefahr in diesen Bereichen der Molekularbiologie. Sie erteilen zum großen Teil der Gen- und Reproduktionstechnik eine deutliche Absage (vgl. Resolution des Kongresses „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik").

Nur in einem Punkt lassen die Frauen ihre kompromißlose Haltung gegenüber der Gentechnik fallen. Sobald sich die Diskussion auf die humangenetische Beratungsstellen ausweitet, ändert sich die Einstellung. Aus einer politischen Sichtweite der Thematik geht frau/man über zu einer individualistischen, ohne zu erkennen, daß hier bereits auf eine Schiene abgefahren wird, die eugenische Züge ausweist und Leben in „wert" und „unwert" einteilt.

Pränatale Diagnostik

In der Bundesrepublik dürfte es ca. 60 Humangenetische Beratungsstellen geben. (Die Zahl ist sicher zu niedrig geschätzt, da in den letzten Jahren viele hinzukamen. 1977 lag ihre Anzahl bei 41.) Diese bedienen sich verschiedener Methoden, um Erbkrankheiten oder Mißbildungen an den Ungeborenen zu diagnostizieren. Mittels Fruchtwasseruntersuchung (Amniozentese) kann durch eine Chromosomenanalyse festgestellt werden, ob der vier Monate alte Fötus genetische Schädigungen aufweist. (In Indien werden weibliche Föten abgetrieben, nachdem durch eine Fruchtwasserentnahme ihr Geschlecht bestimmt werden kann.) Eine weitere Methode zur Feststellung von Mißbildungen an den Föten ist die Ultraschalldiagnose. Werden Anormalitäten erkannt, wird der Schwangeren in den meisten Fällen zur Abtreibung nach der eugenischen Indikation geraten.

Aber die Humangenetischen Institute sehen ihre Aufgabe nicht nur in der vorgeburtlichen Untersuchung. Sie werden bereits im Vorfeld einer Schwangerschaft aktiv. Immer häufiger werden sie von Frauen (und ihren Partnern) aufgesucht, um sich über die Risiken einer Schwangerschaft und erblichen „Belastungen" aufklären zu lassen. Dazu werden von den Humangenetikern Stammbäume erstellt. Ihre Großzügigkeit bei der Feststellung von erblichen Schädigungen hat hier besonders die Hamburger Humangenetikerin Dr. Stoeckenius unter Beweis gestellt. Mit Diagnosen wie „Eltern: sehr einfach", „Vetter: Dauerstudent", „Bruder: Alkoholiker", „Großmutter: überspannt" usw. versuchte sie nachzuweisen, daß ihre Klientinnen „erbkrank" und deshalb von einer Fortpflanzung auszuschließen seien. Sie drängte bei einigen zu einer Sterilisation.

Verhinderung von sozialen Auffälligkeiten

Hier sollte es zumindest klar werden, daß es nicht allein körperliche und geistige Auffälligkeiten sind, die durch die Humangenetischen Beratungsstellen verhindert werden sollen. Auch soziale Abweichungen werden vermehrt genetisch erklärt.

Ein ganz wichtiger Aspekt, der hier meines Erachtens nicht ausgeklammert werden darf, sind die Schäden, die durch die Industrie, vor allem der chemischen, verursacht werden. Immer häufiger kommt es zu Unfällen – sie müssen nicht immer Dimensionen wie in Seveso annehmen –, die zu Vergiftungen der Luft und des Bodens führen. Die Auswirkungen dieser rücksichtslosen Profitgier und Wachstumsgläubigkeit auf Kosten der Umweltzerstörung bekommen auch Schwangere zu spüren. Sehr oft lassen sich Mißbildungen bei dem Kind erkennen. Aber kein Unternehmer und Konzernbesitzer fühlt sich veranlaßt, etwas gegen diese massive Form der Körperverletzung zu unternehmen, geschweige denn die Rechtssprechung. Der Umweltschutz hat darin zu bestehen, daß die Frau ihr geschädigtes Kind abtreibt oder – wenn sie es auf die Welt bringt – gefälligst selbst versorgt.

Volkswirtschaftliche Erwägungen

Daß wir in Zeiten leben, in denen die staatlichen Ausgaben im Sozialbereich drastisch eingeschränkt werden, dürfte wohl niemandem verborgen geblieben sein. So verwundert es nicht, wenn sich auch noch Leute finden, die sich zusätzlich Gedanken zu volkswirtschaftlichen Einsparungen machen, daß deren Ideen aufgegriffen und belohnt werden. Nicht übersehen werden kann dabei aber auch, daß eine Aufteilung vorgenommen wird, in Kosten bzw. Investitionen, die auch einen Erfolg erwarten lassen und solchen, die keinen „Nutzen für die Allgemeinheit" haben. Deshalb werden auch Kosten-Nutzen-Analysen aufgestellt.

Besonders bekannt geworden ist die Arbeit eines Freiherrn von Stackelberg, die auch vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung mit dem (bezeichnenden) „Gesundheitsökonomiepreis 1981" ausgezeichnet wurde. Der Titel der Arbeit lautet: „Probleme der Erfolgskontrolle präventiv-medizinischer Programme, dargestellt am Beispiel einer Effektivitäts- und Effizienzanalyse genetischer Beratung". Stackelberg kommt bei seinen Berechnungen zu dem Ergebnis, daß die Einrichtung von Humangenetischen Instituten für die Volkswirtschaft um ein erhebliches billiger kommt, als die lebenslange Versorgung von behinderten Menschen, deren Existenz für die Gemeinschaft eine große Belastung, auch psychischer Art darstellt. Der Tenor geht dahin, daß behinderte Menschen unzumutbar sind und deshalb unbedingt verhindert werden müssen.

In gleicher Weise argumentiert der Leiter des Instituts für Humangenetik in Marburg, Prof. G. G. Wendt. Auch er stellt Kosten-Nutzen-Berechnungen an und kommt zu dem Ergebnis: „Die gegenwärtige Situation eines Menschen, der sich mit wachsendem Eifer bemüht, das Wasser aus einem Keller zu schöpfen, der aber überhaupt nicht daran denkt, zugleich die defekte Wasserleitung, so gut das geht, zu verstopfen. Aus dieser defekten Wasserleitung kommt der tägliche Zustrom an Kindern, die mit einer Behinderung geboren werden." Im Dritten Reich fand ein Psychiater eine ähnliche Formulierung. Er nannte es „die Quelle verstopfen, aus der all dies fließt."

Die freie Entscheidung

In der Diskussion über die pränatale Diagnostik habe ich sehr oft von den Frauen das Argument gehört, sie könnten durch eine Humangenetische Beratung selbst entscheiden, ob sie ein behindertes Kind wollen oder nicht bzw. während der Schwangerschaft könnten sie ein behindertes Kind verhindern, während sie auf eine spätere Behinderung, etwa durch einen Unfall, keinen Einfluß nehmen könnten. Hier werden zwei Aspekte deutlich:

Zum einen werden sich nur sehr wenige Frauen für ein behindertes Kind entscheiden. Behindert zu sein heißt in unserer bestehenden Gesellschaft, ausgesondert zu sein, bemitleidet zu werden, auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein. Es bedeutet ein zäher Kampf um finanzielle Unterstützung und soziale Rechte. Eltern behinderter Kinder stehen oft alleine da mit ihrem Versuch, ihr Kind vor einer Nichtaussonderung zu bewahren. Durch das Kind sind sie stigmatisert.

Eine freie Entscheidung der Frau kann hier nicht stattfinden. Das hieße für mich auf jeden Fall, daß sich der Frau gleichwertige Alternativen stellen. Dies ist aber nicht der Fall. Behinderung ist aber in erster Linie ein gesellschaftliches Problem. Deshalb darf die Lösung nicht die Abwertung und Verhinderung von Behinderung sein, sondern der Einsatz für die Schaffung einer Gesellschaft, in der Krüppel gleichgerecht sind.

Der andere Gesichtspunkt ist der Glaube der Frau, alles in der Hand zu haben. Stellt sich nun heraus, daß dem nicht so ist, stellen sich Schuldgefühle ein. Und da die Frau ja die Verantwortung für ein behindertes Kind hat, muß sie sich dann auch allein um es kümmern. Mit Schuldzuweisungen lassen sich sehr gut gesellschaftliche Verpflichtungen auf die einzelnen abwälzen. Diese Methode wird in naher Zukunft häufiger angewandt werden, je mehr die pränatalen Diagnostik-Beratungsstellen an Bedeutung gewinnen. Die schwangere Frau hat ja gewußt, daß das Kind mißbildet auf die Welt kommen würde, sie hätte ja abtreiben können, aber so ....

Anneliese Mayer
Sozialpolitische Koordinatorin des Behindertenbereichs bei der AG SPAK.

Wer sich näher für das Thema interessiert, dem sei ein sehr gutes Buch empfohlen: Udo Sierck/Nati Radtke: „Die Wohltätermafia" Vom Erbgesundheitsgericht zur Humangenetischen Beratung.
Zu bestellen bei:
Udo Sierck
Borselstr. 15
2000 Hamburg 50

* Eugenik = Erbpflege, Förderung des Erbgutes

Thesen zur humangenetischen Beratung:

In Hamburg entzündete sich die Diskussion um genetische Beratung an Veröffentlichungen, die die Arbeit der Beraterin Dr. Stoeckenius ihrer Mitarbeiter(in) in der Beratungsstelle Barmbek beleuchteten. Bekanntgewordene Sterilisationsempfehlungen ließen eine fachliche Kompetenz erscheinen, über die auch Fachkollegen (heimlich) den Kopf schütteln. Aber einmal abgesehen davon, daß Dr. Stoeckenius noch heute beraten darf, ist die Diskussion um die genetische Beratung nicht auf die Frage der fachlichen Kompetenz zu beschränken. Dazu einige Anmerkungen:

- Dr. Stoeckenius ist kein abwegiger Sonderfall. Die Grundlagen ihrer Tätigkeit mit der Aufgabe, bestimmte Nachkommen zu verhindern, beinhalten fließende Grenzen.
- Die Humangenetik ist die Fortsetzung der sozial- und rassehygienischen Utopien der NS-Eugeniker von der kerngesunden Familie und einem leistungsfähigen Volk. Das läßt sich sowohl in der personellen Besetzung als auch in den theoretischen Aufsätzen der bundesdeutschen genetischen Institute nachlesen.
- Das Akzeptieren genetischer Beratung funktioniert, weil mit der Verhinderung von Leiden – und Leid wird mit „Behinderung" gleichgesetzt – geworben wird. Diese Denkstruktur – Vermeiden von „Behinderten" bzw. „Auffälligen" durch Abschaffung solcher Menschen – enthält im historischen Zusammenhang brisante Perspektiven.
- Genetische Beratung fördert die Diskriminierung und Stigmatisierung „behinderter" Menschen. Der Vorwurf, im Grunde „nicht rechtzeitig erkannt worden zu sein", wird bei bekannten behindertenfeindlichen Einstellungen nicht ausbleiben und die Kinder und auch die Eltern (psychisch) zusätzlich belasten.
- Die intensive Unterstützung der genetischen Beratung seitens der Behindertenverbände, der Gesundheitsbehörde, Medizinern oder anderen Institutionen der Fürsorge ist zunächst so zu erklären, daß es allgemein in der Behindertenbetreuung um die Linderung bzw. Angleichung an das „Normale" von „Behinderung" geht. Dieser unreflektierte Ansatz und das oftmalige Scheitern vor dem selbstgesteckten Ziel äußert sich letztlich im Wunsch nach der generellen Verhinderung.
- Andererseits dient die verbreitete Furcht vor „Behinderung" nur als Argumentationshilfe für genetische Beratung. Weitere Merkmale können bei dem verbreiteten Mittel oder Denken – Ungewöhnliches pathologisch zu nennen – folgen (Schwule, Alkoholiker, Kriminelle usw. erwähnen Genetiker in der BRD). Die Grenzen sind fließend.
- Mit dem Verweis auf „Behinderung" werden die eigentlichen Gründe für den forcierten Ausbau genetischer Beratung verdeckt. Humangenetiker erwähnen in Fachkreisen folgende Faktoren:
  - Geburtenrückgang in deutschen Familien, deren Kinder daher unbedingt „gesund" sein müssen;
  - Kosten-Nutzen-Analysen, die umfassende genetische Beratung gegen Kosten der Behindertenbetreuung aufrechnen;
  - Gewinn für Volkseinkommen durch Freiwerden der Arbeitskraft von Pfleger/innen;
  - medizinischer Fortschritt verhindert zunehmend die natürliche Selektion, die schleichende Degeneration wird befürchtet;
  - genetische Beratung soll die Folgen der Umweltschäden auffangen.
- Damit individualisiert genetische Beratung das gesellschaftliche Problem der chemischen, radioaktiven usw. Verseuchung der Umwelt, aber auch der Arbeitsplätze.
- Genetische Beratung basiert auf der und forciert die Erfassung persönlicher Daten. Eine zentrale Registierung ist z.T. vorhanden und wird per EDV-Technik umfassend angestrebt.
- Die Erkenntnisse der Humangenetiker fließen in die Forschung und Verwertung der Gentechnik ein und bestimmen den Weg zum Retortenmenschen. Die freiwillige genetische Beratung ist ein Vorspiel zur späteren allgemeinen Kontrolle von erlaubten Schwangerschaften und somit über die Entscheidungsfreiheit der Frauen.
- Die bundesdeutschen Humangenetiker sind nicht unabbhängig. Zumindest die Kapazitäten werden finanziell und materiell von Konzernen (Hoechst, Nestle, Milupa ...) gesponsert.

Doch erstens kommt es anders...

NEUES AUS DEM SAARLAND

Über Entwicklung und Aktivitäten der saarländischen Selbstverwaltungsbewegung im Vorfeld der Landtagswahlen '85 haben wir bereits in CONTRASTE 7 (April '85) berichtet; eine Einschätzung der Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Selbstverwaltung – speziell aus saarländischer Sicht – erschien in CONTRASTE Nr. 12 (September '85).
An dieser Stelle wollen wir nun die Chronologie der Ereignisse seit den Wahlen fortschreiben.

Die bevorstehenden Landtagswahlen im März '85 und den erwarteten Regierungswechsel auf eine Mehrheit von SPD und Grünen vor Augen ließ vor etwa 1 Jahr die Vertreter der selbstverwalteten Betriebe im Saarland aufstehen – und sich erst einmal wieder setzen, um in z.T. langwierigen Diskussionen ihre Forderungen nach u.a. Abbau rechtlicher und finanzieller Benachteiligungen genossenschaftlicher Ansätze den vermuteten Wahlsiegern als ersten Schritt zu einer Änderung der bestehenden Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik abzufordern.

Doch erstens kommt es anders... Der rote Riese umarmt die grünen Zwerge und diese bereiten sich langsam und zielstrebig auf die Ausübung eines traditionellen Samurai-Ritus vor: Harakiri –wobei sie auch nicht vergessen, die feinen, regionalen Besonderheiten dieser Zeremonie zu berücksichtigen. Die Folgen sind bekannt: Seitdem muß sich die SV-Bewegung hauptsächlich mit der SPD auseinandersetzen.

Doch statt der, ob dieser neuen Lage, erwarteten Resignation scheint ein kollektives Aufatmen die Bewegung ergriffen zu haben. Die in der Folgezeit einberufenen Vollversammlungen erleben einen merklichen Zustrom – mitunter sind 40-50 Projektevertreter anwesend, um die anstehenden Probleme und die Vorgehensweise zu erörtern.

Noch im März wird dann der "Arbeitskreis der selbstverwalteten Betriebe im Saarland" aus der Taufe gehoben. Um die inhaltliche Diskussion und das weitere Vorgehen zu strukturieren bildet der aus etwa 12 Personen bestehende Kern, der zwischen den Vollversammlungen in 14-tägigem Rythmus zusammenkommt, vier Arbeitsgruppen:

1. Struktur, Rechtsform, u.ä.
2. Öffentlichkeitsarbeit, Verhandlungsvorbereitung
3. Betriebeberatung
4. Projekt 'Gemeinsam leben und arbeiten' (s. dazu CONTRASTE April, S. 11, Punkt 6).

Als vorrangig muß dann zunächst die Frage der Rechtsform geklärt werden: Soll sich der Arbeitskreis einen eigenen rechtlichen Rahmen geben, sich auf eigene Beine stellen, oder soll er sich, dem in der Zielsetzung ähnlichen, Netzwerk Saar angliedern?

Während prinzipiell eine Parallelität der Zielsetzungen gesehen wird und eine Konkurrenzsituation zwischen den beiden Gremien vermieden werden soll, ist eine Kooperation zunächst sehr umstritten und fraglich. Mißtrauen gegen "verkrustete und vereinnehmende" Netzwerk-Strukturen trifft auf das Hemmnis ungeklärter Formalia, wie Fragen der Haftung, Entscheidungsstrukturen, genaue Festlegung der Arbeitsbereiche, u.ä.

Nach teilweise mehrstündigen und äußerst kontrovers geführten Diskussionen, kommt es dann doch noch zu einer Annäherung und der Arbeitskreis beschließt, seine Arbeit zukünftig unter dem Dach des Netzwerkes Saar fortzuführen. Aus diesem Grunde lassen sich bei der NW-Gremienwahl am 26. April 10 Projektevertreter in den Beirat wählen.

Nach dieser – die Mehrheit zufriedenstellenden – Lösung unserer Handlungsgrundlage sieht es der AK als ein weiteres Ziel an, neben der Weiterentwicklung des Forderungskataloges, die Idee der Selbstverwaltung, die Produktpalette der sv-Betriebe und Projekte, unsere Situation und Forderungen in noch stärkerem Maße in die Öffentlichkeit zu tragen.

Nach einer intensiven Vorbereitungsphase findet am 9. Juni die 1. saarländische Projektmesse statt, die, trotz des schlechten Wetters, einen unerwarteten Zustrom erlebt.

Am selben Tag erscheint die Nullnummer der "Betriebezeitung", die in einer Auflage von 2.000 Exemplaren kostenlos verteilt wird.

Parallel zur Vorbereitungsphase der Projektmesse erarbeiten die Mitglieder des AK auf Basis des "Beschäftigungs- und Wirtschaftsprogramms für die selbstbestimmten Betriebe im Saarland" vom Januar '85 zunächst ein Paket von " 5 Vorschlägen . . .für die laufenden Haushaltsberatungen", die am 11.6. dem saarländischen Wirtschaftsminister HaJo Hoffmann übersandt werden:

„. . . .
1. Einrichtung eines Investitions- und Bürgschaftsfonds zur Stärkung alternativer wirtschafts- und Produktionsformen.
2. Schaffung eines Haushaltstitels für die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für selbstbestimmte Projekte mit 2 hauptamtlichen Mitarbeitern.
3. Auflistung von öffentlichen Freiflächen, Gebäuden und Wohnungen, von Abrißhäusern o.ä. und von, im Zuge technologischer Neuerungen abgeschriebener oder wertlos gewordener, Maschinen zum Zweck der Einrichtung einer Info–Börse und zentralen Recycling-Lagerstätte für genossenschaftliche Betriebe.
4. Hilfestellung des Landes für den Aufbau und zur Absicherung sv-Finanzierungssysteme durch die Einrichtung eines Bürgschafts- und Rückbürgschaftsfonds in Höhe von 100.000 DM.
5. Förderung eines Modellversuchs für ganzheitliche Arbeits- und Lebensformen durch einen langfristigen Pacht- bzw. Kaufvertrag.

Ausgehend von einschlägigen Planrechnungen entwirft der AK eine detaillierte Checkliste zur Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitsrechnung in den Betrieben, die allen übersandt wird. Sieben erfahrene Vertreter selbstverwalteter Betriebe gründen eine Beratungsgruppe, die es sich zum Ziel setzt, die Anträge zusammen mit den Antragstellern noch einmal zu überarbeiten.

Der ursprüngliche Gedanke, pauschal eine Summe von 1,5 Mill. DM zu fordern war nach einer längeren Diskussion verworfen worden. Unsere Forderungen an das Wirtschaftsministerium sollten sich vielmehr konkret an dem tatsächlichen Bedarf orientieren, den wir durch dieses Antragsverfahren unmittelbar nachweisen konnten. Außerdem sollte diese Bestandsaufnahme im Vorfeld einer möglichen Kreditvergabe uns als kompetenten Verwalter dieser Gelder ausweisen. Die Vergabe sollte ja nicht über das Wirtschaftsministerium erfolgen, sondern von diesem an das Netzwerk weitergegeben werden.

Nachdem die schriftlichen Anträge der Betriebe von der Beratungsgruppe überprüft sind, errechnen wir einen Bedarf von DM 150.000,- an nichtrückzahlbaren Zuschüssen und einen Bedarf in Höhe von DM 500.000,- an Krediten zu günstigen Konditionen. Aufgrund dieser Bedarfsanalyse konkretisieren wir am 6. August unsere Hauptforderungen an das Wirtschaftsministerium:

**Ausweisung von DM 250.000,- für einen nichtrückzahlbaren Investitionsfonds zur Verbesserung der Kapital- und Finanzierungsbasis.*

**Übernahme einer Landesbürgschaft, um einen Bedarf von DM 750.000,- an zinsgünstigen Krediten mit langer Laufzeit für gewerbliche Betriebe abzusichern.*

Diese Forderungen erscheinen uns durchaus realistisch, da zum einen die Palette selbstbestimmter Arbeitsformen im Saarland längst nicht so groß ist wie in anderen Bundesländern und wir uns ganz bewußt nicht an eine staatliche Subventionsspritze hängen wollen, die süchtig macht.

Etwa eine Woche später, am 12. August, findet das erste direkte Gespräch zwischen Vertetern des AK und dem Wirtschaftsministerium statt. Gastgeber dabei ist der persönliche Referent des Wirtschaftsminsisters. Das Gespräch verläuft zu unserer allgemeinen Enttäuschung.

Obwohl unserem Gesprächspartner ein detaillierter Vergabemodus und entsprechende Förderungsrichtlinien als Diskussionsgrundlage in schriftlicher Form vorgelegen haben, sieht er sich zu keinem Zeitpunkt im Stande, darauf näher einzugehen. Stattdessen verliert sich das Gespräch in der geäußerten Sorge, daß eine Förderung selbstverwalteter Wirtschaftsformen eine Benachteiligung der privaten Wirtschaft darstellen könne. Das Ergebnis des Gesprächs besteht lediglich in der wiederholten Vertröstung auf noch ausstehende politische Entscheidungen, die es erst noch abzuwarten gelte. Dem AK bleibt nichts anderes übrig, als an diesem Tage noch einmal seine konkreten Forderungen zu wiederholen, und allen Versuchen, die selbstbestimmten Betriebe in die Ecke der Arbeitslosen- und Beschäftigungsinitiativen zu drängen, entgegen zu treten. Wir machen deutlich, daß es eines unserer Hauptanliegen ist, nur mit dem Wirtschaftsministerium zu verhandeln, da nur dort über eine Wirtschaftsförderung entschieden wird.

Am 22. August legt dann die saarländische Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Brunhilde Peter, auf einer überregionalen Pressekonferenz in Saarbrücken ein 8-seitiges Thesenpapier vor, das die Grundsätze einer Bundesratsinitiative der SPD-regierten Länder zusammenfaßt, mit der erreicht werden soll, daß "unkonventionelle Beschäftigungsinitiativen" die gleichen Förderungschancen wie kleine mittelständische Betriebe erhalten sollen. Da sich unsere Verhandlungspartner z.T. auch auf dieses Papier berufen, wollen wir an dieser Stelle einige längere Auszüge zitieren:

. . . Besondere Beachtung verdienen dabei "Arbeitsloseninitiativen" und "Alternativ-ökonomische Projekte". ...Außerdem mehren sich insbesondere in der Privatwirtschaft die Versuche von Belegschaften, ihren von der Schließung bedrohten Betrieb in eigener Regie zu übernehmen. Die Versuche. . .beziehen sich. . . auch auf eine humanere Arbeitsorganisation, umweltverträgliche und gesellschaftlich nützliche Produkte und Verfahren.
Neben diesen Initiativen nimmt auch die Gründung meist kommunaler oder von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden angeleiteten Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaften zu,. . .
Solche 'unkonventionellen' Beschäftigungsinitiativen bedingen und entwickeln in vielen Fällen neuartige Trägerschaften, Finanzierungsformen und –systeme, Kooperationen und neue, meist genossenschaftsähnliche Arbeitsformen. Sie verbinden insbesondere im Bereich der Selbstverwaltungswirtschaft Beschäftigungsabsichten mit sozialen und ökologischen Zielen, haben ein ganzheitliches Verständnis von Arbeit und Leben, greifen in ihrer lokalen Ausprägung und Begrenzung als Kleingenossenschaft auf die örtlichen Ressourcen und sozialen Hilfsstrukturen zurück, sind dem Gedanken der Selbsthilfe verbunden und entwickeln...eine erhöhte Sensibilität für die am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen.
Die Risiken und Mängel . . . liegen vielfach in dem unzureichenden Startkapital, gesetzlichen Hindernissen bei der Auswahl ihrer Unternehmensform, ungenügenden Einarbeitungsmöglichkeiten und mangelnder Qualifikation ihrer Arbeitnehmer und Gesellschafter sowie steuerlichen und abgabenrechtlichen Benachteiligungen.
Will man . . .(diese Initiativen). . . unterstützen, dann müssen Hemmfaktoren abgebaut und neue Maßnahmen ergriffen werden. Denn außer den wirtschafts- und finanzpolitischen sind auch die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen nicht auf die Förderung solcher Initiativen ausgerichtet. Daher sind Änderungen sowohl auf der gesetzlichen Ebene des Bundes als auch Maßnahmen auf der Länderebene erforderlich. Die Vorschläge konzentrieren sich insbesondere darauf,
–die Chancen für die Ausweitung des Beschäftigungspotentials zu verbessern und Initiativen durch bessere und längerfristige Unterstützung zu stabilisieren;
–die Beratung und Beratungseinrichtungen und
–die Finanzierung zu verbessern;
–die Selbstverwaltungsformen in den gesetzlichen Bestimmungen anzuerkennen.
. . .
2. Einzelmaßnahmen
2.1. auf Bundesebene
1) Änderung des AFöG:
** Rückkehr zu bewährten Leistungsstandards, Leistungsverbesserungen durch Rücknahme der seit 1982 vorgenommenen Kürzungen..., durch Ausdehnung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, Sicherung eines Mindesteinkommens über die Bundesanstalt und nicht über das Sozialamt, . . .*
** Ausdehnung und beschäftigungspolitische Orientierung des AB-Instrumentariums und des Arbeitslosengeldes durch*
- *zeitlich befristetes Einbeziehen in das System der Arbeitslosenversicherung für solche Arbeitslose, die eine selbständige Tätigkeit vor allem im Bereich von Unternehmen mit ökologischen und gemeinnützigen Zielsetzungen aufnehmen wollen. . .*
- *Einbeziehung von Nichtleistungsbeziehern in diese Förderung. . .*
- *Verlängerung der AB-Maßnahmen auf 2 bis 3 Jahre. . .*
- *Unterstützung von Projekten mit gemeinnützigen, selbstverwalteten oder ökologischen Zielsetzungen (z.B. durch Änderung des § 98 AFG). . .*

3) Änderung des Genossenschaftsrechtes. . . in der Weise. . ., daß es den Bedürfnissen der genossenschaftlichen Kleinbetriebe (Realisierung des Bedarfsdeckungsprinzips, ökologische Orientierung, Schaffung von Arbeitsplätzen) stärker Rechnung trägt;
4) Änderung des EStG und der Abgabenordnung.
5) Förderung im Rahmen des ERP-Vermögens. . .
2.2. auf Landesebene
Dazu gehören: . . .
** Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen, die besonders umweltverträgliche Produkte herstellen oder erbringen, sozial Benachteiligten Erwerbsmöglichkeiten bieten und nach den genossenschaftlichen*

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Hierarchie im selbstverwalteten Betrieb!?

Red. Bremen **Wer kennt sie nicht, die Strukturen der Macht, ohne die die Mächtigen machtlos wären? Wir haben sie durchlebt und verinnerlicht, reflektiert oder unreflektiert, mehr oder weniger. Sie begegnen uns tagtäglich und sie haben Geschichte.**

Es wird dafür gesorgt, daß wir in geordneten Verhältnissen „herangezogen" werden. Zunächst erfolgt ein eingehendes Training in der Familie, später in der Schule, damit wir dann irgendwann auch ordnungsgemäß funktionieren können. Der große Schritt ins Leben, in das sogenannte Arbeitsleben, öffnet uns schließlich die Augen und wir begreifen warum das alles so sein muß. es gibt ein Oben und ein Unten, jeder erhält seinen Platz.

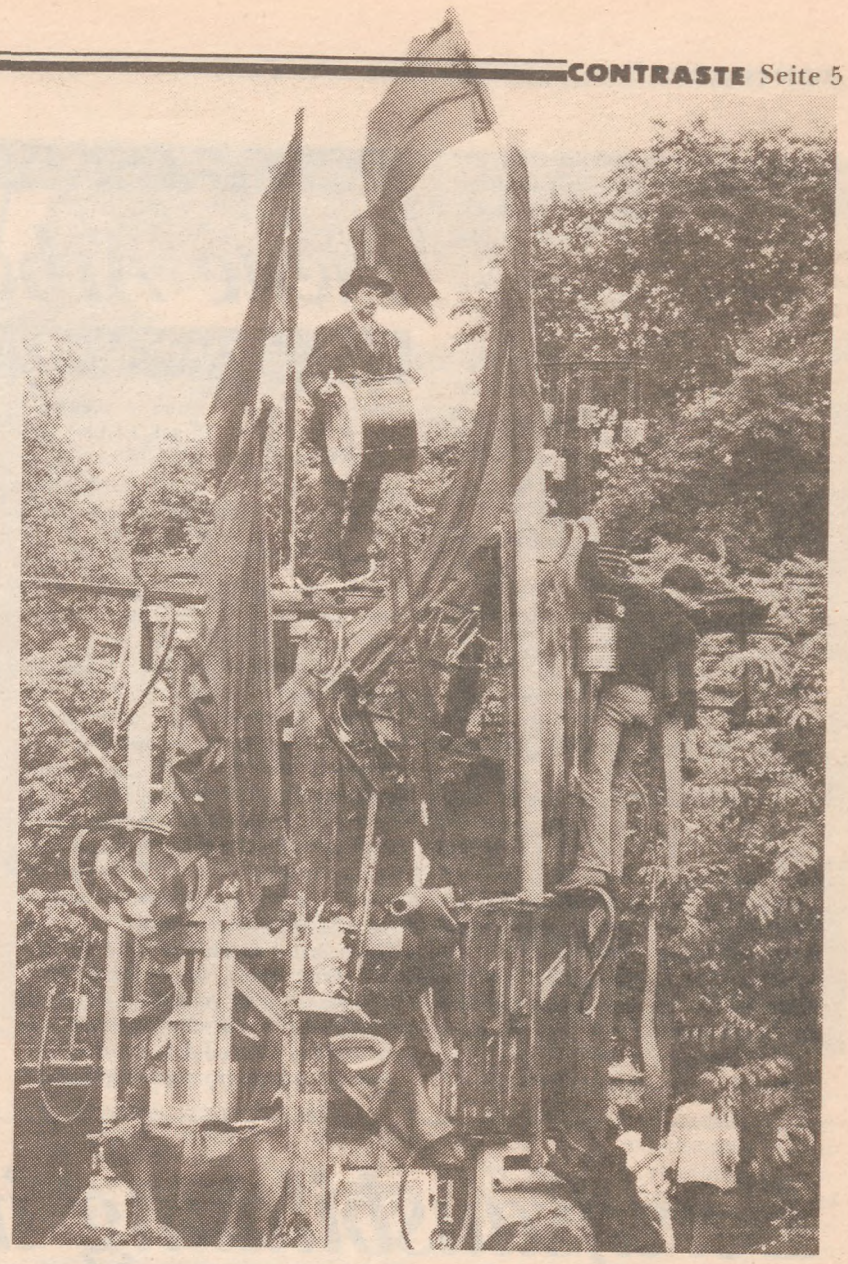
Da haben wir den Hilfsarbeiter, den Facharbeiter, den Sachbearbeiter, den Teamleiter, den Gruppenleiter, den Bezirksleiter, den Personalleiter, ...leiter, ...leiter, bis wir schließlich den wirklichen Leitern gegenüberstehen. Was immer sie betreiben, ihr Geschäft ist das der Ausbeutung und Unterdrückung, der Verunsicherung und der Angst im Interesse des Kapitals das Kapital zu vermehren.

So, und damit wollen wir nichts mehr zu tun haben, sagten die selbstverwalteten Betriebe. Bei uns gibt es keine Hierarchie. Wir wollen unsere Arbeitskraft nicht verkaufen, um den Ruhm und Reichtum eines Einzelnen oder eines Clans zu vermehren, und unser Verhalten ist ebensowenig käuflich, weder zum Dollarkurs noch in harter deutscher Währung und schon gar nicht mit einer Stufe mehr auf der Stufenleiter nach oben. Statt Konkurrenzstrukturen, verlogenen Kommunikationsebenen und damit einhergehender Vereinzelung wollen wir gleichberechtigt miteinander und füreinander unter kollektiven Bedingungen arbeiten. Dies war sicherlich vor zwei oder drei Jahren bei den Gründungsüberlegungen vieler selbstverwalteter Betriebe ein gewichtiger Punkt. Und für viele war es wohl auch die Wende, nicht nur von anderen Arbeits- und Lebensstrukturen zu träumen, sondern ein Stück konkrete Utopie im Hier und Jetzt verwirklichen zu wollen. Was ist daraus geworden, frage ich mich und frage ich Euch?

Aus dem Umgang mit der Macht haben wir gelernt. Wichtige Voraussetzungen für das Entstehen gleichberechtigter Umgangsformen sind gelegt worden. Die ökonomischen Bedingungen – gleicher Lohn für alle – sind unbestritten Basis für alle Betriebe. Die Frage der fachlichen Kompetenz als Machtinstrument – Stichwort Rotation – ist in der Diskussion. Sichergestellt werden soll auf jeden Fall die Ebene der gleichberechtigten Entscheidung des Einzelnen. Das war das Ergebnis unseres Treffens in Drübberholz, und damit war die Frage der Entstehung hierarchischer Strukturen in Alternativbetrieben geklärt und erledigt. „Wir haben andere Bedingungen, und somit existieren derartige Strukturen nicht". Wer das vertritt, unterliegt einem ganz gefährlichen Irrtum mit weitreichenden Folgen. Die Frage der Herausbildung von hierarchischen Strukturen ist nicht nur eine Frage der Organisation. Ich meine, es ist vielmehr die Frage nach dem anderen Menschen, der sich unter diesen Bedingungen auch ganz anders entwickeln kann. Ein alternatives Projekt ist keine Insel, auf der ganz plötzlich Menschen anders miteinander umgehen, nur weil andere Organisationsformen vorherrschen. Es ist demzufoge im Wesentlichen eine Frage des individuellen und kollektiven Bewußtseins, ob wir unter uns Machtstrukturen entstehen und sich verfestigen lassen.

Ich denke, es ist an der Zeit, Bilanz zu ziehen und Anspruch und Wirklichkeit miteinander zu vergleichen. Die Machtfrage ist gestellt, nicht nur in unserem Land, sondern auch in unseren selbstverwalteten Betrieben. Gibt es hierarchische Strukturen in unseren Betrieben, welchen Anteil hat der Einzelne an der Herausbildung derartiger Strukturen und wo stecken die heimlichen „Hierarchen". Diese Fragen sollte sich jeder Betrieb offen und ehrlich beantworten. Ich finde es allerdings absolut wichtig, diese Diskussionen nicht nur auf den eigenen Betrieb zu beschränken, sondern sie betriebsübergreifend zu führen. Etwas mehr Öffentlichkeit kann nicht schaden.

Bärbel Stiller



Fortsetzung von Seite 4

Doch erstens kommt es anders...

Grundsätzen der Selbstverwaltung organisiert sind, durch

- *Herstellung der Chancengleichheit bei der Inanspruchnahme der Mittel der Landesprogramme, der Landesbürgschaften, der Kredite und Investitionszuschüsse;*
- *Eigenkapitalhilfen*
- *Beratungshilfen*
- *Zuschüsse für die Entwicklung neuer Produkte*
- *Einrichtung von Bürgschafts-und Rückbürgschaftsfonds zum Aufbau und zur Absicherung sv regionaler Finanzierungssysteme (Haftungsassoziationen und Kreditvermittlung)*

** Förderung von Unternehmen, die von der Belegschaft übernommen werden durch Unterstützung von Beratungsinitiativen ....*

** Gewährung von Zuschüssen zur Eigenkapitalbildung solcher Belegschaftsunternehmen im Rahmen der Finanzkraft des Landes.*

...

Wer das Papier liest, findet darin sicher eine Vielzahl der Forderungen der SV-Bewegung wieder. Doch unter Beachtung der Mehrheitsverhältnisse in Bonn und der Finanzsituation des Bundes und der Länder wird ersichtlich, daß wir bei unserem Kampf um andere Formen des Arbeitens und Lebens einen langen Atem brauchen - auch einer möglichen Vereinnahmung zu widerstehen.

Vor dem gleichen Hintergrund ist eine weitere Station auf unserem Weg zur Durchsetzung unserer primären Forderungen zu sehen: Zum 26. September laden A. Lang, Mitglied der Kommission Genossenschaftswesen beim SPD-Parteivorstand, und P. Springer, Mitglied AK Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft der Landtagsfraktion, die Vertreter des AK zu einem öffentlichen "Gedankenaustausch" ein, um den "Beitrag der Genossenschafts- und Selbsthilfebetriebe zur wirtschaftlichen Entwicklung des Saarlandes und zum Abbau der Arbeitslosigkeit" zu diskutieren, ein.

Obgleich sich die Lobby des traditionellen Genossenschaftswesens über dieses Hearing beschweren, nehmen – neben ca. 40 Mitarbeitern der im AK organisierten Betriebe – auch zwei Vertreter der 'Zentralbank Saarländischer Genossenschaften' als Beobachter teil. Diese führen als Hemmnisse der Förderung der neuen 'Alternativen' die hergebrachten Einwände an, wie z.B. Probleme bei Haftungsfragen bei Kreditvergabe an kollektiv geführte Betriebe, o.ä. an, sehen eine Kooperation erst durch eine Änderung der rechtlichen Bestimmungen als möglich an und schieben mit derartigen Leerformeln die Verantwortung den Politikern zu.

Die SPD-Vertreter, die sich bei ihren Ausführungen großteils auf das oben zitierte Thesenpapier beziehen, sehen Möglichkeiten der Unterstützung - wobei sie eine direkte Finanzierung angesichts der hohen Überschuldung des Saarlandes in Frage stellten - mehr im Bereich der Einrichtung von Bürgschaftsfonds, sowie in der Änderung der Vergaberichtlinien der öffentlichen Kreditprogramme des Landes.

Einer ersten Prüfung ihrer Ausführungen und ihres bisher uns entgegengebrachten 'Interesses' wird sich die SPD im November stellen müssen: Mitte November finden im Landtag die Beratungen zum Entwurf des Etat '86 statt.

klaus-peter
Arbeitskreis der selbstverwalteten Betriebe im Saarland

3 Betriebe - 3 Profile

– Die subjektive Seite einer Faktensammlung –

Red. Bremen **6 Jahre Jurastudium –Abschlußarbeit – Themensuche – Thema: Arbeitsrecht in selbstverwalteten Betrieben – Eigene Legitimation: Vielleicht gibt das Thema für die Betriebe was her – Ansonsten keine** Ahnung wie es in den selbstverwalteten Betrieben zugeht – Also Kontakte **aufnehmen – Fragen entwickeln – Betriebe abklappern.**

Nach 2 Monaten habe ich 33 Betriebe abgeklappert. Von jedem Betrieb liegt mir ein ausgefüllter 18-seitiger Fragebogen vor. Die Zahlen- und Antwortkolonnen kommen mir ziemlich leblos vor. Bei der Durchsicht einzelner Fragebögen gelingt es mir, die dazugehörigen Betriebe wieder zu identifizieren. Die scheinbar leblosen und vermeintlich objektiven Daten rufen subjektive Erinnerungen an die Betriebe wach, die Daten und die subjektiven Eindrücke verschmelzen auffällig zu einer Einheit.

Ach ja, das war dieser Betrieb.

Das Interview war telefonisch vereinbart. Ich sollte den Kuchen nicht vergessen. Nach 2 Stunden Radfahrt komme ich eine Stunde zu früh in dem Betrieb an. Ich will fragen, ob sich das Gespräch vorziehen läßt. In der Werkstatt herrscht geschäftiges Treiben. Die Leute haben noch keine Zeit. Also setze ich mich eine Stunde ins Grüne, kaufe danach Kuchen ein und gehe wieder zu dem Betrieb. Die Werkstatt ist ruhig. Ich suche Mann oder Frau, die ich nicht finden kann, bis ich über mir Stimmen höre. Nach einigem Suchen finde ich eine kleine Leiter, die nach oben führt. Über Balken, halbe unbearbeitete Baumstämme, balanciere ich zu einem mit Holzplatten abgetrennten Raum. Hier finde ich meine Gesprächspartner. Der Raum, mit einem alten Sofa und Sesseln, Kochecke, Schlafecke, Tisch und altem Radio, strahlt eine unaufgeräumte Gemütlichkeit aus. Während der Teezubereitung versuche ich, das Gespräch in die Systematik meines Fragebogens zu kriegen. Es geht aber nicht und ich lasse meinen Fragebogen sausen. Das Gespräch geht kreuz und quer durch die Selbstverwalter-Probleme. Meine Fragen finden dabei ihre Antworten. Alle Kollektivmitarbeiter/innen sind gleichzeitig Gesellschafter/innen der BGB-Gesellschaft, jeder/e erhält den gleichen Betrag monatlich ausgezahlt, unbezahlten Urlaub gibt es nach Bedarf. Die Arbeitszeiten sind schwankend, wenn ein Auftrag fertig werden muß, wird halt mal nachts gearbeitet. Wenn neue Leute ins Kollektiv aufgenommen werden sollen, muß in erster Linie die Emotionalität stimmen. Schriftliche Verträge zu irgendwelchen Abmachungen gibt es nicht. Nach dem Gespräch balanciere ich über die Balken nach unten. Dabei denke ich, für einen traditionellen Betrieb alles undenkbare Betriebsstrukturen, aber es funktioniert. Mein mit juristischen Subsumtionsmerkmalen vollgestopftes Hirn sagt mir, alles Ungeregelte findet in seinem Ungeregeltsein seine machbare Regelmäßigkeit. Ich wünsche den Leuten, daß es weiterhin so gut geht, wenn nicht, au Backe.

Einige Tage später bin ich in einem sogenannten Belegschaftsbetrieb. Die Werkstatt wirkt geputzt und aufgeräumt. Das Gespräch findet in einem Raum statt, der aussieht wie ein „Sozialraum". Die halbe Belegschaft nimmt an dem Gespräch teil, das ist selten. Die Crew, die jetzt unter eigener Regie produziert, hat vorher unter einem Einzelunternehmer gearbeitet. Sie sind durchweg gut qualifizierte Facharbeiter. Vielleicht verläuft das Interview deshalb irgendwie anders als bisher. Mir scheint es praxisorientierter und mit einem schärferen Blick für die kapitalistischen Konkurrenzzwänge und Mechanismen. Alle Belegschaftsmitglieder sind Gesellschafter/innen ihres Betriebes. Ein Gesellschaftervertrag klärt die unterschiedlichen Kompetenzen und Entscheidungsregularien. Die ideellen Ansprüche an Selbstverwaltung sind eher niedrig angesetzt, aber für Weiterentwicklung offen gehalten. Mir fallen einige Gesprächsfetzen ein. Ein Kollege schildert, wie die Arbeit vor der Betriebsübernahme war. „Ich war nur für's Lager da. Mußten Bestellungen gemacht werden, kam jemand aus dem Kontor und fragte, was in welchen Mengen, zu welchen Preisen bestellt werden sollte. Gab es Probleme mit den Lieferfirmen, kam wieder jemand aus dem Kontor und fragte nach". Heute macht er gleich alles selbst und weiß auch in den anderen Arbeitsbereichen bescheid. Ein anderer Kollege erklärte, daß er früher in der Firma gearbeitet und zu Hause gelebt hat. Wenn er heute gefragt würde, wo sein zu Hause wäre, würde er sagen im Betrieb. Bei dieser Bemerkung klingt mit, daß der Überlebenskampf des Betriebes reichlich zeitliche Opfer kostet. Mit etwas Glück können sie aber bald eine/n weitere/n Mitarbeiter/in im Betrieb aufnehmen. Auch wenn sie noch nicht überm' Berg sind.

Ein neuer Termin.

Wie oft muß ich einige Zeit warten. Von den im Betrieb Anwesenden fühlt sich keiner für mich zuständig. Ich soll auf S. warten. Als S. kommt, erfahre ich, daß der ganze Laden von 3 Leuten, die nach dem Studium keinen Job fanden, ins Leben gerufen wurde. Nachdem ich höre, daß inzwischen über 30 Männer und Frauen mit einem beständigen Stundenkontingent in dem Betrieb arbeiten, bin ich angesichts dieser hohen Zahl platt. Der Laden ist gut angelaufen, wird mir kurz darauf bestätigt. Arbeitsvorbereitung und Durchführung werden von den Mitarbeitern/innen autonom vorgenommen. – Allerdings, über den Betrieb ist kaum jemand sozialversichert –. Ich frage, wie die Arbeitsaufteilung vor sich geht. Das macht im wesentlichen S.. Gemeinsame Besprechungen des gesamten Mitarbeiterkollektivs gibt es nicht. Meine nächste Frage: „Was passiert denn, wenn inhaltliche oder organisatorische Differenzen auftreten?" Die Antwort ist denkbar einfach. „Notfalls erhält der oder die keine Arbeitsstunden mehr" und das entscheiden, wenn ich mich richtig erinnere, die Gründer. Auf dem Weg nach Hause bin ich nachdenklich und stelle fest, daß ich mit den „Selbstverwaltungsstrukturen" dieses Betriebes nicht einverstanden bin. Oder habe ich irgendetwas falsch verstanden?

Torsten Eichler-Weiskorn

Neue Arbeit braucht das Land

ERSTE SCHRITTE EIGENER AUSBILDUNG IM SELBSTHILFEBEREICH

Zur langfristigen Stabilisierung der eigenen Arbeit der Selbsthilfebetriebe und -projekte, aber auch, weil die Nachfrage nach Arbeit und Umschulung und das Interesse an einer neuen Qualität von Berufsausbildung ständig zunimmt, haben sich bundesweit ca 50 Betriebe mit ca 300 Ausbildungsplätzen für eine Erweiterung ihrer Aufgabenbereiche entschieden. In Bremen gibt es seit über einem halben Jahr Gespräche unter 10 selbstverwalteten Betrieben über die Einrichtung von weiteren Ausbildungsplätzen unter Bedingungen der Selbstorganisation.

Bis zur Entscheidung für eine auch formal anerkannte Ausbildung werden viele Probleme gewälzt.

Allein der Begriff Ausbildung löst bei manchen Magenkrämpfe aus. Fällt einem da doch gleich wieder das in der Regel fremdbestimmte Einpauken von allein auf den zu erlernenden Beruf orientierten Daten und Fakten ein. Die Leistungsschau in Noten von 1-6, als Beweis, sich auf den Moment genau präparieren zu können, nicht aber für's „Leben wirklich gelernt" zu haben, soll sich nicht wiederholen. Berufsschule, geeicht zur Verwirklichung einer am industriellen Markt orientierten Berufsnorm mit frontalem Unterricht. Wer wollte das nochmal jemandem aufzwingen? Und im Betriebs- und Projektalltag selbst? Die Regel bisher ist, jeder bringt seine Qualifikationen ein, tut sein Bestes und entwickelt im Prinzip „learning by doing" das weitere Fachwissen. Am Ende muß auch die Kasse stimmen, damit alle den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit, ausreichend für's Leben, erhalten.

Forderungen an die bisherige Arbeitsstruktur werden auch auf die Ausbildungsteile übertragen. Strukturen der bisherigen Arbeit sollen dadurch nicht angetastet werden. In dem neuen Buch „Berufsausbildung selber organisieren", Verlag Jugend und Politk, Reinheim, werden diese Ziele einer selbstorganisierten Ausbildung thesenartig zusammengefaßt:

1) „selbst Lernender, statt Belehrter, Handelnder, statt Behandelter, Bildender, statt Auszubildender zu sein. Ausbildung soll möglichst vom ersten Tag an produktionsorientiert, projekt- und aktionsorientiert sein."

2) Bei der Zusammensetzung der Gruppe der Azubis sollten Prinzipien der Selbstorganisation, Stabilisierung von Lebenszusammenhängen und die Möglichkeit wechselseitiger Unterstützung und Anregung Vorrang vor wie immer auch gearteten Tests haben.

3) Auch Meister können viel von Jugendlichen oder Azubis lernen. Die klassische Arbeits- und Rollenteilung zwischen Meister und Azubis sollte überwunden werden.

4) Ausbildung ist nicht Selbstzweck. Schon während der Ausbildung sollten die nötigen Kontakte, Produkt- und Dienstleistungsideen entwickelt werden, so daß nach der Ausbildung auch eine realistische Arbeitsplatzperspektive, eventuell auch im „Normalbetrieb", selbst aufgebaut werden kann.

5) Produkte und Dienstleistungen sollen gesellschaftlich nützlich und ökologisch angepaßt sein.

6) Die Ausbildung soll den Lebenszusammenhang der Beteiligten einbeziehen. D.h., Ausbildung und Arbeit dort ermöglichen, wo die Menschen ihre sozialen Beziehungen und Bedürfnisse und Wurzeln entwickelt haben, wo sie nicht nur ihrer Ausbildung, sondern auch ihren sonstigen Lebensinteressen nachgehen können.

7) Alles in allem sollen Ausbildungsprojekte die herkömmlichen Standarts der Berufsausbildung nicht senken, sondern überbieten. Das bedeutet auch: bedürfnisgerechte Entlohnung, sorgfältiger Arbeits- und Unfallschutz, breite fachliche, soziale und politische Qualifikation.

Auf dieser Grundlage, mit diesem kollektiven Einverständnis, läßt sich m.E. ganz gut „leben und lernen". Die rechtlichen Vorschriften lassen dies zu, auch wenn im § 28 des BBiG steht: „Für einen anerkannten Ausbildungsberuf darf nur nach der Ausbildungsordnung ausgebildet werden" und gerade diese Ausbildungsordnungen wurden von Menschen gemacht, die mit Selbstverwaltung nichts „am Hut" haben.

In der nächsten Ausgabe von CONTRASTE sollen genau diese rechtlichen Voraussetzungen und Bedingungen und die damit einhergehenden Konflikte und auch Möglichkeiten für Sonderbedingungen und Finanzierung behandelt werden. Schön wärs, wenn überhaupt zwischen den Ausbildungsbetrieben der BRD im Bereich der Selbsthilfe wieder mehr Kontakte und INFO's untereinander „laufen" würden.

Für die Bremer Betriebe und Projekte ist speziell für diesen Zweck ein Seminar angesetzt worden: Termin: 22.-24.11. Anmeldung dafür beim Netzwerk Bremen.

Martin Greve

Berufsausbildung in Selbstverwaltung - aber wie?

Red. Frankfurt **Das allgemeine Desaster am Ausbildungsstellen-Markt hat es möglich gemacht: seit einiger Zeit werden selbstverwaltete Betriebe und alternative freie Träger als ausbildungsberechtigt anerkannt.**

Wenn auch erst wenige (Prüfungs-) Ergebnisse vorliegen, kann dennoch davon ausgegangen werden, daß die Zahl der Ausbildungsplätze im selbstverwalteten Bereich und vor allem die Zahl der „reinen" Aubildungsprojekte noch zunehmen wird.

- die Ausbildungsplatzsituation wird noch bis mindestens zum Ende des Jahrzehnts ihre Brisanz behalten,
- die in den letzten Jahren erfolgte Öffnung staatlicher Förderprogramme für die Berufsausbildung auch der freien Träger wird auch von der CDU/F.D.P. nicht grundsätzlich zurückgenommen; im Kompetenzbereich rot-grüner Mehrheiten kommt es sogar zu Ansätzen einer **speziell** auf selbstorganisierte Ausbildungsprojekte und selbstverwaltete Betriebe zugeschnittene Förderung,
- es gibt nach wie vor einen hohen Stand an qualifizierten Arbeitslosen mit Ausbildungskompetenz und -Berechtigung,
- die Durchführbarkeit selbstorganisierter Ausbildung ist durch die Praxis bewiesen und gewinnt an Anerkennung,
- bei den selbstverwalteten Betrieben wächst mit der Entwicklung zu höheren Qualifikationsanforderungen die Einsicht, daß das erforderliche Niveau mit reinem „learning by doing" nicht zu halten ist.

Gute Chancen also für eine Erweiterung selbstorganisierter Ausbildung.

Ob dies dann aber auch eine **Ausbildung in Selbstverwaltung** ist, ob es eine **Ausbildung zur Selbstverwaltung** ist, ob das vermittelte Fachwissen hin zu neuen, zukunftsweisenden Berufsbildern führen kann, oder die guten Absichten durch die engen Grenzen des Berufsbildungsgesetzes unterlaufen werden – solcherart Fragen rücken nunmehr in den Mittelpunkt der Diskussion.

Der hessische Landesverband des BDP (Bund Deutscher Pfadfinder) initiiert und/oder betreut selbstorganisierte Ausbildungsprojekte. Zur Zeit sind es etwa 80 Jugendliche, die in BDP-Projekten oder BDP-nahen Einrichtungen ausgebildet werden.

Ergebnis der zugrundeliegenden Diskussionen und der in der Folge gemachten Erfahrungen ist der folgende Kriterienkatalog, mit dem eine breite Diskussion eingeleitet werden soll.

AUSBILDUNG IN SELBSTVERWALTUNG – ABER WIE?

Leben und Arbeiten im Rahmen solcher Ausbildungsprojekte soll Jugendlichen sowohl eine möglichst breite berufsbezogene **Qualifikation** mit anerkanntem Abschluß vermitteln, als auch die Fähigkeit, individuelle und gesellschaftliche Probleme selbstorganisiert und selbstbewußt anzugehen. Fachliche Präzision soll mit kreativen Problemlösungen, berufliches und politisches mit sozialem und emotionalem Lernen verbunden werden. Was die Ausbildung an erster Stelle vermitteln soll, ist **Selbstorganisationskompetenz**, was bedeutet, eigeninitiatives Subjekt statt fremdgesteuertes Objekt, Selbstlernender statt Belehrter, Handelnder statt Behandelter, sich Bildender statt Auszubildender zu sein; das heißt, vorrangig zu lernen, wie man neue Problemstellungen selbst meistern und das eigene Leben in die eigene Hand nehmen kann.

Entsprechend soll das Interesse daran, ein spannendes Problem zu lösen, der Gebrauchswert des herzustellenden Produktes und der Ansporn gleichberechtigter Teamarbeit die Motivation für die Ausbildung stiften, nicht die Anweisungen des Meisters. Denn um Spaß an der Arbeit zu entwickeln, bedarf es der Ernstsituationen, echter und sinnvoller Anforderungen und wirklicher Problemstellungen, weshalb die Ausbildung möglichst vom ersten Tag an produktions-, projekt- und aktionsorientiert sein soll. Das Lernziel Selbstorganisationskompetenz erfordert, daß Jugendliche sowohl alle fachlichen Aufgaben lösen lernen – von der Auftragsannahme bzw. dem Entwickeln einer Produkt- oder Dienstleistungsidee über die Kostenkalkulation und Ausführung bis zur Rechnungstellung und Buchhaltung –, als auch den entsprechenden Umgang mit gruppendynamischen, Freizeit- und politischen Problemen, die sie betreffen.

Selbstorganisierte Ausbildungsprojekte sollen auch für die **Jugendlichen** offen sein, die aus dem traditionellen System der Berufsausbildung herausfallen. Dies gilt für zwei ganz unterschiedliche Gruppen: Zum einen für Jugendliche, die aus Gründen sozialer Benachteiligung keinen üblichen Ausbildungsplatz erhalten **können**, zum anderen für solche, die aufgrund alternativer Orientierung keine traditionelle Lehrstelle **wollen**.

Bei der Zusammensetzung der Gruppe der Auszubildenden sollten die Prinzipien der Selbstorganisation, Stabilisierung von Lebenszusammenhängen und der Möglichkeit wechselseitiger Unterstützung und Anregung Vorrang vor wie auch immer gearteten Tests haben: Jugendliche, die schon seit Jahren befreundet sind, bringen in der Regel mehr Verantwortung für und Interesse aneinander auf als isolierte Einzelne, ein ausgewogenes Verhältnis von Jungen und Mädchen – soweit es sich nicht um reine Mädchenprojekte handelt – wirken sich nach unseren Erfahrungen günstig auf das Gruppenklima aus; ein ausgewogendes Verhältnis von Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten und solchen, die über bestimmte Fähigkeiten bereits verfügen – die sich also untereinander anregen, fördern oder fordern können –, ist der Bildung von „Benachteiligtenghettos" vorzuziehen. Entsprechendes gilt für das Verhältnis von politisch engagierten Jugendlichen und eher desinteressierten.

Die **Ausbilder** sollten sich nicht allein als Ausbilder verstehen, die Jugendlichen etwas beibringen wollen, sondern als engagierte Menschen, die gemeinsam und solidarisch mit Jugendlichen und anderen Ausbildern ein selbstorganisiertes Projekt aufbauen wollen. Zugunsten dieses Versändnisses sollte auch die klassische Arbeits- und Rollenteilung zwischen Meistern, Auszubildenden, Sozialarbeitern und evtl. mitarbeitenden Lehrern überwunden werden. Auch Meister können viel von Jugendlichen lernen. Sozialarbeiter und Lehrer sollten über praktische Erfahrungen in dem jeweils ausgebildeten Beruf verfügen oder sich diese erwerben.

Das Zutrauen, das es möglich ist, eine eigene Lebensperspektive selbst zu entwickeln, statt sich von Eltern, Freunden, Moden etc. „leben zu lassen", daß Verhältnisse änderbar und nicht gottgegeben, Selbstorganisation und Solidarität möglich sind, entwickelt sich nicht aus schulischem Unterricht, den Ausbilder geben, sondern aus dem Anschauungsunterricht, den deren eigenes Leben, Verhalten, politisches Engagement in und außerhalb der Ausbildungswerkstatt bietet. Deshalb sollen Ausbildungsprojekte auch nicht vom Verband oder wem auch immer organisiert werden, um erst, wenn sie „stehen", die Ausbilder und Jugendlichen zu suchen, sondern möglichst von Anfang an von denen oder zumindest mit denen zusammen, die das Projekt schließlich tragen werden. Wo immer möglich, sollten nicht nur männliche, sondern in gleicher Anzahl auch weibliche Ausbilder angestellt werden.

Bei der Gründung von Ausbildungsstätten geht es nicht allein um das Schaffen zusätzlicher Ausbildungsplätze, sondern auch darum, sich über die anschließenden **Arbeitsplatzperspektiven** Gedanken zu machen. Die Jugendlichen müssen so qualifiziert werden, daß sie möglichst dort, wo sie wohnen, anschließend Arbeit finden – sei es in einem „Normalbetrieb", in dem sie dann ihre eigenen Interessen durchzusetzen gelernt haben sollten, sei es in einem von ihnen selbst gegründeten Projekt oder sei es durch Überleitung der Ausbildungswerkstatt in einen selbstverwalteten Betrieb. Auf diese Perspektiven hin sollten bereits während der Ausbildung die nötigen Kontakte, Produkt- und Dienstleistungsideen, Vertriebswege etc. entwickelt werden.

Sich aus den Ausbildungsinitiativen entwicklende selbstverwaltete Betriebe sollen **gesellschaftlich nützliche** und **ökologisch angepaßte Produkte** bzw. Dienstleistungen erstellen, die zugleich Marktchancen haben. Dabei sehen wir sowohl gesellschaftliche Veränderungsnotwendigkeiten als auch eine neue Nach-

Fortsetzung nächste Seite (unten)

Der BDP Hessen hat im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Problematik selbstorganisierter Ausbildung ein sehr ausführliches Handbuch erstellt, das wir hier allen Interessierten dringend empfehlen wollen.

Das bahnbrechende Werk heißt:

„Berufsausbildung selber organisieren", Handbuch für Ausbildungsinitiativen. Es ist im Verlag Jugend & Politik erschienen und ist in jeder guten Buchhandlung für DM 19.80 zu haben. (300 Seiten mit Abbildungen) 13 Projekte werden ausführlich dargestellt. Daneben enthält das Buch Einschätzungen zur Gesamtsituation (wie z.B. den hier veröffentlichten Kriterienkatalog) und – sehr wichtig – einen detaillierten Leitfaden für den Aufbau selbstorganisierter Ausbildungsprojekte (wichtige Kontakte, Finanzierungsmöglichkeiten usw. usw.)

AG SPAK

Neu

Ewinkel, Hermes, u.a.
Geschlecht: BEHINDERT
bes. Merkmal: FRAU
Ein Buch behinderter Frauen über ihre Lebenssituation
ersch. Okt. 1985
ca. 140 Seiten
M 68 ca. DM 14,80

"Ich stehe – ich bin eine Frau,
Ich sitze – ich bin ein Rollstuhlfahrer."

"Dies ist ein Krüppel-Frauen-Buch von behinderten Frauen über ihre Lebenssituation.
Von nicht behinderten Frauen unterscheidet uns, daß die Unterdrückung, die wir in dieser Gesellschaft erfahren, eine dreifache Diskriminierung ist, die wir als Unterworfene der Leistungsgesellschaft,als Frauen und als Behinderte erleben.
Der Schwerpunkt dieses Buches ist die Auseinandersetzung mit unserer Situation, einerseits ehne Frau, andererseits behindert zu sein. Wir Krüppelfrauen sind Frauen, die behindert sind, wir werden aber als Behinderte behandelt, die nebenbei weiblich sind. "

Wie ein roter Faden zieht sich durch das ganze Buch die Erkenntnis, daß behinderten Frauen Freiräume zugestanden werden; Freiräume, die auf den ersten Blick betrachtet vortellhaft erscheinen (z.B. Abtreibung, Sterilisation, etc.), hinter denen sich aber letztlich eine Diskriminierung verbirgt, gegen die schwer anzukämpfen ist, weil sie subtil verläuft.
In Ihren Erfahrungsberichtenund Überlegungen zeigt sich, daß "Krüppelfrauen" nicht einmal in der Frauenbewegung ihre Probleme zur Sprache bringen können. Erst in jüngster Zeit gibt es Ansätze (Stichwort: Gentechnologie), die bisherige Ausgrenzung zu themstisieren und gemeinsam zu überwinden.

zu bestellen über den Buchhandel oder direkt bei
AG SPAK - Publikationen, Kistlerstr. 1, 8 München 90

DIE ASH - LERNWERKSTATT

ERFAHRUNGEN MIT SELBSTVERWALTETER BERUFSAUSBILDUNG

Red. Frankfurt/Main **Die Lernwerkstatt ist berühmt, ohne Zweifel. Kaum eine Zeitung, kein Fernsehsender ohne mindestens einen Beitrag zur ASH-Lernwerkstatt.**

Klappern, sagt man, gehöre zum Handwerk. Und schließlich sind es Handwerker, die hier ausgebildet werden, Mechaniker, 14 Köpfe, darunter – ist es schon selbstverständlich? – 7 Frauen.

Bezuschußt vom Land Hessen *(Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, 2.000 geförderte Ausbildungsplätze pro Jahr, in 4 Jahren darunter ganze 96 „alternative", Kopfprämie vor 2 Jahren 14.500 DM pro Jahr und Azubi – heute: 17.500.–, Bedingung: es müssen „schwer vermittelbare" Azubis sein)* **und in derselben Höhe von der EG schien es nicht allzu schwierig, mal wirklich modellhaft zu zeigen, was ne Harke ist, wie Ausbildung laufen könnte.**

Das ließ sich nicht schlecht an am Anfang.

Nach etlichen gescheiterten Versuchen, Jugendliche in den Krebsmühlen-Zuammenhang zu integrieren – Versuche, die nicht gelingen konnten, weil die jeweils einzelnen Jugendlichen ihre weitergehenden Lebensinteressen im Projekt nicht realisieren konnten – schien dies die Lösung: die **Gruppe** von Jugendlichen würde dieses Defizit **miteinander** aufheben.

Wie wohltuend im Angesicht der sog. „Null-Bock-Generation", Angehörige ebendieser Generation zu erleben, in deren Werteskala Disco und Konsum weit hinten rangierten, wo verbreiteter Durchhänger-Mentalität und alten Erziehungs-Zöpfen offensiv der Kampf angesagt wurde.

Lernen ausschließlich über Motivation, aus der Lust an sauberer Arbeit, am Beherrschen der Maschinen und Techniken. **Lern**werkstatt: gegen Hierarchie die Gleichberechtigung von Lehrenden und Lernenden. Voneinander lernen – wer mehr weiß als andere, vermittelt dieses Wissen, wenn dies gefragt wird, und gibt praktische Tips. Lernen nicht im Ghetto, an nur im Rahmen von Ausbildung „sinnvollen" Produkten, die hinterher in den Müll wandern: „Wir produzieren keinen Edelschrott!"

Gegen individuelles Eigentum: alle verdienen alles, bedienen sich nach Bedarf und Bedürfnis aus der gemeinsamen Kasse für alle.

Die Perspektive ist klar: man/frau wird lernen, wird in dieser Zeit marktfähige, sinnvolle Produkte zur Serienreife entwickeln, wird nach der Ausbildung einen gemeinsamen Produktionsbetrieb gründen.

Ein Leben in Selbstverwaltung also, und wenn sie nicht gestorben sind, dann basteln sie noch heute? Keine Sorge: wir haben unsere sattsam bekannte Realität, die schnell und zuverlässig Luftballons zum Platzen bringt.

Vielleicht war es auch zuviel. Die Situation der Krebsmühle in dieser Zeit, mitten im Übergang von der „Kommune" zum „Arbeitnehmerbetrieb", forderte alle Kräfte und hat sich manchem als undurchschaubares und unentwirrbares Chaos präsentiert.

Dazu die permanent angespannte finanzielle Situation (bis heute nicht abschließend bereinigt und täglich prekär) und eben die Außenwelt, die sehr unvermittelt draufschlagen kann, wenns opportun erscheint.

Erster Konflikt: die Berufsschule

Staatsknete für Ausbildung ist Zuschuß im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes, und dessen Grenzen sind zwar dehnbar, bleiben aber eng.

Also Berufsschulpflicht. Und da hatten sie auf die unseren gerade gewartet. Schulvater Jahn, Leiter und oberster Tugendwächter dieser Einrichtung, bemängelte so schreckliche Dinge wie Zuspätkommen, Parken auf dem Lehrerparkplatz, Erscheinen in Arbeitskleidung, Zigarettenrauchen an Stellen, an denen es lt. Schulordnung gerade nicht erlaubt war und überhaupt renitentes Verhalten. Den Erfolg der Ausbildung sähe er nicht gewährleistet, Steuergelder würden verschwendet – so klang es von Jahn schon nach drei Wochen (d.h. 3 Berufsschultagen) und tönt es seither in mehr oder minder großen parlamentarischen Anfragen von CDU und FDP im Landtag.

Angesichts solcher Borniertheit gab es Krebsmühle-intern keine Probleme bei der Beurteilung und Bearbeitung der Situation: ein Ausnahmeartikel im Berufsbildungsgesetz gibt der Landesregierung die Möglichkeit, einer Ausbildungsstätte einen eigenen Berufsschullehrer zuzuweisen – und in unserem Fall hat die Landesregierung von diesem Recht Gebrauch gemacht, sicher nicht zuletzt deswegen, weil die Berufsschule selbst den Konflikt als unlösbar bezeichnet und diesen Ausweg vorgeschlagen hatte.

Probleme gab es in Weiterungen. Klar war geworden, daß es eine Ausbildung im geschützten Raum nicht geben wird und daß der Träger der Ausbildung – gleichzeitig Träger der ASH – letztendlich auch finanziell für die Erfüllung der mit der Geldvergabe verbundenen Bedingungen wird geradestehen müssen. Der Konflikt war damit programmiert: ist die Lernwerkstatt bereit, sich jenseits aller radikalen Ansätze solidarisch verantwortlich zu denen zu verhalten, die offiziell die Ausbildungsmaßnahme tragen und dafür geradestehen müssen oder begreift sie den Druck, der damit auf der Krebsmühle lastet und an die Lernwerkstatt weitergegeben wird als Druck **der Krebsmühle?**

In der Diskussion um diese Punkte („ist es politisch nicht eher wirkungsvoller, die geforderten Prüfungen 'nebenher' abzulegen und gerade dadurch zu zeigen, wie viel mehr Ausbildung in Selbstverwaltung leisten kann im Vergleich zur 'normalen'?" („muß man nicht auch die Situation der anderen, z.T. geplanten Ausbildungswerkstätten in Selbstverwaltung berücksichtigen, und die Konsequenzen, die unser Verhalten auf die Realisierungschancen dieser Projekte haben kann?") zeigen sich Unterschiede und Versäumnisse.

Wir haben zu wenig diskutiert – unkritisch, positiv voreingenommen. Zu viele Anfangslorbeeren, zu viele Projektionen eigener Wünsche und Idee.

Platzende Luftballons

- man sei nicht angewiesen (abhängig) von staatlicher Kohle, könne die Ausbildung, da die ja an verwertbaren Produkten läuft, auch ohne diese Kohle durchführen...
  hieß es – und ganz schnell mußte man lernen, daß **trotz** dieser Zuschüsse das Geld hinten und vorne nicht reicht.
- man werde den Krebsmühle-Fuhrpark seitens der Lernwerkstatt-Autoschlosser in Ordnung halten, werde überhaupt die vorhandenen und zu entwickelnden Fähigkeiten, soweit es sich um Schlosser- oder Schmiedearbeiten handelt, in den Ausbau der Krebsmühle mit einbringen...
  hieß es – und ganz schnell begannen solche Hilfeleistungen Geld zu kosten, und da Geld knapp ist bei uns und man also eventuell mal warten muß, ist die Motivation zur Übernahme solcher Arbeiten heute sogut wie nicht mehr vorhanden.
- Gemeinsamkeit bis zur Ausgrenzung, eigener Küche und Distanz zur Krebsmühle war angesagt, Gleichberechtigung, 'Lohn'entnahme nach Bedürfnissen, Verzicht auf privates Eigentum ...
  so gings los. Aber schon bald waren die privaten Autos und Motorräder bis hin zu Zweitautos die Regel. Lohn gibt es schon lange nicht mehr nach Bedürfnissen, sondern nach Tarif. Und die gemeinsame Perspektive hat sich in Wohlgefallen aufgelöst: innerhalb der Lernwerkstatt verwalten drei Arbeitsgruppen je eigene Kassen; und ich glaube nicht, daß es irgendeine Form von Gewinn- und Lohnausgleich zwischen diesen Gruppen gibt. Zu tief sitzt das gegenseitige Mißtrauen, die individuellen Perspektiven betreffend.

Der Streit um die Einhaltung der äußeren Bedingungen scheint inzwischen entschieden. Die überwiegende Mehrheit hat längst begriffen, daß ohne die staatliche Förderung eine angemessene Ausbildung nicht zu gewährleisten ist, und (hier sage ich 'leider' und meine unsere Fehler und Überforderungen) kaum eine(r) stellt sich sein Leben „danach" als selbstverwaltetes Leben vor – bestenfalls ist das überschaubare Kleinunternehmer-Kollektiv noch eine Perspektive, jenes, wo man einander in Ruhe läßt, solange die Kohle halbwegs stimmt.

Die Prüfung wird also abgelegt werden, sicher nicht mit den schlechtesten Ergebnissen – der Bestand der Krebsmühle scheint also zunächst sicher vor unberechenbaren Individualtrips.

Und mein Gefühl von Scheitern, mit dem ich das traurige Spiel beschreibe, soll die Qualität der geleisteten Ausbildung nicht in Frage stellen. **Die ist hoch.** Ich habe bewußt nicht von fachlichen Dingen gesprochen, weil ich nicht glaube, daß unter entsprechenden Bedingungen eine fachlich qualifizierte Ausbildung zu machen wäre.

Auch „Scheitern" ist relativ, beschreibt mein Unverständnis.

Wie kann ich mir erklären, daß nach einer recht geschickt gestarteten und im Ganzen erfolgreichen Kampagne gegen die herrschenden Ausbildungsverhältnisse in dem Moment, wo die objektiven Bedingungen – für alle sichtbar: notgedrungen – ein Einlenken nötig machen, die Situation total umkippt, der bisher vehement vertretene politische Anspruch nicht mehr existiert?

Ich spreche vom bis dato letzten großen Konflikt:

Die Zwischenprüfung

Wieder Berufsbildungsgesetz: nach gut einem Jahr müssen alle Azubis eine einheitliche Zwischenprüfung vor Prüfern der Kammer ablegen. Diese Prüfung wird nicht benotet, nur „bepunktet": die Lehrlinge erhalten einen Computerbogen, aus dem für jedes Arbeitsgebiet hervorgeht, wie viele von 100 möglichen Punkten in der Prüfung erreicht wurden.

Wie dem auch sei: unsere Lernwerkstatt argumentierte sehr logisch, daß es wohl ein Unding sei, auf der Grundlage des bei uns gefahrenen (stillschweigend gebilligten, wenn auch nicht offiziell gutgeheißenen) explizit **anderen** Ausbildungsansatzes eine Prüfung ablegen zu sollen, die sich nach dem Motto „quadratisch-praktisch-gut" an den Produktionsbedürfnissen für „Edelschrott' orientiert.

Die Lernwerkstatt sei jederzeit auch Prüfern zugänglich – man

Fortsetzung von Seite 6

Berufsausbildung in Selbstverwaltung - aber wie?

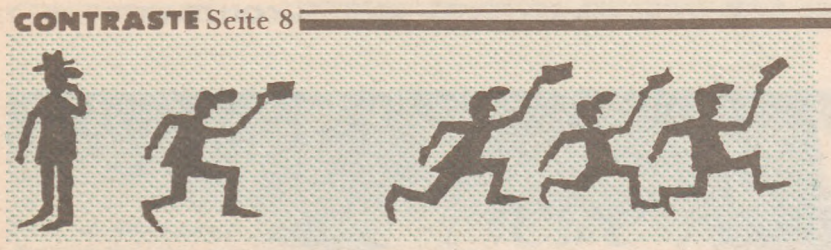
frage im Zusammenhang mit sich neu oder verstärkt entwickelnden Werten und Bedürfnissen im Kontext der Ökologie-, Friedens- und Alternativbewegung (siehe auch Nr. 5). Welche das genau sind, läßt sich nur durch eine „alternative" Regioaluntersuchung herausfinden, die erhebt, was jeweils sowohl gesellschaftlich nottut als auch nachgefragt wird. Erinnert sei nur an neue Bedürfnisse im Zusammenhang mit gesunder Ernährung, biologischem Bauen und Wohnen, Energie- und Wassereinsparung/alternativen Technologien, Recycling, einem anderen Umgang mit Kindern, Alten, Behinderten, Gesundheit ...

Die Ausbildungswerkstätten sollen **auf den Lebenszusammenhang** der angesprochenen Jugendlichen **bezogen** sein, das heißt, Ausbildung und Arbeit dort ermöglichen, wo sie ihre sozialen Beziehungen und Wurzeln entwickelt haben, wo sie nicht nur ihren Ausbildungs-, sondern auch ihren sonstigen kulturellen, Freizeit-, politischen, kurz, Lebensinteressen nachgehen können. Stadtteil- bzw. wohnortbezogene Werkstätten sollen Lebenszusammenhänge stabilisieren helfen, nicht sie weiter aufspalten. Wenn Jugendliche dabei das Bedürfnis entwickeln, Arbeiten, Lernen und Wohnen zu verbinden, sollen sie bei dessen Realisierung unterstützt, es soll ihnen jedoch nicht aufgedrängt werden.

Wünschenswert erscheint uns ein **Assoziierung** der Ausbildungsprojekte an **gesellschaftliche Anregungsmilieus**, die die tägliche Erfahrung zulassen, daß Selbstverwaltung realisierbar ist und die Selbstorganisationsprozesse Jugendlicher unterstützen (wie z.B. im Fall der ASH-Lernwerkstatt). Wo Jugendliche oftmals im Elternhaus, Nachbarschaft, Schule, Verein etc. tagtäglich und von morgens früh bis abends spät erlebt haben, daß Anpassung an Vorgegebenes, Nachäffen von Moden, Konsumieren von Vorgesetztem, sich Raushalten aus der Politik, Mitschwimmen im Strom des das-macht-man-eben-so allerorten übliche Maximen darstellen, verlieren sie leicht das Vertrauen darauf, daß es überhaupt möglich sein könnte, für sich selbst verantwortlich zu sein, eigene Vorstellungen zu entwickeln und durchzusetzen, auch einmal gegen den Strom zu schwimmen und sich politisch zu informieren und zu verhalten. Deshalb scheint uns der möglichst enge und stetige Kontakt zu solcherart „lebendigen" Initiativen im Jugendverband, zu Kultur- und Bürgerinitiativen oder die Kooperation mit selbstverwalteten Betrieben wichtig, die erfahrbahr machen, daß eigene Alternativen denkbar und machbar sind, die ein auch über die Werkstatt hinausgehendes Engagement ermöglichen und auch ggf. problematische Ausbilder–Lehrlingskonstellationen korrigieren können.

Alles in allem sollen die Ausbildungsprojekte die **herkömmlichen Standards** der Berufsausbildung nicht senken, sondern **überbieten** – das bedeutet bedürfnisgerechte Entlohnung, sorgfältiger Arbeits- und Unfallschutz, Selbstverwaltung statt Jugendvertretung, breite fachliche, soziale und politische Qualifikation, Möglichkeit einer gemeinsamen Lehre für Freundschaftscliquen, Unterstützung dabei, Lernen, Arbeiten und Wohnen zu verbinden, wenn das die Jugendlichen wollen bis hin zur Chance, sich selbst einen eigenen Arbeitsplatz zu schaffen –, also Orientierung daran, eine eigene selbstbestimmte Lebensperspektive nicht nur ökonomischer Art zu entwickeln, statt Fixierung an einzelbetrieblichen Interessen.

Fortsetzung auf Seite 8



DARLEHENSANFRAGE

Die Freunde und Förderer der Ökobank brauchen viel Geld für

- die Treugeldwerbung, um das notwendige Eigenkapital aufzubringen
- die Entwicklung der Bankkonzeption (betriebswirtschaftlich und politisch)
- die Betreibung des Zulassung der Bank durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
- die Gründungsprüfung durch einen Genossenschaftlichen Prüfungsverband
- die Vorbereitung zur Aufnahme in einen Sicherungsfond
- die Abwichlung und Anregung vereinsöffentlicher Diskussionsprozesse

Ein Drittel dieses Finanzbedarfs (312.000,- DM von der Gründung am 18.3.84 bis zum 30.6.85) konnte bisher aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Broschürenverkauf gedeckt werden.
Die restlichen zwei Drittel wollen wir aus den Zinsen für das festgelegte Treugeld bezahlen. Diese Zinsen erhalten wir aber zum größten Teil erst Anfang 1987. (Deswegen hat sich der Verein bisher 207.000,- DM geliehen. Leider sind die schon ausgegeben.)

Wir brauchen also weiterhin Kredite bis Juni 1987.
Dafür zahlen wir 4% Zinsen p.a., aber auch weniger, wenn es der Kreditgeber wünscht.

Der Kreditvertrag sieht folgendermaßen aus:

Darlehensvertrag

zwischen .....
nachfolgend Kreditgeber genannt
und dem Verein «Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Frankfurt/Main
nachstehend Kreditnehmer genannt
wird folgender Darlehensvertrag geschlossen:

§ 1 Der Kreditgeber zahlt an den Kreditnehmer einen Betrag von DM ..... als Mitgliederdarlehen. Dieses Mitgliederdarlehen ist zweckbestimmt und dient ausschließlich der Finanzierung der Vorlaufkosten des Ökobank-Vereins. Das Darlehen wird mit 4%verzinst.

§ 2 Der Darlehensvertrag ist am 30. Juni 1987 zur Rückzahlung fällig.

Das Darlehen kann in voller Höhe zur sofortigen Rückzahlung gekündigt werden,
wenn über das Vermögen des Kreditnehmers das Konkurs-oder Vergleichsverfahren eröffnet werden sollte,
wenn Umstände eintreten, durch welche die Rückzahlung des Kredits gefährdet wird,
wenn sich die vom Kreditnehmergemachten Angaben über seine Vermögensverhältnisse als unrichtig oder unvollständig erweisen sollten.

§ 3 Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, jedes für den Vertragszweck bedeutsame Ereignis dem Kreditgeber unverzüglich mitzuteilen.

§ 4 Gerichtsstand für alle aus diesem Vertrag entstehenden Streitigkeiten ist Frankfurt/Main.

Um das bürokratische Verfahren so gering wie möglich zu halten, kann jetzt sofort jedermann oder jedefrau einen Betrag von mindestens DM 500,00 mit dem Hinweis «Darlehen lt. Vertrag Contraste 13» - eventuell mit dem Zusatz «3% Zinsen» auf unser Konto **Nr. 9531-600**
Postgiroamt Frankfurt/Main
überweisen oder einen Scheck schicken.

Dabei bitten wir um eine lesbare und vollständige Anschrift des Absenders.

Wem dieses Verfahren zu unsicher ist, kann uns den untenstehenden Koupon schicken. Wir melden uns dann.

Helmut Richter

Darlehen, wird frühestens am 30. 6. 1987 zurückgezahlt

Ich bin daran interessiert, die Finanzierung der Vorlaufkosten des Ökobankvereins durch ein Darlehen in Höhe von .....DM zu unterstützen. Meine Zinsvorstellungen liegen bei 4%, ... %p.a.
Ich erwarte noch folgende Informationen:

.....
.....

Name, Vorname .....
Straße .....
PLZ,Wohnort .....

Bitte einsenden an:
Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Postfach 5125
6370 Oberursel 5

Ökobank gründen!

Fortsetzung von Seite 7

Die ASH– Lernwerkstatt

möge prüfen, ob das, was hier geleistet wird, den Prüfungsanforderungen vom Schwierigkeitsgrad her gleichkommt.

Ein entsprechender Antrag an die Kammer wurde abgelehnt mit Hinweis auf das Gesetz, nach dem alle gleich zu behandeln sind (ein wenig hilfreicher Grundsatz eigentlich, wenn man bedenkt, wie erfreulich unterschiedlich Menschen sein können).

Darauf Diskussion im Plenum der Krebsmühle: was tun?

In der Spannung zwischen dem Bedürfnis der Lernwerkstatt, sich nicht zu unterwerfen und dem mittlerweile gewachsenen Mißtrauen von Vielen bei uns gegenüber der Lernwerkstatt, sich nicht an Absprachen zu halten, wuchs der Kompromiß:
nicht reaktiv – **offensiv mit der Situation umgehen!**

Klar ist, worauf es denen ankommt: die Prüfung des Einzelnen. Da läßt sich auf die Schnelle nicht dran kratzen. Man muß aber ja auch nicht unbedingt nur nein sagen. Eine Menge ist geleistet worden, Fähigkeiten entwickelt, die z.T. erst bei der Gesellenprüfung verlangt werden – warum nicht solche Gegenstände und Teile davon mit Zeichnungen als Prüfgegenstand zur Prüfung vorlegen: „so, jetzt überprüft konkret, ob wir das innerhalb der festgelegten Zeit sauber fertigen können. Und dann vergleicht das Geleistete mit den 'normalen' Anforderungen der Zwischenprüfung".

Die Lernwerkstatt war einverstanden, so zu verfahren und hatte unter dieser Voraussetzung die Zustimmung des Plenums, die 'normale' Zwischenprüfung zu verweigern. Dann geschah aber nur das eine – und das andere wurde unterlassen, weil mit Arbeit verbunden, jener unangenehmen an Schreibtisch und -maschine.

Die Folgen

1. eine Flut von Zeitungsartikeln; PR, die nach hinten losging, weil kaum einer der Presseleute begriff, was mit der Verweigerung der Zwischenprüfung eigentlich gewollt war (ich denke trotzdem, daß das Problem verquerer, überholter Ausbildungsgänge bis dahin kaum jemals öffentlichkeitswirksamer in Frage gestellt worden ist).
2. die Wiederauflage des CDU/FDP-Vorwurfs des Subventionsbetrugs und der Verschwendung von Steuermitteln.
3. das kopfschüttelnde Sich-Abwenden von Sympathisanten innerhalb der Gewerkschaften und der SPD, die meinten, hier solle generell die Pflicht in Frage gestellt werden, sich einer Prüfung zu unterziehen – ein Gesetz, das SPD und Gewerkschaften gegen Unternehmerwillkür und -Ausbeutung von Lehrlingen durchgesetzt haben und zu Recht als sozialen Erfolg verstehen.
4. das Schulterklopfen zuweilen recht merkwürdiger neuer Freunde vor allem aus Handwerkerkreisen.
5. das Umkippen einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern des südhessischen Verbandes selbstverwalteter Betriebe und solchen des Arbeitskreises „Wirtschaft und Technik" der SPD-Fraktion in eine Fragestunde zur Situation der Lernwerkstatt mit der Ankündigung, ein Brief des Wirtschaftsministeriums sei unterwegs an die Krebsmühle, mit dem die bisher gezahlten 300.000 DM Ausbildungsbeihilfen zurückgefordert würden.

Das Ende also für die Krebsmühle? Wir leben noch – dank der Eigeninteressen der Lernlinge –, aber so ziemlich das Ende der Beziehung zwischen Krebsmühle und Lernwerkstatt.

Es gab recht harte Diskussionen nach jener Sitzung. Ein erneuter Termin für die Zwischenprüfung wurde ausgehandelt, die Prüfung abgelegt.

Und es gab ein Gespräch zwischen SPDlern und der Lernwerkstatt, in dem diese ihre Bereitschaft bekundeten, in gemeinsamen Diskussionen mit Gewerkschaftsvertretern ein Modell für die Abschlußprüfung auszuhandlen, in dem nicht der/die einzelne Lernling, sondern die Gesamtheit der Lernlinge **als Team** geprüft werden könnte.

Das wäre ja die halbe Miete oder mehr

Die Lernwerkstatt aber sitzt im Schmollwinkel. Nichts passiert in solche Richtung. Sondern: Perspektive flöten, jeder für sich, getrennte Kassen mit entsprechenden Konkurrenzen s.o. ...

Seit der Zwischenprüfung heißt die Parole: machen, was unbedingt gemacht werden muß, ansonsten – Arschlecken.

Wie schön einfach, sich äußere Feinde zu zaubern, wo noch gar keine sind: man muß sich jedenfalls nicht mit den wirklichen Problemen, denen der Gruppe, denen eigener Veränderungsnotwendigkeiten beschäftigen.

Und unsere Konsequenz?

Tja, leicht gefragt.
Das Unbehaben wächst, und es sieht ganz so aus, als käme es über kurz zu größeren Veränderungen. In einer Plenumsdiskussion wurde die Frage aktualisiert, ob Ausbildung in der Art, wie wir sie kennen, nicht schon im Ansatz verfehlt ist.

Weiß ein(e) 15/16-jährige(r) schon, was er/sie will – zumal die 'freie Wahl' schon lange nicht mehr existiert?

Wäre es nicht sinnvoller, Erziehung, Ausbildung insgesamt anders anzulegen?

Uns schwebt in solchen Diskussionen ein Bildungsweg vor, der nach den ersten Jahren in der Gruppe in der **freien Schule** beginnt, deren Ausbildungsberechtigung auch die sog. 'Sekundarstufe I' umfassen müßte. Im Rahmen der Schule wären – in Zusammenarbeit mit den selbstverwalteten Betrieben der Region – handwerkliche Grundkenntnisse zu vermitteln, Wissen genug, im benachbarten Ausland bei befreundeten Gruppen nach der Schule ein paar Jahre lang den eigenen Horizont und die eigene Persönlichkeit entwickeln zu können, ohne schmarotzen zu müssen. Erst dann wäre vom Einzelnen zu entscheiden: Uni oder Handwerk, Schmied oder Biologe (wobei ich denke, daß die Frage sich so alternativ nicht mehr stellen würde).

Wünschenswert wäre, daß endlich erkannt wird, in welch hohem Umfang in selbstverwalteten Betrieben jenseits aller offiziösen **Maßnahmen** Ausbildung funktioniert. Ausbildung nicht losgelöst vom Produktionsprozeß, sondern als Teil davon. Ich meine den beständigen Lernprozeß, der aus dem Anspruch „jeder soll alles machen dürfen" und „es ist gut, wenn alle alles können" resultiert. Dieser überaus nützliche (und deshalb langlebige) Anspruch treibt voran, macht den Tresenverwalter im selbstverwalteten Cafe gleichzeitig zum Experten der Buchhaltung und den Schreiner von heute zum Drucker von morgen.

Learning by doing – Berufsbildung statt Ausbildung

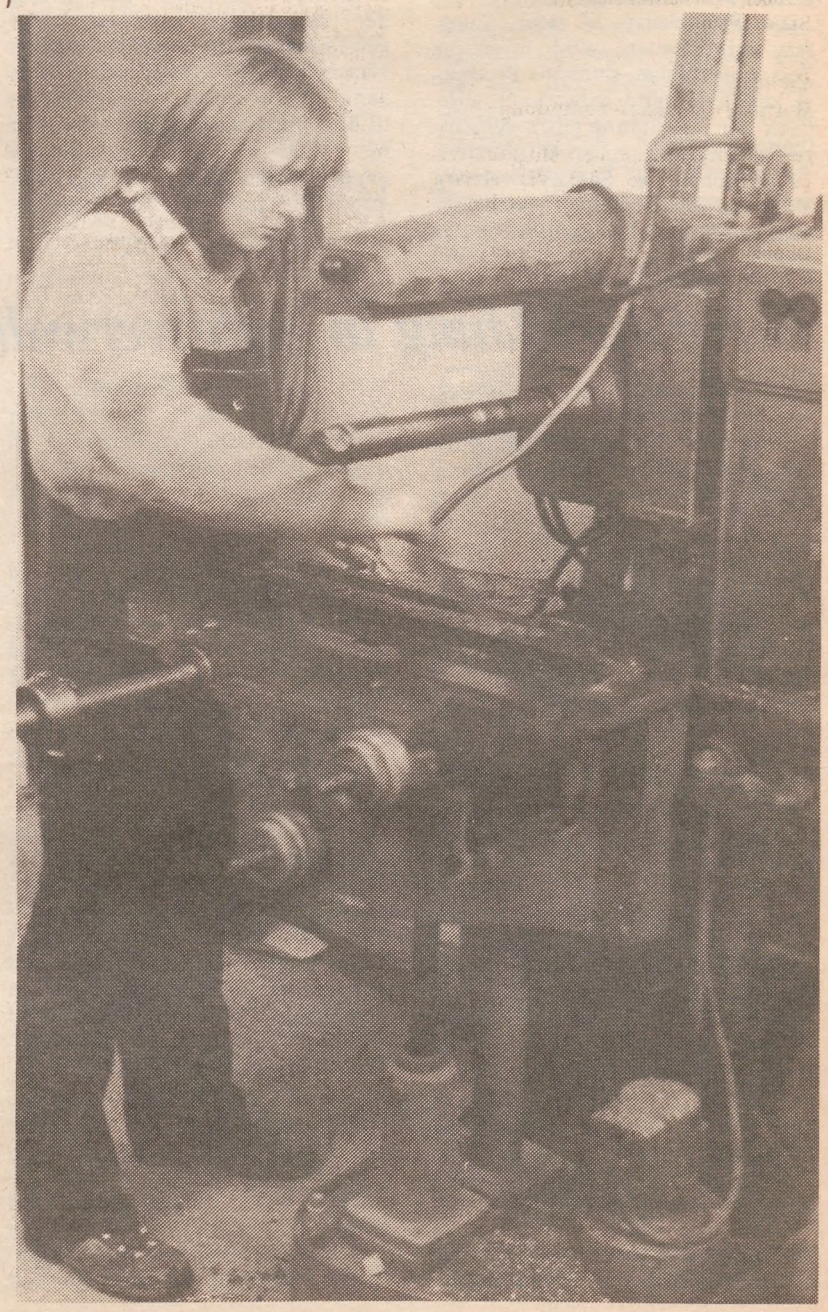
Wünschenswert wäre, daß diese Art Ausbildung ähnlich subventioniert würde, wie die nach Berufsbildungsgesetz und mit staatlichem Abschluß. Wünschenswert wäre, diesem Bildungsprozeß die notwendige Zeit **in Ruhe** widmen zu können, ein Stück weit entlastet vom beständigen Druck der Produktions- und Finanznotwendigkeiten.

Das ist aber absehbar nicht zu erwarten.

Sollten wir uns trotz unserer derzeitigen negativen Erfahrungen jemals wieder zur Durchführung einer Ausbildungs**maßnahme** entschließen, wird die eines mit Sicherheit nicht bieten: die Art **Autonomie**, die in naiver Überschätzung der realen Bedingungen und Möglichkeiten der Lernwerkstatt zugestanden worden ist.

Allgemeine Gleichheit und damit Gleichberechtigung einfach zu unterstellen – was für ein Blödsinn! Zur gleichen Berechtigung gehört auch die freiwillige Übernahme eines adäquaten Teils der Verantwortung – und diese Einsicht will erstmal erlernt sein.

Karl Bergmann



Kontaktadressen:

Landesverband Nordrhein-Westfalen
Karl-Heinz Brendgen, Schlesische Straße 81, 4000 Düsseldorf
Baden-Württemberg
Buchhandlung Jos Fritz, Michael Berger, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg
Landesverband Bayern
H.J. Kühn, Manzinger Weg 7, 8000 München 60
Berlin
Ökobankverein, c/o Netzwerk, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61
Hamburg
Aktion Dritter Weg, Jochen Abeling, Schwanenwik 32, 2000 Hamburg
Schleswig-Holstein
Initiativzentrum Richard Schmidt, Königsweg 65, 2300 Kiel 1
Niedersachsen
Alf Baumhöfer, Lindenallee 4, 2900 Oldenburg
Christopher Zietzschmann, Hasemannstr. 11, 3000 Hannover 91
Rheinland-Pfalz
Klaus Wehrend, Jakobstr. 21, 5500 Trier
Hessen
Verein Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Postfach 5125, 6370 Oberursel 5

Aus den Regionen

Baden-Württemberg

Das Regionaltreffen der Ökobankinitiativen Baden-Württemberg hat auf einer Sitzung in Freiburg am 12.10.1985 kommissarische Delegierte als baden-württembergische Vertreter für den Delegiertenrat gewählt. Aus zeitlichen und technischen Gründen ist es nicht möglich, die Delegierten vor der ersten Sitzung des Delegiertenrates von einer Landesmitgliederversammlung wählen zu lassen. Die Delegierten in kommissarischer Funktion:

- Christine Allgeier, Karlsruhe;
  Vetreter: Hermann Wenner, Heidelberg
- Oliver Förster, Stuttgart
- Bernd Kappel, Burladingen
- Thomas Reipöler, Freiburg;
  Vertreter: Bernd Steyer, Ihringen

Eine Landesmitgliederversammlung in Stuttgart wird am 14.12.1985 stattfinden. Sie wird die endgültigen Delegierten wählen. Der genaue Ort in Stuttgart, sowie der Zeitpunkt und die Tagesordnung werden in der Dezemberausgabe von CONTRASTE bekanntgegeben.

Frank Schabel, Freiburg

Das nächste Treffen der Initiativgruppen aus Ba-Wü findet am 9.11.85 in Burladingen statt. Kontakt: Bernd Kappel, Richard-Biener-Str. 13, 7453 Burladingen.

Bayern
Betr. Mitgliederversammlung

Die Situation nach der Mitgliederversammlung war so, daß die aktiven Mitglieder des Landesverbandes Bayern ernsthaft erwogen, ihre Arbeit für die Ökobank bzw. für den Förderverein einzustellen.

Hier muß sich der Vorstand fragen lassen, ob es angeht, daß Leute, die so viel für das Ökobankprojekt getan haben und feste Bezugspersonen in der Region sind, einfach das Handtuch werfen, weil sie sowohl von der inhaltlichen Arbeit des Vorstandes, als auch von der Art der gebrauchten Mittel, Positionen zu besetzen, frustiert sind.

Auch andere Mitglieder aus den Regionen sind mit ähnlichen Gefühlen aus Frankfurt zurückgefahren.

Wo sollen denn die 5000 Mitglieder herkommen, wenn nicht aus den Regionen? Und dafür steht die dort geleistete Arbeit. Es wird Zeit, daß es schnell zu einer definitiven Klärung des Verhältnisses Vorstand/Frankfurt und Landesverbände bzw. Regionalgruppen kommt.

Die weitere aktive Mitarbeit vieler sonst opferbereiter Mitglieder ist wirklich ernsthaft gefährdet.

Hans-Jürgen Kühn, München

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

In der Befürchtung, daß manche von Euch durch die Mitgliederversammlung etwas frustiert wurden, und deshalb die Mitarbeit an der Bankgründung einschränken möchten, schreibe ich diesen Brief. Bitte seht Euch erst einmal das Ergebnis der MV an! Es kann sich trotz allem sehen lassen und beweist, daß auch konstruktives durchgekommen ist. U.a. ist es gelungen:

- Einen neuen Vorstand zu wählen,
- dabei die Geschlechterparität zu erreichen,
- die Regionalisierung wenigstens teilweise in der Satzung zu verankern und
- einen Kassenprüfer zu bestellen.

Damit sind die Voraussetzungen für eine wirkungsvollere Arbeit des Vereins satzungsrechtlich geschaffen worden. Es kommt auf uns an, ob wir diese Chance nutzen. Freilich – Geld ist damit noch nicht in die Vereinskasse gekommen. Das bedeutet, daß wir in den Regionen die weitgehend kostenneutralen Aktivitäten (Vortragsveranstaltungen, Infostände usw.) weiter ausbauen müssen.

In der relativ kurzen Zeit, in der ich aktiv an der Ökobankgründung mitarbeite (seit Mai '85), habe ich in einigen Gesprächen mit interessierten Menschen den Eindruck gewonnen, daß die Ökobank gegründet werden muß, und wenn wir es nicht tun, es durch andere geschieht.

Ich bitte Euch daher herzlich, gerade in den nächsten Wochen mit Bienenfleiß weiterzuarbeiten. Möglicherweise werden uns gerade dadurch unsere menschlichen Unzulänglichkeiten vom 28.09.1985 bewußter und verständlicher. Damit würde die Ökobank für künftige Krisen, die nicht ausbleiben werden, wetterfest.

Berthold Söder, Nürnberg

Ab sofort sind nachstehende Werbematerialien lieferbar:

Ökobank gründen!
Entweder
jetzt oder nie.

Neue Flugblätter. Kostenlos!
Bestellung bitte an den Verein,
Postfach 5125, 6370 Oberursel 5.

Alles über
die Gründung
der Ökobank.

Eine Information des Vereins der Freunde und Förderer der Ökobank e.V.

Bestellungen an den Verein, Postfach 5125, 6370 Oberursel 5.
Bitte 4 DM in Briefmarken oder Scheck beifügen.

Treugeld per 15.10.85:	2.789.255,49 DM
Treugeldgeber:	ca. 6.800
Vereinsmitglieder:	1.734

Wenn die Lichter ausgehen!

Otto Wolff von Amerongen, Jahrgang 1918, seit 1969 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (so eine Bildunterschrift), Otto Wolff von Amerongen macht sich Sorgen. Und zwar in der Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen Nr. 9/85.

Gefahren im politischen Raum

„Alternative Strukturen und internationale Wettbewerbsfähigkeit", ist die Überschrift einer sorgenvollen Analyse der Zeitschrift der deutschen Wirtschaft. Zwar sieht er die ‚praktizierte alternative Ökonomie" realistisch als das, was sie heute ist, als „eine Quantité négligeable", zwar sieht er, daß die „alternativen Strukturen auf den Bedeutungsgrad von Klöstern" reduziert bleiben und prognostiziert „den Ökobanken" den baldigen Untergang: „Ich meine hierzu, wenn bei der Kreditgewährung die politische Würdigung gegenüber der finanziellen Bonität die Oberhand gewinnt, ist es mit den grünen Bankern in Blue Jeans schnell wieder aus." Aber trotz dieser für sein Weltbild doch vielversprechenden Ausblicke, macht sich Otto Wolff von Amerongen Sorgen. Er sieht Gefahren, große Gefahren sogar:

„Die grünen (!) Emotionen, ihre Wertvorstellungen, angesiedelt zwischen dem absoluten Primat der Ökologie und zweifelsohne sozialistisch-kommunistischen Idealen, sind und bleiben sie für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährlich, sehr gefährlich sogar! Was die autarkieähnlichen Vorstellungen der Grünen für unser Land bedeuten, das mit seinen Exporten direkt sechs Millionen Arbeitnehmer und ihre Familien ernährt, das bedarf hier keiner Erörterung. Hinzu kommt: Wir sind heute so weit, daß die deutsche Wirtschaft, aber auch die Landesregierungen, bei ihren Investitionsentscheidungen politische Risiken innerhalb der Bundesrepublik beachten muß. Das bayerische Wackersdorf erhielt den Zuschlag in Sachen Wiederaufbereitungsanlage – so heißt es –, weil in Bayern im Gegensatz zu Niedersachsen grün-rote Mehrheiten auf absehbare Zeit ausgeschlossen sind. So etwas kann sich sehr schnell zu einem negativen Faktor für den internationalen Standort „Wirtschaft in der Bundesrepublik" ausweiten. Wenn in der Folge bei uns die Lichter ausgehen, werden sie vielen grünen Wählern erst aufgehen. Aber dann ist es vielleicht zu spät!"

Wie unterschiedlich die Perspektiven sein können. Müßte es doch aus „selbstverwalteter" Sicht gerade umgekehrt heißen: „Wenn den grünen Wählern nicht bald einige Lichter aufgehen, werden in der Folge bei uns tatsächlich alle Lichter ausgehen. Zumindest in den Räumen einer nichthierarchisch selbstverwalteten und ökologisch orientierten Wirtschaft.

Denn in dem Weltbild des Otto Wolff von Amerongen ist schon jetzt das „Kapital" der oberste Sovereign *(= frühere engl. Goldpfundmünze, der Setzer)* der Bundesrepublik und nicht etwa der Wähler. In seinem Verständnis – und das ist schließlich das Verständnis einer ganzen Kaste – hat alles zu unterbleiben, was das „Kapital" verunsichert, dülpiert, verletzt, beleidigt. Denn wie schnell könnte das „den internationalen Standort der Wirtschaft in der Bundesrepublik" in Verruf bringen und das „internationale Kapital" veranlassen, sich schmollend zurückzuziehen. Und davor bewahre uns alle Otto Wolff von Amerongen. Man schreibe dieses politische Wirtschaftsverständnis nur ein paar Schritte in die Zukunft:

„Das Kapital" betrachtet eines Tages die Todesstrafe als einen „positiven Faktor" bei seinen langfristigen Investitionsentscheidungen – wird dann die Bundesrepublik die Todesstrafe wieder einführen? Oder es hält die kirchliche Trauung als unumfängliches Signal für die Fähigkeit, gesittet mit „Kapital" umzugehen – wird die kirchliche Trauung zum entscheidenden Kriterium bei der Einstellung von Arbeitskräften in der Bundesrepublik?

Wann tritt der Bundestag zusammen, um eine Präambel zum Grundgesetz zu verabschieden: Das Grundgesetz gilt überall dort wo und solange es den langfristigen Investitionsentscheidungen des „Kapitals" nicht widerspricht?

Eine politische Utopie, ein gesellschaftspolitischer Entwurf wie etwa der, die menschliche Würde auch am Arbeitsplatz wieder einzuführen und ökologisch selbstbestimmtes Arbeiten als den anthropologisch adäquaten Ausdruck des Menschen zu verstehen, erringt heute nur so weit politische Glaubwürdigkeit, soweit zumindest im Ansatz die ökonomischen Konsequenzen deutlich gemacht werden können. Und nur aus diesem Verständnis heraus gewinnt übrigens auch die Arbeit des Ökobankvereins einen Sinn. Die Gründung einer Bank – das momentane Projekt des Vereins – ergibt nur einen Sinn, wenn sie als Beitrag, als Teil eines umfassenderen Instrumentariums alternativer Ökonomie begriffen wird – und der Verein begreift es so.

Wir können nicht länger die Felder der Wirtschafts- und Finanzpolitik den Otto Wolff von Amerongen's überlassen, wir müssen einbrechen in das geschlossen bornierte Weltbild selbsternannter Wirtschaftseliten und Positionen zu Gehör bringen, die bisher immer wieder erfolgreich unterdrückt werden konnten – oder aber, der Letzte von uns mache doch bitte das Licht aus.

DR

Jetzt oder nie !

Ökobank gründen!

Da protestieren Hunderttausende gegen Nachrüstung und Umweltzerstörung. Da engagieren sich immer mehr Leute in alternativen Arbeitsprojekten und Friedensinitiativen.

Doch was macht ihr Geld? Es liegt auf Konten und hilft, genau das zu finanzieren, was sie ablehnen und politisch bekämpfen.

Auch wenn Sie der Meinung sind, daß man mit Ihren paar Mark sowieso nicht viel anfangen kann, irren Sie sich sehr.

Wir, der Verein der Freunde und Förderer der Ökobank, brauchen Geld. Sehr viel Geld, um das Ziel „Ökobank gründen" in der gesteckten Frist zu erreichen. Es bleiben uns noch 15 Monate. Während dieser Zeit muß das erforderliche Eigenkapital der Ökobank (Treugeld) aufgebracht werden und die geschäftlichen und rechtlichen Grundlagen für die Zulassung als Bank erarbeitet werden.

Viel Arbeit und viel Geld ist dafür erforderlich. Die meisten Aktiven arbeiten ehrenamtlich, doch einige Aufgaben erfordern hauptamtliche und entsprechend qualifizierte Mitarbeiter/innen. Post, Drucker und Werbeträger schenken uns nichts. Die Finanzen des Vereins lassen nur einen Minimaletat für alle Aufgaben zu.

Deshalb wenden wir uns an Sie mit der Bitte, uns bei dieser Arbeit zu unterstützen.

Wenn Sie Interesse haben, die Gründung der Ökobank zu unterstützen, können Sie zwischen drei Möglichkeiten wählen:

1) **DARLEHEN** (siehe dazu Kasten Darlehensfrage)

2) **MITGLIEDSCHAFT im VEREIN**
Ich wohnhaft in
möchte Mitglied im Verein Freunde und Förderer der Ökobank werden.
Für die Dauer meiner Mitgliedschaft erhalte ich CONTRASTE umsonst.
Meinen Beitrag von 60,– DM/besser mehr ..... DM habe ich auf das Konto: 9531-600, PA Frankfurt/Main überwiesen.

3) Ich .....
habe keine Zeit, aktiv mitzuarbeiten, unterstütze Euch aber mit einer Spende von ..... DM, die ich schon auf das o.g. Konto überwiesen habe.

Ökobank gründen!

IN BERLIN WIRD EINE NEUARTIGE FINANZIERUNGSEINRICHTUNG FÜR SELBSTVERWALTETE BETRIEBE GEGRÜNDET

HAFTUNGSASSOZIATION

Fast alle der über 4.000 selbstverwalteten Betriebe, die mittlerweile in der Bundesrepublik und West-Berlin existieren, haben Finanzierungsprobleme. Die Betriebe arbeiten häufig am Rande des Ruins, weil ihnen, neben qualifiziertem Personal, häufig das Geld fehlt, um die maschinelle Ausrüstung für eine effiziente Produktions- und Dienstleistungserstellung zu beschaffen.

Diesem alten Problem genossenschaftlich geführter Unternehmen soll nunmehr mit der im November in Berlin vorgesehenen Gründung der Haftungsassoziation e.G. – Bürgschaftsbank für selbstverwaltete Betriebe – zu Leibe gerückt werden. Nach mehr als eineinhalbjähriger Vorbereitungszeit wird damit im alternativen Sektor ein Finanzierungsinstrument geschaffen, das die spezifischen Finanzierungshemmnisse von selbstverwalteten Betrieben, wie Eigenkapitalmangel, Risikokapitalbedarf und mangelnde persönliche Kreditwürdigkeit sowie die daraus resultierenden erhöhten Kreditrisiken neutralisieren und die Ausgangsbedingungen der Betriebe beim „Wettbewerb um Kapital" verbessern soll.

Der Haftungsassoziation e.G., die im Sinne des Kreditwesengesetzes ein „Spezialkreditinstitut" ist, wurde nun die Aufgabe zugeschrieben, Bürgschaften (keine Kredite!) an private Geldgeber und Banken zu vergeben, wenn diese selbstverwalteten Betrieben Kapital zur Verfügung stellen. Damit ist beabsichtigt, durch die Vergabe von zuverlässigen Kreditsicherheiten die Kreditwürdigkeit der Betriebe heraufzusetzen, die Finanzierungshemmnisse zu beseitigen, und so die Unternehmen für den allgemeinen Geld- und Kapitalmarkt attraktiver zu machen.

Als Träger der Haftungsassoziation sind die selbstverwalteten Betriebe und externe Förderer vorgesehen. Zu den externen Förderern zählt insbesondere die Evangelische Landeskirche Berlin, die durch die Übernahme eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 1 Mio. DM die erforderliche – vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen vorgeschriebene – Eigenkapitalausstattung für die Haftungsassoziation e.G. aufbringen wird und so erst ihre Gründung ermöglicht. Gefördert wird die Haftungsassoziation e.G. daneben von dem Berliner Senat. Er gewährt der Assoziation sog. „Rückbürgschaften" in Höhe von 60% der verbürgten Kreditsumme. Rückbürgschaften sind im Prinzip „Bürgschaften auf Bürgschaften". Sie tragen einmal dazu bei, daß bei Ausfällen ein Teil der Zahlungen vom Senat an den Bürgen erstattet wird und daß zum anderen der Wert der Bürgschaft und die Bonität des Bürgen durch die öffentliche Zusatzsicherung erheblich erhöht wird.

Die Haftungsassoziation e.G. ist aber auch ein Instrument der „direkten Finanzierung", d.h., es ist geplant, daß sie sehr eng mit der „Kreditvermittlungsgenossenschaft" – angesiedelt bei den Berliner STATTwerken – zusammenarbeitet. Die Kreditvermittlungsgenossenschaft ist eine Einrichtung, die seit ca. zwei Jahren selbstverwaltete Betriebe bei der Finanzierung ihres Kapitalbedarfs mit Hilfe **privater** Spargelder – ohne Zwischenschaltung von Banken – unterstützt, indem sie private Geldgeber aktiviert, zu ihnen Kontakte herstellt, bei der Kreditprüfung und -abwicklung hilft sowie sich um die Beschaffung von Kreditsicherheiten für diesen Anlegerkreis kümmert.

Die Haftungsassoziation e.G. soll nun der Kreditvermittlungsgenossenschaft in den Fällen Schützenhilfe gewähren, wenn ein kreditnehmender Betrieb über keine ausreichenden Kreditsicherheiten verfügt – was aufgrund der erwähnten Finanzierungshemmnisse leider oft der Fall ist – und eine Kreditierung aus privaten Spargeldern nur mit Hilfe einer parallel geschalteten Bürgschaftsgewährung in Frage kommt; hier soll die Haftungsassoziation einspringen und Bürgschaften vergeben. Der kreditpolitische Effekt dieser dualen Strategien liegt auf der Hand: Mit dem Instrument der Haftungsassoziation wird für die privaten Geldgeber die direkte Finanzierung von selbstverwalteten Betrieben an Reiz gewinnen. Bisher haben private Geldgeber rund 2 Mio. DM Finanzierungsmittel an selbstverwaltete Betriebe zur Verfügung gestellt und damit rund 180 Arbeitsplätze im alternativen Sektor geschaffen und erhalten.

Der Haftungsassoziation e.G. liegt neben ihrer einzelwirtschaftlichen Zielsetzung der Schaffung eines „finanziellen Gleichgewichts" in den Betrieben primär natürlich eine gesamtwirtschaftliche Zielkategorie zugrunde: Sie soll mithelfen, die zahlreichen, in den letzten Jahren im alternativen Sektor geschaffenen, Arbeitsplätze zu erhalten und weiter auszubauen. Im gesamten Bundesgebiet gibt es mittlerweile – wie anfangs kurz erwähnt – rund 4.000 selbstverwaltete Betriebe mit ca. 24.000 Arbeitsplätzen. Allein auf Berlin, dem sog. „Mekka der Alternativen", entfallen ca. 2.000 Arbeitsplätze, die in etwa 300 Unternehmen bestehen. Viele dieser Arbeitsplätze sind durch Finanzierungsprobleme gefährdet, neue Arbeitsplätze können aufgrund dieser Probleme nicht entstehen. Insofern ist das erörterte Finanzierungsmodell Haftungsassoziation e.G. auch ein Modell zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in selbstverwalteten Betrieben.

Für die ersten beiden Geschäftsjahre wurde ein Bürgschaftsvolumen von 5 Mio. DM für die Haftungsassoziation e.G. ins Auge gefaßt. Damit sollen rund 400 bis 500 Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

Von dem Gründungsvorhaben Haftungsassoziation sind bereits „spill-over-Effekte" ausgegangen. Auch in anderen Bundesländern wird über dieses Modell nachgedacht. So z.B. in Hessen und Nordrhein-Westfalen. Hier gibt es, sowohl auf der Betriebs- wie auf der Staatsebene (Wirtschaftsministerium), Überlegungen zur Gründung einer Bürgschaftseinrichtung für selbstverwaltete Betriebe nach dem Berliner Vorbild.

Marlene Kück

Tagung
vom 21.-23. 11. 85
in Berlin

Alternative Finanzierungskonzepte

– Bestandsaufnahme, Modelle, Konflikte, Perspektiven –

Die Tagung findet statt: Fachhochschule für Wirtschaft, Badensche Str. 50, 1000 Berlin 62

Anmeldung an: STATTwerke e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a 1000 Berlin 36, Tel.: 030/6 11 59 04

Tagungsbeitrag: DM 80,–; ermäßigt für Geringverdiener/innen DM 30,–

zu zahlen auf Konto-Nr. 269 16-106, Postgiroamt Berlin (West) (Bankleitzahl 100 100 10, Kontoinhaber: STATTwerke e.V.)

Für auswärtige Teilnehmer/innen besteht bei Bedarf die Möglichkeit, Übernachtungsplätze zu organisieren. Bitte auf der Anmeldung vermerken.

Im Frühjahr '86 wird ein umfassendes Protokoll in Form einer Publikation erscheinen, die unabhängig von der Tagung (auf unten abgedruckter Anmeldung) im voraus bestellt werden kann.

Alle Teilnehmer/innen, die sich verbindlich angemeldet haben, erhalten vor der Tagung einen Reader mit weiteren Informationen und den Fachreferaten.

○ Nehme/n an der Tagung teil,
..... Personen

○ Betrag wurde überwiesen

○ Scheck liegt bei

○ benötigen Übernachtungsmöglichkeit
vom ..... bis.....

○ Gemeinschaftsunterkunft
(bitte Schlafsack mitbringen)

○ Pensionsunterkunft bis ..... DM
pro Nacht, wird von uns arrangiert

○ Ich nehme an der Tagung nicht teil, möchte aber die im Frühjahr erscheinende Publikation bestellen

Ärger mit der Kreditaufsicht

Nicht nur der Öko-Bank-Verein hat das Interesse der Bankenkontrolleure in Berlin erregt – auch wir sind mit der Kreditvermittlung in die Schußlinie geraten.

Dabei wurden zwei Dinge beanstandet: Unsere Treuhandverwaltung von Darlehensangeboten wurde uns in der alten Form untersagt (es wäre als Einlagengeschäft zu betrachten) und wir wurden darauf aufmerksam gemacht, daß Betriebe, die Privatdarlehen von insgesamt mehr als 25 000 DM und gleichzeitig mehr als 5 Darlehensgebern hereingenommen haben – und nicht durch eine Grundschuld oder eine Bankbürgschaft abgesichert haben – Einlagengeschäft im Sinne des Kreditwesengesetzes betreiben.

Ergebnis unserer Verhandlungen, die sich fast ein halbes Jahr hingezogen haben: Wir mußten unsere Treuhandverwaltung umstellen, d.h. wir haben mit allen Treugebern eine Vermögensverwaltungsgesellschaft gegründet, deren Eigenkapital wir geschäftsführungsmäßig verwalten. Der Zweck dieser Gesellschaft bürgerlichen Rechts ist die gemeinsame Verwaltung von Sparguthaben. Jede sonstige Geschäftstätigkeit haben wir vertraglich ausgeschlossen.

Was den Vorwurf des Einlagengeschäfts angeht, so müssen wir in Zukunft die Grenzen strengstens beachten. Mit der Einrichtung und Nutzung der Haftungsassoziation sind wir dann allerdings wieder relativ frei. Ohne Bürgschaftsbank müßte für jeden Betrieb eine Finanzierungsgesellschaft (bürgerlichen Rechts) konstituiert werden, die dann einen Kredit an den Betrieb gibt. Für den Darlehensgeber ändert sich nichts, außer daß er nunmehr einen Gesellschaftsvertrag unterschreibt – der die gleichen Regelungen, wie der Darlehensvertrag enthält – und quasi einen Anteil an einem „Gesamtdarlehen" hält. Diese Variante wird von der Kreditaufsicht akzeptiert.

Alle Betriebe, die bereits Einlagengeschäfte betreiben – wir kennen keine –, sollten diesen Zustand irgendwann aufheben. Wenn ein solcher Betrieb zahlungsunfähig wird und darüberhinaus zahlungsunfähige Bürgen hat bzw. nicht verwertbare dingliche Sicherheiten hat, kann die Kreditaufsicht – grundsätzlich – ein Disziplinarverfahren anleiern. Ob sie das in einem solchen Fall tun wird, ist allerdings fraglich, da durch die bisherige Rechtssprechung bisher nicht geklärt ist, ob der enge Sicherheitsbegriff (reduziert auf Bankbürgschaften und Grundschulden), den die Kreditaufsicht intern verwendet, auch rechtsverbindlich nach außen ist.

Fazit: Kleine Verfahrensänderungen sind notwendig, aber prinzipiell bleibt es so wie es ist. Im übrigen war das Klima der Verhandlungen sehr kooperativ.

Michael Makowski

Betriebe suchen Darlehen

GRAPH DRUCKULA
graphische Werkstatt im Mehringhof

Gesamtsumme: 20.000 DM
bereits finanziert: 4.000 DM

Graph Druckula wurde vor 5 Jahren gegründet, und zählt zu den bekanntesten Graphik- und Druckkollektiven in Berlin. Zur Zeit arbeiten 5 Personen fest im Kollektiv.

Graph Druckula hat ein differenziertes Angebot, das von der Plakatherstellung über Signets, Buttons, Geschäftsdrucksachen bis hin zur Herstellung von Büchern und künstlerisch hochwertigen Postkarten reicht. Neben graphischen Arbeiten drucken die Druckulas auch im Offset- und Siebdruck.

Da die räumliche Situation sehr beengt ist, und Kundenberatung, künstlerische Tätigkeit sowie Druck bisher primär in einem Raum stattfanden, soll der Kredit einerseits für Umbauten, andererseits für Schallisolierung verwendet werden.

Da Druckula das Geld dringend brauchte, hat Netzwerk den Betrag vorfinanziert und hat neben den Druckulas auch noch die Absicherung des Kredites garantiert. Da Netzwerk z.Zt. aber knapp mit Geld ist, nehmen wir die Ablösung des Netzwerk-Kredites vor, damit deren Geld für andere – soziale oder politische – Projekte verwendet werden kann.

DAS HEILEHAUS
Berlin

Finanz.summe: 8.000 DM
bereits finanziert: noch nichts

Das Bauvorhaben einer Badestube kostet dem Heilenaus e.V. 22.000 DM. Über einen WBK-Zuschuß aus Sondermitteln sind 14.000 DM der Bausumme abgedeckt.

Zur Errichtung der Badestube fehlen dem HEILEHAUS also noch 8.000 DM. Da das Heilehaus e.V. eine soziale Einrichtung im medizinischen Bereich mit minimalsten finanziellen Möglichkeiten ist, sind die Leute vom HEILEHAUS nicht in der Lage, eine ordentliche Refinanzierung von Krediten zu gewährleisten.

So soll der Restbetrag der Bausumme von 8.000 DM über Spenden aufgebracht werden. Da das Geld jedoch sehr schnell gebraucht wird, müssen zunächst Kredite aufgenommen werden, die durch die Spenden nach und nach abgelöst werden.

Es ist dazu eine sogenannte Tilgungsgemeinschaft einzurichten, bei der sich die Mitglieder verpflichten und damit gesamtschuldnerisch verbürgen, einen bestimmten Betrag monatlich über einen festgesetzten Zeitraum – bis zu zwei Jahre – hinweg zu spenden. Spenden an das HEILEHAUS sind steuerabzugsfähig, da das HEILEHAUS ein gemeinnütziger Verein ist.

Da die Spenden erst nach und nach eintreffen, die Baumaßnahme aber sofort zu finanzieren ist, soll das Bauvorhaben sogleich über Darlehen finanziert werden, die wiederum durch die eingehenden Spenden getilgt werden. Es werden Kredite nur über die Summe vergeben, über die auch Spendenzusagen/verpflichtungen existieren.

Die Kredite über die Kreditvermittlung sollen eine Laufzeit von ein oder zwei Jahren haben, wobei die Zinsen gering sein sollten – etwa Inflationsrate.

Die Tilgungsgemeinschaft und auch die Leute vom HEILEHAUS (zusätzlich) übernehmen gleichzeitig eine Bürgschaft über die gesamte Summe zur Tilgung der Kredite zur Refinanzierung der Badestube. Die Bürgschaft wird bei STATTwerke vorliegen.

RAD AB Comic Serie
Berlin

Gesamtsumme: 12.000 DM
- neu -

Der RAD AB-Verlag existiert seit 1 1/2 Jahren und gibt das Comic-Magazin RAD AB heraus. Das neueste Projekt der Gruppe ist eine Serie von Comic-Alben mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren pro Album.

Hansi Kiefersauer und Peter Petri (vom KOPF Hoch-Kalender bestens bekannt) werden die ersten beiden Alben zeichnen. Wenn diese erfolgreich sein werden, sollen weitere Comic-Bücher folgen, evtl. dann auch mit höherer Auflage.

Zur Finanzierung der Startauflage werden insgesamt 12.000 DM benötigt, die über persönliche Bürgschaften abgesichert werden.

ELEFANTEN-PRESS-VERLAG GmbH

Gesamtsumme: 40.000 DM
bereits finanziert: 30.000 DM

Im Frühjahr '85 mußte der Verlagsbereich von „Elefanten" umziehen. Das vorherige Domizil in der Zossener Str., in dem weiterhin die gleichnamige Galerie untergebracht ist, platzte aus allen Nähten. Die Verlags- und Galerieaktivitäten umfassen sowohl „Fremdtitel" als auch eine große Anzahl von eigenen Publikationen (Bücher, Broschüren, Ausstellungen).

Durch den Umzug enstandene Kosten (Renovierung, Ausstattung) sollen auf die nächsten 3 bis 4 Jahre verteilt werden. Hier besteht eine Wahlmöglichkeit hinsichtlich der Rückzahlungstermine sowie Zinssatz (4 bis 5%).

KRATZBÜRSTE
Münstertal im Schwarzwald

Gesamtsumme: 200.000 DM
bereits finanziert: 159.000 DM

Die ehemalige Bürstenfabrik wird immer lebendiger: neben Tagungshaus und Holz- und Orthopädiewerkstatt ist mittlerwiele noch ein Landgasthaus eröffnet worden.

Für diese Fülle von Aktivitäten, die von den Kratzbürstlern außer ihrer Selbstversorgungslandwirtschaft entwickelt wird, ist eine Menge Geld vonnöten.

Die Darlehen sollen zum einen zur Finanzierung von Umbaukosten, zum anderen zur Umschuldung teurer Kredite verwendet werden.

Zur Sicherheit besteht ein Dispositionskredit um eine sofortige Rückzahlung aufgenommener Darlehen zu gewährleisten.

Tagungshaus
LÄUFERTSMÜHLE
Neckargerach

Gesamtsumme: 80.000 DM
bereits finanziert: 39.000 DM

Die Läufertsmühle besteht seit fünf Jahren als Tagungshaus, seit einigen Monaten nun im Besitz der Projektgruppe.

Zur Finanzierung von Renovierungs- und Umbaumaßnahmen für eine Erweiterung der Arbeitsbereiche um eine Werkstatt, Vergrößerung der Forellenzucht und Bereitstellung von Arbeitsraum für Gruppen werden private Darlehen gebraucht.

Das Geld zur Durchführung dieser und weiterer Vorhaben soll zu einem Drittel über uns reinkommen. Die Absicherung der Darlehen ist über einen Bereitstellungskredit, also sofortig kündbar, erfolgt.

EUROPÄISCHE COOPERATIVE
Verwaltungsbüro in Berlin

Gesamtsumme: 40.000 DM
bereits finanziert: 22.850 DM

Die genossenschaftlich organisierte Cooperative hat es sich zur Aufgabe gemacht, an verschiedenen Orten Europas erhaltenswerte schöne Häuser zu kaufen, auszubauen und sie als Tagungs- und Ferienhäuser den Genossen, aber auch anderen Menschen zur Verfügung zu stellen. Damit soll die private Nutzung von Ferienhäusern aufgehoben werden; zwangslose freundschaftliche Kontakte quer durch Europa können entstehen.

Obwohl die Verwaltungs- und Renovierungsarbeiten teilweise ehrenamtlich gemacht werden, decken die laufenden Einnahmen durch Vermietungen nur die laufenden Betriebskosten der Häuser. Für Ausbauten, mit denen die Aktivitäten und Kapazität der Häuser in Südfrankreich und Italiern erhöht werden sollen, braucht die COOP zinsgünstige Darlehen mit einer möglichst langen Laufzeit, mindestens 3 Jahre. Darlehensgeber können sich gern die Häuser ansehen und da auch Urlaub machen und auf Wunsch die Zinsen „abwohnen".

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ASH – Möbelgroßhandel

Kreditbedarf: 50.000 DM
- neu -

Innerhalb des alternativen „Traditionsbetriebes" ASH – Krebsmühle wird zur Zeit eine neue Abteilung aufgebaut: der Antik-Möbelgroßhandel. Dabei wurde gleichzeitig über günstige Bezugsquellen in Österreich und ein „Partnerkollektiv" in Wien ein Direktimportgeschäft aufgezogen.

Der Markt ist da, was die ASHler aus ihrem Möbelgeschäft, welches sie schon mehrere Jahre betreiben überblicken können. Was fehlt, ist ein „vernünftiges" Warenlager. Um hier die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, sollen Privatkredite aufgenommen werden. Die Laufzeit der Darlehen soll 2 bis 3 Jahre betragen, der Zinssatz nicht über 5% gehen und sie sollen über private Bürgschaften abgesichert werden.

KoMet WERKZEUGBAU

Finanz.summe: 20.000 DM
bereits finanziert: 12.000 DM

KoMet WERKZEUGBAU ist eines der ältesten Kollektive im Metallbereich in Berlin. Im selbstverwalteten Betrieb arbeiten 4 Frauen und 8 Männer. Alle KoMetis sind gleichberechtigt und werden nach einem halben Jahr Probezeit Gesellschafter in der GBR. Für Organisation und Durchführung einzelner Aufträge ist jede Person selbst verantwortlich. Größere Aufträge bearbeiten mehrere Personen gemeinsam. Dann aber auch arbeitsteilig.

KoMet WERKZEUGBAU will sich eine Format-Zuschnitt-Kreissäge (ULMIA 1612 SP) neu anschaffen. Die Finanzierungsmittel sollen über die Kreditvermittlung zusammenkommen. Auf dieser Maschine können großformatige Platten aus Leicht- und Buntmetall beliebig geteilt werden. Diese Maschine kann sehr lange (10 J.) im Betrieb bleiben, da sie nicht ständig beansprucht wird. Die Zuschnitt-Kreissäge soll jedoch in vier Jahren abgezahlt und abgeschrieben sein. Somit sollen die Kredite eine Laufzeit von 2 bis 4 Jahren haben. Als Sicherheit dient eine Sicherungsübereignung der Maschine und persönliche Bürgschaften der KoMet Gesellschafter über 50% des Anschaffungswertes.

LEBENS- und ARBEITSGEMEINSCHAFT NATUR – UMWELT – ENTWICKLUNG (LAGUNE) in 5220 Waldbröl

Gesamtsumme: 30.000 DM
bereits finanziert: 14.000 DM

Sieben Erwachsene und sechs Kinder leben und arbeiten in einer ehemaligen Fabrik im Bergischen Land. Es entstanden mehrere Werkstätten (Keramik, Elektro), ein Großhandel für landwirtschaftliche Produkte aus biologischem Anbau und eine Gruppe von Architekten und Ingenieuren plant ökologisches Bauen.

Die gewünschten Darlehen sollen für Einrichtung und Ausstattung der einzelnen Bereiche verwendet werden und haben eine Laufzeit von 2 bis 3 Jahren zu einem Zinssatz von 4% jährlich.

Salatrestaurant

Gesamtsumme: 30.000 DM
- neu -

Eines unserer ersten Projekte in der Kreditvermittlung war der Backstern, eine Vollkornbäckerei, in welcher psychisch behinderte und gesunde Menschen zusammenarbeiten. Ein weiteres Projekt nach dem gleichen Konzept stellt nun das Salatrestaurant mit Vollarbeitsplätzen für Psychiatriebetroffene dar.

Die finanziellen Mittel werden für den Ausbau von Räumen benötigt.

Die Laufzeit der Kredite soll 2 bis 3 Jahre betragen.

ÖKOTOPIA
Handelsgesellschaft
Berlin
Import von Nicaragua-Kaffee

Gesamtsumme: ca. 100.000 DM
bereits finanziert: - neu -

Nun ist es also wieder soweit: ÖKOTOPIA führte die zweite Nicaragua - Kaffee - Einkaufsaktion durch. Die notwendigen Darlehen sollen mit max. 4% verzinst und über ein, besser noch über ein halbes Jahr laufen. Als Sicherheit dient die Sicherungsübereignung der Kaffeelieferung an uns. Wegen der politischen Bedeutung des Projekts hier noch eine eigene Darstellung von ÖKOTOPIA:

PROJEKT: Kaffeedirektimport

Schon im Frühjahr 1985 hatten wir mit Hilfe von STATTwerke (und den vielen Kreditgebern) den ersten Kontrakt NICARAGUA-KAFFEE 'direkt' beziehen können. Dieser im Mai importierte Kaffee ist jetzt verkauft – die Kredite zurückbezahlt. Um kontinuierliche Lieferungen zu garantieren, haben wir den nächsten Kaffee geordert. Das bedeutet wieder viel Geld zur Vorfinanzierung.

Ein Weg hierzu ist die Gründung der Berliner Kaffeegenossenschaft, die ein Abo-System für den Vertrieb des Kaffees aufgebaut hat. (Infos hierzu auf dem Faltblatt 'SANDINO DRÖHNUNG').

Der im 'Großhandel', also in/von den Läden und Cafes zu kaufende Kaffee muß über Kredite vorfinanziert werden.

FÜR WIEVIEL KAFFEE WIRD WIEVIEL GELD BENÖTIGT?

Wir haben mit Encafe einen Jahresvertrag für die Ernte 85/86 abgeschlossen. Dieser Vertrag beginnt zum 1. Januar 1986. Bis dahin brauchen wir noch 500 Sack vorab. – Das sind zwei Kontrakte. Auch diese Menge hat uns Encafe zugesagt und am 26. September in Corinto verschifft.

Der Preis für einen Kontrakt beläuft sich auf ca. 250-280tsd. DM. (Die großen Schwankungen werden durch den Dollar verursacht). Der Berliner Anteil beträgt auch diesesmal ca. 150tsd. DM.

Der Kaffeendpreis setzte sich beim letzten Import wie folgt zusammen:

Kaffeepreis Corinto	51,0%
10% Aufschlag für Ernesto Acuna	5,1%
Transport Corinto-Berlin	2,4%
Steuer/Zoll	18,7%
Gebühren (Bank/Hafen/Zoll)	0,5%
Kapital, -Versicherungskosten	1,5%
Rösten, Mahlen, Verpacken	5,8%
Kostendeckung + Rabatte	8,4%
MWST	6,6%

Sofern jemand an der Finanzierung der hier aufgeführten Projekte interessiert ist und darüberhinaus weiteres Info-Material wünscht (z.B. Rundbrief, Broschüre zur Kreditvermittlung) schicke man uns einige Zeilen:
STATTwerke
Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

Mitarbeiterselbstverwaltung statt Mitarbeiter-Führungsmodell

Aktionstage '85
Bericht aus einem Arbeitskreis

Im kapitalistischen Unternehmen basieren die Machtverhältnisse auf den Eigentumsrechten des Besitzers der Produktionsmittel, der diese Rechte entweder selber wahrnimmt oder „seinen" Betrieb von, in seinem Interesse angestellten, Managern mehr oder weniger autoritär leiten läßt. Zwar gibt es mit den modernen Managementmodellen kollegialere Formen der Unternehmensstruktur, in denen z.B. Teamarbeit einen besonderen Stellenwert hat, grundsätzlich sind jedoch die alten Machtverhältnisse nicht aufgehoben. Die Absicht solcher Strukturen liegt ja auch nicht in der Entmachtung des Unternehmmens und der Befreiung der Arbeit, sondern in der erwarteten höheren Effizienz.

In den Unternehmen der Aktion Dritter Weg fehlt nun, durch die Neutralisierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Legitimation für die üblichen Machtstrukturen. An die Stelle der alten Hierarchien tritt dann notwendigerweise, wenn auch nicht völlig reibungslos, die Mitarbeiterselbstverwaltung. Erst jetzt entstehen die notwendigen Entscheidungsspielräume für die einzelnen Mitarbeiter, erst jetzt kann aus eigenem Willen Verantwortung übernommen werden. Es geht nun allerdings nicht darum, alle im Unternehmen anfallenden Entscheidungen nach langwierigen Diskussionen kollektiv zu treffen, das würde den gerade gewonnenen Spielraum für den einzelnen von neuem und sogar noch stärker einengen. Wir unterscheiden deshalb zwischen Sach- und Rechtsentscheidungen. Sachentscheidungen müssen von den dafür kompetenten und demokratisch dazu legitimierten Mitarbeitern im Rahmen ihrer jeweiligen Verantwortlichkeit getroffen werden können. Bei den sog. Rechtsentscheidungen geht es dagegen um Probleme, die die Mitarbeiter in ihrem rechtlichen Verhältnis zueinander betreffen.

Die Mitarbeiterselbstverwaltung ist ein immer wieder neues, manchmal auch aufregendes und schwieriges Experiment, bei dem alle Beteiligten sich neue soziale Fähigkeiten *erwerben* müssen, im Umgang miteinander, in der gemeinsamen Verantwortung für das Unternehmen und in dem Spannungsfeld zwischen individueller Kreativität und gemeinschaftlichem Entscheiden.

Soweit die Einführung in das Thema des Arbeitskreises, die – neben den Erfahrungen der Teilnehmer – die Grundlage für das anschließende Gespräch bildete. Die Fragen und Probleme waren vielfältig und interessant, wie sich in der teilweise auch kontrovers geführten Diskussion zeigen sollte.

Da gibt es in einem selbstverwalteten Baugeschäft das Problem, daß man sich darauf geeinigt hat, daß es für jede Baustelle einen Hauptverantwortlichen gibt. Dieser ist nun fast automatisch in die Rolle des alten Chefs hineingerutscht und zwar sowohl im Kontakt mit den Kunden, als auch im Bewußtsein der anderen Mitarbeiter. Dieser „Selbstverwaltungschef" ist dann in der unangenehmen Lage, von den Mitarbeitern gewollt, die Chefposition einzunehmen, ohne die Machtmittel in der Hand zu haben, die notwendigen Arbeiten auch termingerecht und unter sonstigen Zwängen durchzudrücken. Die Position dieses Hauptverantwortlichen hält man aus Effizienzgründen für notwendig, wobei dann auch jedes Projekt getrennt abgerechnet wird und dabei außerdem eine Art Effizienzkennziffer des jeweiligen „Selbstverwaltungschefs" festgestellt wird. Dabei ist es nicht weiter verwunderlich, daß mit diesem Modell menschliches Chaos programmiert ist. Es müssten zumindest die Erfolgskennziffern abgeschafft werden und zudem sollten sich die Mitarbeiter wohl klar machen, daß „kapitalistische Selbstverwaltung" nicht geht. Man kann nicht selbstverwalterisch einen Chef bestellen, ihm keine Weisungsbefugnisse geben und daraufhin in die alte Arbeitnehmermentalität des „Was geht's mich an" und „Der Chef wird's schon richten" zurückfallen. Damit wird derjenige, der bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, zum Hampelmann des Betriebs.

Ein immer wieder auftauchendes Problem im selbstverwalteten Betrieb ist der Mitarbeiter, der zunächst eigentlich wenig Interesse an Selbstverwaltungsstrukturen und alternativer Ökonomie hat. Sein Interesse beschränkt sich in der Regel auf das rein Fachliche, den biologischen oder biologisch-dynamischen Gartenbau, den Computer, das jeweilige Handwerk usw. Hier wird eben die *Bildungsaufgabe* deutlich, die selbstverwaltete Betriebe *nach außen* und aber *auch nach innen* haben, nämlich Aufklärung zu treiben über alternatives Wirtschaften. Unter den Mitarbeitern kann das beginnen, bei den Einstellungsgesprächen, wo neben den fachlichen und menschlichen Anforderungen eben auch festgestellt werden sollte, wie groß die Übereinstimmung in den Ideen, über menschliche Arbeit, Einkommensgestaltung, Mitarbeiterselbstverwaltung und Kapitalneutralisierung ist. Das setzt aber natürlich einigermaßen klare gemeinsame Vorstellungen der bereits im Betrieb tätigen Mitarbeiter voraus. So etwas fällt nicht einfach vom Himmel, sondern daran muß gearbeitet werden, z.B. in der regelmäßig stattfindenden Mitarbeiterversammlung, die ja leicht in Gefahr ist, zur reinen betrieblichen Informations- und Organisationskonferenz zu werden, oder an Tagungen, wie dieser.

Zu einer stellenweise kontroversen Diskussion kam es bei der Frage, ob es einem alternativen Betrieb erlaubt sein darf, einmal eingestellten Mitarbeitern wieder zu kündigen. Etwas pointierter formuliert lautete diese These: „Ein selbstverwalteter Betrieb, der einen Mitarbeiter oder Mitarbeiterin kündigt, unterscheidet sich nicht mehr von einem herkömmlichen Unternehmen". Das schien einigen Mitarbeitern in selbstverwalteten Betrieben, denn doch zu abstrakt, schließlich seien sie ja nicht das Sozialamt und wenn alle Mitarbeiter feststellten, daß sie nicht mehr bereit seien, mit jemandem zusammenzuarbeiten, dann werde dieser eben gekündigt. Andererseits gebe es, z.B. beim Blätterwald, durchaus auch gegenteilige Beispiele, wo sich in einem Fall immer wieder jemand gefunden habe, der oder die sich in einer Art Patenschaft um einen bestimmten Mitarbeiter mit besonderen Problemen gekümmert habe. Besonders schwierig kann sich so etwas natürlich gestalten, wenn Drogen oder Alkohol im Spiel und Therapiefragen zu lösen sind.

Das Gespräch in diesem Arbeitskreis bezog sich natürlich noch auf andere Themen, hier sollten nur einige Schwerpunkte dargestellt werden. Wir hätten noch lange weiter diskutieren können und dies sollte als Hinweis genommen werden für die Notwendigkeit, den Ideen- und Erfahrungsaustausch in der „Selbstverwaltungsscene" weiter anzuregen und zu intensivieren.

Christian Vierl

Wilfried Heidt

Die Perspektiven einer anderen Republik

Einleitung: Der geschichtliche Hintergrund der gegenwärtigen Aufgaben

Wie würden Europa und die Welt heute wohl aussehen, wenn es nicht zu dem Terrorregime des Hitlerismus gekommen wäre? Unbestreitbar ist die Tatsache, daß die heutigen deutschen, europäischen und weltpolitischen Zustände als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges hervorgetreten sind. Die äußere Erscheinung dieser Zustände – die *Teilung* Deutschlands, Europas und der Welt in *zwei gegeneinander gerichtete Machtblöcke* – verdeckt den Kernbereich des Problems, solange man festhält an den bekannten Kategorien des überkommenen Geschichtsverständnisses der Neuzeit (mit dem Aufkommen des nationalstaatlichen Prinzips und der nationalstaatlichen Interessengegensätze und -ausgleiche). Was ist der Kern des Problems?

Alle europäischen Mächte haben im 19. Jahrhundert ignoriert oder verdrängt, daß mit dem aufkommenden Industrialismus eine Frage verbunden war, die ihrem Wesen nach in Kräften ruhte, die stärker waren als alle bisherigen geschichtsbestimmenden Kräfte: *die soziale Frage*. Mit dieser sozialen Frage war die Aufgebe gestellt, dem gesellschaftlichen Organismus, sollte er sich gesund weiterentwickeln können, eine neue Grundstruktur zu geben. Gegenüber dieser Aufgabe versagten alle.

Kein Staat war bereit zu der fälligen Evolution. Revolutionäre Lösungsversuche durch politisch und militärisch organisierten Klassenkampf waren je länger desto mehr die zwangsläufige Folge. Als die theoretische Grundlage der revolutionären Bestrebungen hatte sich der Marxismus durchgesetzt (die reformistisch eingestellte Sozialdemokratie unterschied sich nicht in den sozialistischen *Zielen* der Arbeiterbewegung, sondern im *Weg* zu diesen Zielen; sie glaubte an parlamentarische Lösungen).

Die politischen und militärisch-strategischen Konstellationen des Kriegsjahres 1917 führten schließlich dazu, daß mit Lenin an der Spitze die Oktoberrevolution in Rußland zum Erfolg kam: die *Sowjetunion* wurde gegründet als der erste Staat der Welt, der sich eine gesellschaftliche Organisation, eine Verfassung gab aus einer *bewußten*, theoretisch durch Marx, Engels und Lenin umfassend formulierten *Antwort auf die Herausforderung durch die soziale Frage*. Insofern war die Sowjetunion das erste Land auf der Höhe der Zeit.

Aber es zeigte sich sehr schnell, daß die Art und Weise der sowjetisch-bolschewistischen Antwort auf die soziale Frage insbesondere seit ihrer stalinistischen Phase zu enttäuschenden, ja niederschmetternden Ergebnissen führte. Neben der privat-marktwirtschaftlichen, mehr oder weniger demokratischen Variante des industriellen Kapitalismus bildete sich in der nach marxistisch-leninistischem Muster aufgebauten Sowjetunion dessen staatszentralistisch despotische Variante heraus. Und weil es Stalin schließlich gelang, unter unvorstellbaren Opfern der Bevölkerung diese Sowjetunion in weniger als zwei Jahrzehnten in hohem Maße zu industrialisieren, war sie auch vorbereitet, Hitlers vermessenen Ostlandritt zurückzuschlagen, 1945 bis ins Herz Mitteleuropas vorzurücken und in den Nachkriegsjahren dann als Großmacht zum Widerpart der USA zu werden.

Gegenüber dieser Konstellation und ihrem inneren Kern versagen alle Begriffe, mit denen die geschichtlichen Abläufe – einschließlich der Zusammenhänge des Zweiten Weltkriegs – bis zur Jahrhundertmitte erklärt werden konnten. Wir haben seither eine völlig veränderte Situation, die klassische Elemente aus der Epoche der europäischen Nationalstaaten nur noch in untergeordneten Wirkungsverhältnissen aufweist.

Es gibt im klassischen Sinne in Europa keine *nationale* Frage mehr – auch und gerade im geteilten Deutschland. Es würde zwar kein neues Unheil mehr entstehen können, wenn jetzt in den Jahren wachsender atomarer Bedrohungen für Mitteleuropa durch die berechtigte Forderung nach Austritt der BRD und DDR aus NATO und Warschauer Pakt auch die anachronistische Idee der staatlichen Wieder- oder auch Neuvereinigung Deutschlands widerbelebt werden sollte; denn neues Unheil kann nur noch durch die modernen Superwaffen drohen und darüber werden die Deutschen nie verfügen (und wohl auch nicht verfügen wollen). Aber wir würden durch solche anachronistischen Vorstellungen und Empfindungen erneut der Aufgabe davonlaufen, nun endlich an der Schwelle des atomaren Holocaust – spät, aber noch nicht zu spät – unseren deutschen Beitrag zu einer tragfähigen europäischen Friedensordnung zu leisten; dadurch zu leisten, daß wir mit unseren Ländern – BRD und DDR – nicht nur aussteigen aus den beiden Militärblöcken, sondern auf beiden Seiten endlich eine befriedidende Antwort entwickeln auf die Frage, *welche gesamtgesellschaftliche Ordnung wir im Zeitalter des Industrialismus verwirklichen müssen, damit wir miteinander und nebeneinander leben und arbeiten können in Frieden, in Freiheit, in Demokratie, in Solidarität und im Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Lebensbedingungen der Natur, ihrer Stoffe, Kräfte und Wesen.*

Diese umfassende Gestaltungsaufgabe war mit der Heraufkunft der sozialen Frage im 19. Jahrhundert auf die historische Tagesordnung getreten. Sie wurde nicht ergriffen, bis heute im Westen nicht ernsthaft ergriffen und im Osten durch die Sowjetunion mit einem theoretischen Konzept beantwortet, das die Misere noch verschlimmerte.

Es ist keine Frage, daß die Weltgeschichte völlig anders verlaufen wäre, hätte man schon im 19. Jahrhundert die soziale Frage als die entscheidende Größe der zukünftigen Entwicklungen und damit als die wichtigste Herausforderung der Politik erkannt und sachgemäß bearbeitet. Mit der Gefahr eines Atomkrieges zwischen den beiden Supermächten stehen wir vor den letzten Konsequenzen dieses Versagens. Und wenn es überhaupt noch eine Hoffnung gibt, das Schlimmste zu verhüten, dann ist es vielleicht die Hoffnung auf einen Wandel auf beiden Seiten, der eintreten könnte, wenn ein mitteleuropäisches Deutschland den Versuch unternähme, eine Brücke zu bilden zwischen Ost und West.

„Es kann der Osten nicht mit dem Westen geheilt werden. Und es kann der Westen nicht mit dem Osten geheilt werden ... Das Problem der militärischen Abrüstung ist natürlich der Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse auf beiden Seiten der Blockgrenze. Es kann natürlich keine Lösung geben, wenn nicht auf beiden Seiten gesellschaftliche Veränderungen von erheblichem Umfang einsetzen ... Dies ist ein Stoff, der historisch durchgearbeitet werden muß." (R. Bahro, in „wir selbst", Mai/Juni 83)

Die Ökologie-, Friedens- und Alternativbewegung ist nach 1949 die erste relevante politische Kraft, die in Deutschland Perspektiven in dieser Richtung entwickelt. Die Aktion Dritter Weg versteht sich als Teil dieser Bewegung. Sie möchte im folgenden die *Grundzüge ihres Arbeitsprogrammes* darstellen und damit einen *Weg jenseits von privatkapitalistischen und staatskommunistischen Mechanismen* aufzeigen.

Wir sind überzeugt, daß dieser Weg mehrheitsfähig wäre, wenn alle Deutschen ihn kennen würden und geprüft hätten. Die ideelle Substanz dieser Konzeption geht zurück auf Rudolf Steiners Vorschläge zur „Dreigliederung des sozialen Organismus", für welche sich dieser zwischen 1917 und 1922 durch verschiedenste Aktivitäten leider vergeblich eingesetzt hat. Steiners Kampf, noch immer von allen Fachhistorikern ignoriert und von allen „offiziellen" Geschichtsbüchern überschlagen, war tatsächlich der einzige relevante Versuch, der deutschen und der österreichischen Politik noch während des Krieges und dann insbesondere nach der Niederlage eine Richtung zu geben, durch die niemals ein Nährboden für nationalistisches Abenteuertum hätte entstehen können.

Es war der einzig relevante Versuch deshalb, weil – wie Steiner selbst es deutlich erwartete – die Alternative der dreigegliederten, dezentralisierten und durchgängig nach unterschiedlichen, d.h. *aufgabenorientierten Selbstverwaltungsordnungen* aufgebauten Gesellschaft auch eine echte Chance gewesen wäre, durch das *Beispiel eines von freiem Geistesleben und politischer Demokratie getragenen Sozialismus* positiv auf die Entwicklungen der Sowjetunion einzuwirken. Gleichzeitig wäre es schon damals zum Ausgleich mit den Westmächten gekommen, denn einen auf Revanche sinnenden und von privatkapitalistischen Interesse gestützten deutschen Einheitsstaat hätte es demnach nicht mehr gegeben.

Die Bewegung für die Dreigliederung des sozialen Organismus, die sich 1919 schnell ausbreitete im gesamten mitteleuropäischen Raum, wurde sofort von allen alten Kräften von rechts bis links bekämpft. Nachdem Steiner am 15. Mai 1922 in München am Schluß seines Vortrages von einer „Hitler-Garde" (nach Leinhas, S. 116; s.u.) tätlich angegriffen und in Lebensgefahr gebracht wurde, war eine weitere Wirsamkeit in der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr möglich. Am 24. Februar 1920 hatte Hitler im Festsaal des Hofbräuhauses schon unter *Hakenkreuz*fahnen seine „erste große Volksversammlung der noch unbekannten Bewegung" (Mein Kampf, S. 401 ff.). Im Freundeskreis wies Steiner damals auf den innerasiatischen Ursprung dieses Zeichens als eines Rassensymbols hin und fügte hinzu: „Seien Sie überzeugt, die Leute, die dieses Zeichen jetzt nach Mitteleuropa hereinbringen – die wissen ganz genau, was sie tun. Dieses Zeichen wirkt." (zit. nach E. Leinhas, Aus der Arbeit mit Rudolf Steiner, S. 117).

Rudolf Steiner hat seine Zeitgenossen in umfassendster Weise seit 1917 auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht – auf die „Verwüstungstendenz" (27.8.20 in Dornach), die mit dem Auftreten dieser Zusammenhänge für die Zukunft Europas und der Menschheit verbunden sind. Er hat in Schriften, in Worten und in Taten die allergrößten Anstrengungen unternommen, die Aufmerksamkeit seiner Mitmenschen auf die düstere Konstellation zu lenken, die sich über Europa zusammenzog und was nun geschehen müsse durch eine *Neugestaltung der sozialen Verhältnisse von den Fundamenten her*, um das sich ankündigende Unheil zu verhüten.

Man wollte nicht hören, auf keiner Seite. Die Gegenkräfte waren stärker. Aus Deutschland hatten sie Steiner vertrieben; aber das war nicht genug – sein Werk, er selbst mußte vernichtet werden, erst dann wohl meinte man, freie Bahn für die Durchsetzung der eigenen Ziele zu haben. Steiner wollte von der Schweiz, von Dornach aus, wo seit 1913 mit dem Geotheanum-Bau das Zentrum der anthroposophischen Erneuerungsbewegung sich entfalten konnte, mit den ihm verfügbaren geistigen Mitteln den Kampf verstärkt fortzusetzen. Da kommt es in der Sylvesternacht 1922/23 zu dem Brandanschlag auf das Goetheanum – der Bau brennt vollständig nieder. Steiner resigniert nicht. Im Gegenteil, aus vielen europäischen Ländern kommen ein Jahr danach viele hundert Menschen nach Dornach, um die Anthrosophische Gesellschaft als eine weltweite, im Esoterischen gegründete Vereinigung von Menschen zu bilden, die „das seelische Leben im Einzelnen und in der menschlichen Gesellschaft auf der Grundlage einer wahren Erkenntnis der geistigen Welt pflegen wollen". Die in Dornach Versammelten waren „von der Anschauung durchdrungen, daß es gegenwärtig eine Wissenschaft von der geistigen Welt schon gibt, und daß der heutigen Zivilisation die Pflege einer solchen Wissenschaft fehlt. Die Anthroposophische Gesellschaft soll diese Pflege zu ihrer Aufgabe haben. Sie wird diese Aufgabe so zu lösen versuchen, daß sie die ... anthroposophische Geisteswissenschaft mit ihren Ergebnissen für die Brüderlichkeit im menschlichen Zusammenleben, für das moralische und religiöse, sowie für das künstlerische und allgemein geistige Leben im Menschenwesen zum Mittelpunkt ihrer Bestrebungen macht" (§ 2 der Statuten der Anthrosophischen Gesellschaft).

Fortsetzung
in der kommenden CONTRASTE

Alternativer Betrieb von Amis eingekauft!

Was ist passiert? Das amerikanische Konsulat mit Sitz in Frankfurt braucht Computer-Papier. Im dortigen Einkauf arbeitet ein engagierter Mensch, der zum einen daran interessiert ist, aus ökologischen Gründen selbiges aus Umweltschutzpapier zu bestellen und zum anderen, blätterwald als selbstverwalteten Betrieb und politisches Projekt zu unterstützen, in dem er blätterwald als Lieferant das Geschäft machen läßt. Soweit die Vorgeschichte. In der letzten Ausgabe von CONTRASTE dokumentierten wir die Diskussionen im blätterwald-Plenum und Umfeld.

Im folgenden einige Reaktionen darauf.....

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 1/85) ist über die Vertriebsanschrift zu erhalten.

Redaktionen:

Bremen
Harald Deerberg, Iske und Koll., Wulwestr. 25, 2800 Bremen
Tel.: (0421) 7 20 93

Berlin
STATTwerke e.V., c/o Michael
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.: (030) 6 11 59 04

Frankfurt
blätterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

V.i.S.d.P.:
Jürgen Sosna (Bremen), Jochen Reinalda, Karl Bergmann (Ffm), Eckard Holler (Kulturnotizen, Tübingen), Jutta Gelbrich Seite), Jochen Abeling (Aktion Dritter Weg-Seite), Michael Makowski (Berlin), Dieter Poschen, Peter Tejkl (Heidelberg), Anneliese Meyer (München)

Herstellung
Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Druck
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/Main 11

Vertrieb
Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (0 61 71) 7 50 30

Konto
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr.: 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Regionale Kontaktadressen:

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning, c/o Oktoberdruck, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

Kultur:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel.: (0 70 71) 5 15 24

NRW:
Maria Springenberg, Verdistr. 27
4010 Hilden

Rheinland-Pfalz
Gerhard Kern, c/o Lebensgemeinschaft im Drohntal, Dorwiese 4, 5552 Morbach/Merscheid

Saarland:
Zukunftswerkstatt Saar e.V.
Alte Feuerwache, 2. OG.
Am Landwehrplatz
6600 Saarbrücken 3
Tel.: (06 81) 3 90 55 38

Baden-Schweiz-Elsaß- (Württemberg?)
Radio Dreyeckland
c/o Fabrik
Habsburger Str. 9
7800 Freiburg
Tel. (07 61) 55 24 55

Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Die bisher veröffentlichten Argumente befriedigen mich so wenig wie der Hinweis auf die „normative Kraft des Faktischen', die sich darin andeutet, daß Einige über die Veröffentlichung dieser Diskussion zum erstenmal mitgekriegt haben, daß es solches Papier bei BLÄTTERWALD zu kaufen gibt und daß es natürlich sinnvoll ist, dann dort zu ordern statt beim „normalen" Papierdealer.

So kann sich dieses Problem in diesem Einzelfall zwar faktisch erledigen – aber das ist doch nur die Spitze des Eisberges.

Da gibt es zum erstenmal nach 10 Jahren Entwicklung die Situation (die bescheidenen Anfänge der Anfänge der Situation), daß die ersten selbstverwalteten Betriebe trotz ihrer antikapitalistischen Struktur von einzelnen etablierten Institutionen dieser Gesellschaft erstgenommen werden. Natürlich nicht „so ohne weiteres". Sondern wenn es geschieht, dann deswegen, weil an irgendeiner Stelle einer solchen Institution jemand sitzt, der/die mit dem, was sich da tut, klammheimlich sympathisiert. Statt sich jetzt darüber zu freuen, daß es solche Leute noch und wieder gibt, erfolgt Abwehr, grassiert Angst.

Um Gotten willen – wir werden vereinnahmt, werden zu Helfershelfern unserer Herrscher, verlieren unsere politische Identität!

Man sollte einfach mal in Ruhe prüfen, ob es nicht die eigene Unsicherheit ist, die Unsicherheit in Bezug auf die eigene Standfestigkeit und die Durchführbarkeit der eigenen Ideen, die diese Ängste produziert. Und man sollte sich fragen, ob es legitim ist, mögliches eigenes Abkippen auch von den anderen zu erwarten.

Keine Experimente? – Dann hätten wir nie anfangen dürfen. Wofür haben wir unsere Plena, unsere Freiheit, Entscheidungen ständig zu überprüfen und unmittelbar rückgängig zu machen, wenn sie sich wirklich als falsch oder verhängnisvoll erweisen?

Wir leben nicht im Ghetto, arbeiten daran, dem Selbstzerstörungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft die konkrete Utopie einer neuen, menschenwürdigen und lebenswerten Gesellschaft entgegenzusetzen. Ich bin weit entfernt davon, die Zustände in den Kollektiven (nach allen, die ich kenne) für paradiesisch zu halten, aber selbst gesetzt den Fall, sie könnten das werden: was würden uns solche paradiesischen Inseln nützen in einer zerstörten asozialen Umwelt?

Wenn es uns ernst ist mit unserer Idee, dann müssen wir Berührungsängste auf den Müllhaufen werfen. Dann müssen wir raus zu denen, die wir nicht verstehen, vor denen wir Angst haben. Dann müssen wir offen zeigen, was wir wollen und (da das Vorstellungsvermögen der meisten doch stark eingeschränkt ist) praktisch vorführen, wie das aussehen könnte. Wir brauchen Kraft dazu, Zeit- und **Geld**.

Und wenn ich dann sehe, wie die in den Gruppen wirklich Aktiven und Verantwortlichen bis an die Grenzen ihrer Kräfte mit Mangelverwaltung, Finanzmanagement und reiner Existenzerhaltung beschäftigt sind, wie dort Kräfte gebunden, Energien vergeudet werden, die an anderer Stelle dringend gebraucht würden, dann packt mich die Wut bei dem Gedanken, daß Möglichkeiten, diese Situation zu beheben, leichtfertig weggeschmissen werden sollen.

So was wird merkwürdigerweise in Gruppen meistens von denen verlangt, die ihre geregelte Arbeits-und Freizeit einklagen und ansonsten froh sind, von weitergehenden Ansprüchen und Notwendigkeiten verschont zu bleiben.

Ein bißchen mehr Toleranz bitte, Kollegen!

Ansonsten: Sollten unsere wirklichen Gegner jemals so dumm sein, aus Integrations-, Bestechungs-, Demonstrations- oder was immer für Absichten uns lukrative Aufträge zukommen zu lassen, dann wäre es mir mehr als nur klammheimliche Freude, solche Aufträge auszuführen. Ich hätte genügend Ideen, was mit dem Geld anzufangen wäre.

Und wir haben nicht von Panzern geredet – wir reden von Papier.

Karl Bergmann, ASH Krebsmühle und Textline, Oberursel

Bei manchen der aufgeführten Diskussionsbeiträgen habe ich den Eindruck, da traut sich einer nicht raus aus der Wärme und Geborgenheit der ganz eng begrenzten, moralisch unangreifbaren Subkultur, die die Öko-Bewegung bis jetzt größtenteils noch darstellt.

Und in vielleicht dreißig Jahren, wenn die Tür endgültig hinter uns zugeknallt wird, können sie dann sagen, daß es wenigstens auf keinen Fall ihre Schuld war.

Daß selbst die Amis bei Euch einkaufen, wird vielleicht auch gewisse Berührungs- und Schwellenängste bei anderen Leuten etwas mindern, so daß auch andere Betriebe, die viel Papier verbrauchen, eventuell bei Euch bestellen würden.

Ich finde diesen Punkt ziemlich wichtig, nicht weil Ihr Euch dann vielleicht irgendwann mal goldene Nasen verdienen könntet, sondern weil Ihr zu einer größeren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kraft werden könntet.

Raus aus der Subkultur – hin zu den unpolitischen Biedermännern!

Udo Kassel, Hamburg

Bitte kein Besatzergeld überweisen!

Rechnungsvermerk des Lieferanten und Hunsrücker vup-Betriebsmitglieds Jupp

---

Macht und wir verwenden das Geld fürs Nicaragua-Projekt!

Kollegin Ikaf von Zettelwirtschaft, Hunsrück

Annehmen, liefern und das Geld gut verwenden. Damit entziehen sie letzteres dem Rüstungskreislauf

Angelika Tröscher, Mainz

Umweltfreundliches Papier ist genauso geduldig wie anderes Papier – wenn Ihr diese Eigenschaft des Papiers nicht akzeptieren könnt, würde ich Euch raten, ein anderes alternatives Produkt herzustellen!

Helga, Dortmund

Irgendwie denke ich mir, daß ein paar politische Ansprüche einfach bestehen sollten. Tun sie ja auch, aber mit den Amis würde ich niemals ein Geschäft abdealen, egal was an Knete rüberspringt... Letztendlich gehts halt um den abgehobenen Anspruch, die Gesellschaft zu verändern. Da ham für mich die Amis genauso wenig zu suchen, wie Nazis, Bullen und irgendwelches andere Faschopack. Sowas sollte man niemals über Knete oder irgendwelche Zwischenlösungen abhandeln. Dann lieber echt konkret: Sekt oder Selters.

Michaela, ehemals ‚blätterwald' jetzt ASH-Bockenheim

Ich glaube, Ihr solltet das Geld verdienen, aber gleichzeitig nicht behalten. Das soll heißen: verkauft das gewünschste Papier an die Amis, zieht Eure Unkosten *(es gibt keine Unkosten, der Setzer)* vom Erlös ab und überweist den Rest des Geldes an ein Projekt in Nicaragua oder leitet es an eine Gruppe von um ihr Land kämpfende Indios weiter, oder, oder, oder... Da wird Euch schon etwas einfallen, was genau zur Geldquelle „paßt". Nur dieser Vorschlag in Eurer Diskussion hat mich wirklich überzeugt. Warum? Also erstmal kann Geld nun wirklich stinken und daß es irgendwo absolute Grenzen gibt, ist Euch ja auch klargeworden, ohne daß man diese allgemein gültig definiert ziehen könnte. Dieses Geld für Eure eigenen Ziele zu behalten, dürfte zwar verlockend sein, ich würde mich dabei ausgesprochen unwohl fühlen, nicht nur wegen einer (möglicherweise noch so unbedeutenden) Abhängigkeit, sondern vor allem in Anbetracht der Quellen, aus denen dieses Geld geschöpft wurde.

Das Argument zieht nicht, daß wir im täglichen Leben sowieso nicht konsequent sind und sein können. So kann man leicht jede Schweinerei begründen. Klar, wir sind keine Heiligen (hoffe ich zumindest), aber es gibt grundsätze, die das Wesentliche berühren und die den Unterschied klarmachen, zwischen Marlboro rauchen und Bomben auf Vietnam oder Afghanistan werfen, um es mal drastisch auszudrücken. Keine Angst, ich fange jetzt keine Definitionsdebatte an, wo die Grenzen sind. Ich glaube aber mit Bestimmtheit, daß Menschen, denen ich mich nahe fühle, diese Grenzen sehr genau spüren, ohne sie mathematisch definiren zu können und zu müssen.

Das Ganze überhaupt abzulehnen, wäre eine denkbare Alternative. Nur, die Amis werden schreiben und drucken was sie wollen, auch ohne Euer Papier. Ja, ja, ich weiß, jetzt bin ich selbst im Argumentationsschlamassel von wegen. wenn ich nicht sündige, tuns hakt die anderen, was soll also? Nein, so nicht, nicht nur. Natürlich werde ich den Kriegsdienst verweigern, auch wenn andere dann in die Lücke treten. Nur ist in diesem Falle eben wirklich etwas erreicht, für den Verweigernden nämlich.

Für mich also die Moral von der Geschicht: Nehmt das Geld, aber behaltet es nicht. So wird es Euch moralisch nicht beschädigen und gleichzeitig gute Dinge tun.

Detlev Commentz-Larsson, Hamburg

Ich verstehe es echt nicht mehr. Da wird auf politischer Ebene für Umweltschutz gekämpft (Müllsortierung, Resycling, auch Behörden sollen Umweltschutzpapier verwenden usw.) und ein Betrieb, der auf diesem Gebiet sein Zeug verkauft, der will nicht an alle Besteller liefern.

„Gute Geschäfte" können sicher auch der alternativen Szene nur Recht sein und die verbesserte Ertragslage samt Kapitaldecke wirds danken.

Aber Vorsicht: Ein großer Abnehmer kann die Struktur eines kleinen Betriebs über den Haufen werfen. „Kleine Kunden" werden vernachläßigt. Eine Abhängigkeit zum Großabnehmer kann entstehen und bei plötzlichem Stop der Bestellungen die betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Betriebes versauen. Deshalb klare Verträge machen – auch mit Euren Lieferanten – damit Ihr Euren kurzfristigen Finanzbedarf entsprechend planen könnt und die Lagerbestände vernünftig disponiert werden können.

Fazit: Ich würde es nach vorsichtiger, kaufmännischer Betrachtungsweise machen, da die selbstverwalteten Betriebe und die Umwelt insgesamt profitieren.

Eugen Schlachter, Maselheim

Jetzt wirds aber höchste Zeit, daß ein einheitlicher Fragebogen entwickelt wird, in dem jeder ‚Kunde' eines alterna(t)iven Betriebs erst einmal Auskunft erteilt (und belegt) über seine Gesinnung, seinen Beruf, seinen Arbeitgeber oder Betrieb, seine Eltern etc. und vor allem, wo her das Geld stammt (mindestens die letzten drei ‚Vorbesitzer'). Man kann ja nicht wissen, ob der, der jetzt ein Brötchen kauft, sein Auto reparieren läßt, oder was es da sonst noch alles gibt, sein Geld nicht auch bei den Amis, bei MBB o.ä., verdient'. Also her mit dem Fragebogen!

Der Setzer

ANDERS ARBEITEN
...und das auf ´ner Messe!?

Red. Bremen **Sollten sich selbstverwaltete Betriebe auf einer normalen Messe - oder besser (Verkaufs-)ausstellung darstellen? Ist das überhaupt vereinbar mit den Ansprüchen der Betriebe, daß sie anders arbeiten, sich von normalen wirtschaftlichen Betrieben auf verschiedenen Ebenen unterscheiden? Oder bedeutet eine Teilnahme an einer stinknormalen Messe, daß man sich dem vorherrschenden Verkaufs-, Verdummungs- und Konsumnepp einfach unterordnet, ihn sogar noch aktiv unterstützt?**
Andererseits könnte die Teilnahme an so einer Messe dazu beitragen, aus dem Szene-Ghetto herauszukommen, sich der Konkurrenz, die sowieso da ist und mit der jeder selbstverwaltete Betrieb zu kämpfen hat, offensiv zu stellen und sich damit auseinandersetzen. Und eine Ausstellung kann auch die Möglichkeit bieten, nicht nur die Art der Produkte, sondern auch die andere Art des Arbeitens, die Idee der Selbstverwaltung, nach außen zu tragen.

Diese Möglichkeiten bestehen natürlich auch auf einer Projektemesse, doch hat so eine alternative Messe unserer Meinung nach andere Funktionen, da zum einen ein anderer Kreis von Leuten angesprochen wird und erfahrungsgemäß solche Treffen auch besucht, und wir andererseits von einer Projektemesse auch vielmehr einen Informations- und Erfahrungsaustausch untereinander erwarten.

Im letzten Jahr haben wir vom grünen garten noch unsere Werbekarten hinter die Scheibenwischer der Autos gesteckt, die vor der Stadthalle parkten, wo die Schauausstellung „Tier und Natur" und angegliedert die Biota stattfanden.

In diesem Jahr hatten wir uns überlegt, auf dieser Ausstellung selber einen Stand zu machen, um massiver zu werben. Da lief uns Ralf vom Naturalager über'n Weg und fragte uns, ob wir auf seinen Stand mit drauf wollten, weil's mit mehreren Leuten mehr Spaß machen würde und außerdem nicht so teuer sei. Außerdem hatten sich insgesamt sechs Naturkostläden aus Bremen und Umgebung zusammengetan, um einen gemeinsamen Stand zu machen, sowie der Bremer Bauhof und Raab's Fleischerladen, alles Betriebe, die in der BiS (Arbeitsgemeinschaft der Bremer Betriebe in Selbstverwaltung) zusammenarbeiten.

Die Biota dauerte von Donnerstag bis Sonntag und am letzten Tag sind wir mal rumgegangen und haben die selbstverwalteten Betriebe gefragt, wie's ihnen bei der Messe ergangen ist, wie's für sie war. Die Einschätzungen und Eindrücke waren sehr unterschiedlich. Der Bremer Bauhof, der mit biologischen Baustoffen handelt, hat einen reinen Informationsstand gemacht und ist auf die Messe gegangen, um gezielt Reklame zu machen. Die Leute vom Bauhof schätzten die Messe positiv ein, da sie es vor allem mit einem Fachpublikum zu tun hatten, die mit einem gewissen Vorwissen und gezielten Fachfragen auf sie zugekommen sind, und nicht mit Leuten, die nur konsumieren oder kaufen wollten. Ob die Messe finanziell ein Erfolg war, läßt sich für den Bauhof erst Monate später feststellen.

Die Naturkostläden waren schon im letzten Jahr auf der Biota und hatten diesmal lange überlegt, ob sie sich überhaupt noch mal beteiligen sollten, da sie die Kosten für den Stand durch den Verkauf auf der Messe nicht decken können und außerdem sich eine direkte Erhöhung der Kundenzahl im Laden nicht bemerkbar machte. Aber wegen der vielen Kampagnen, daß biologische Lebensmittel nicht besser seien als „normale", finden sie es gerade wichtig, auf solchen Messen präsent zu sein und mehr Hintergrundinformationen zu liefern, warum der biologische Landbau so wichtig ist. Von Donnerstag bis Samstag seien die Besucher an diesen Fragen auch noch relativ interessiert gewesen, aber am Sonntag sei die Biota zu einer reinen Konsummesse geworden (gucken, kaufen, essen).

Raab's Fleischerladen, der Fleisch- und Wurstwaren von biologisch ernährten Tieren produziert und verkauft, machte ähnliche Erfahrungen. Andreas Raab empfand das Konsumverhalten und das Desinteresse der Leute so erschreckend, daß er dafür plädiert, nur noch eigene Messen zu veranstalten.

Da wir vom grünen garten auf der Messe mehr informiert als verkauft haben, sind bei uns auch meist nur Leute gewesen, die z.B. an Dach- und Fassadenbegrünung und an entsprechender Literatur interessiert waren. Unser Standnachbar Ralf vom Natura-Lager beschränkte sich auf dieser Messe auf den Verkauf von Umweltschutzpapier, und seine finanziellen Erwartungen sind erfüllt worden. Und Ralf, derjenige unter uns, der die meisten Messeerfahrungen hatte, war auch drei Wochen später wieder dabei, als die Messe „bauen und wohnen" stattfand.

Längere Info-Gespräche im Pavillon

Sechs Betriebe auf 56 m²

Für die „bauen und wohnen" haben die drei Betriebe Natura-Lager, die Zimmerei und der grüne garten zusammen einen sechseckigen Pavillon mit Fachwerkverbindungen gebaut. Die Zimmerleute lieferten das fachliche know-how für die Holzkonstruktion des Pavillons. Ihre anderen Zimmererarbeiten stellten sie anhand von Fotos dar. Der grüne garten begrünte eine heruntergezogene, 30°-geneigte Seite des Daches, wobei gleichzeitig der Aufbau des Grasdaches sichtbar wurde. Außerdem wurde von uns ein kleiner Vorgarten beispielhaft angelegt und unsere weiteren Arbeitsbereiche – Fassadenbegrünung, Naturgärten, Feuchtbiotope – mit Fototafeln ausgestellt. Der kleine Vorgarten befand sich vor einem saumäßig schönen Wintergarten, den die Tischler vom Dammacker nur aus Holz und Glas gebaut haben. Auf dem gleichen Stand war auch wieder der Bremer Bauhof vertreten, der u.a. ein Modell zur Darstellung von Dachisolierung, einen Kachelofen und andere biologische Baustoffe ausstellte. Der Buchladen Ostertor bot die unserem gemeinsamen Stand entsprechende Fachliteratur zum Verkauf an, und das Naturata-Lager vor allem biologische Produkte zur Holzbehandlung und Innenausstattung (Tapeten, Teppich, Farben etc.).

56 qm auf einen Blick

Die Messe „bauen und wohnen" erstreckte sich über fünf Ausstellungshallen, wobei von anderen Ständen auch sachliche Informationen geboten wurden, im Gegensatz zur Biota, die in einer Halle stattfand und eher ein Sammelsurium von Konsumständen darstellte. Die Stände auf der Biota waren geprägt von Geschäftemacherei, wobei normale Geschäfte offensichtlich nur auf der gewinnversprechenden Bio-Welle mitritten. Die „bauen und wohnen" konnte man schon eher als kleine Fachmesse bezeichnen, wo es aber für uns keine Neuigkeiten gab, die uns vom Hocker reißen konnten, und keine sinnvollen neuen Entwicklungen auf dem Bausektor zu entdecken waren. Stattdessen gab es immer noch Kunstofftüren, mit dem Aufkleber versehen: „... Sie werden es nicht glauben. DAS IST KUNSTSTOFF!"

Aber auch der Versuch, sachbezogene Informationen zu vermitteln, war an einigen Ständen zu verzeichnen. Meist geschah dies jedoch durch Videos (vom Blitzableiter bis zum Blockhausbau), wobei sonstige Darstellungen nur das Endprodukt zeigten, den Arbeitsablauf aber nie durchsichtig machen konnten. Das scheint kein Zufall zu sein: So wurde uns z.B. vorgehalten, daß wir uns selber die Arbeit wegnehmen, wenn wir zeigen, wie unser Grasdach aufgebaut ist und wenn wir in bestimmten Fällen davon abrieten, ein Grasdach anzulegen. Zum ersten Vorwurf können wir nur sagen: lieber ein Grasdach in Eigenbau, als ein mit Bitumen zugeschmertes (Flach-) Dach und zweitens gibt es Fälle, wo man aufgrund von Aufwendigkeit, Kosten und Risiko einfach von einem Grasdach abraten muß.

Kritisiert wird dieses „geschäftsschädigende" Verhalten meist von Leuten, die nur verkaufen wollen – egal was und an wen! Unsere Ansprüche dagegen, anders zusammenzuarbeiten, Sinnvolles zu produzieren und mit Kunden anders umzugehen, ist allerdings auch auf positive Resonanz gestoßen!

Als erstes wird ein Messestand von anderen Standinhabern und Besuchern danach beurteilt, ob er anziehend wirkt, Interesse erweckt und vor allem profi-mäßig aufgebaut ist. Hier wird unsere fachliche Arbeit und Qualifikation in den Vordergrund gerückt, unsere zunehmende, positiv zu bewertende Professionalisierung und gleichzeitig unsere selbstverwaltete Zusammenarbeit. Wir haben daraus gelernt, daß wir mit unseren Ansprüchen auch auf solchen Messen offensiv umgehen können und müssen.

Eine Bestätigung war z.B. auch, daß wir den Eindruck hatten, unser Stand war überdurchschnittlich gut besucht, von interessierten Leuten, die uns und unsere Arbeit ernstgenommen haben und fachliche Qualifikation zu bewerten wußten.

BILANZ

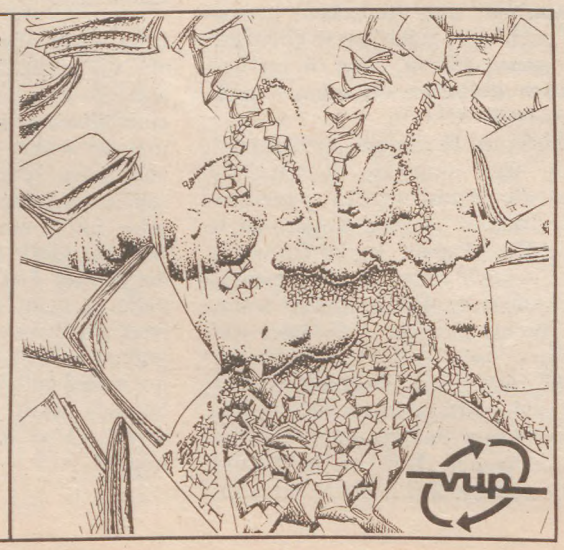
In Bremen zahlt man pro m²-Messestand 110.– DM netto plus Nebenkosten (Strom, Trennwände etc.) Diese Kosten konnten wir dadurch reduzieren, daß wir den Stand mit mehreren Betrieben genutzt haben und teilweise Zuschüsse von Zulieferfirmen gezahlt worden sind.

Unsere zusätzliche Arbeitszeit, neben dem normalen Betriebsablauf, konnte nicht extra bezahlt werden. Immerhin sind für die Planung und Bau einige Wochenenden und Abende draufgegangen und die Informationsgespräche auf der 4-tägigen Messe waren unheimlich anstrengend. Den Messeabbau schafften wir allerdings in der Rekordzeit von 45 Minuten, wobei alles für eine nächste Messe wieder verwendet werden kann. Eine Ausstellung wie die Biota kommt für uns nicht mehr in Frage, aber auf einer kleinen Fachmesse würden wir wieder ausstellen.

Es war was Neues für uns; es war anstrengend; es hat Spaß gemacht, es hat Aufträge gebracht und es hat politisch und ideell was gebracht.

Cordula Hamann
Uwe Mädger

Wir haben das komplette Lieferprogramm!
Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier
Briefumschläge
Versandtaschen
Briefpapier
Selbstklebende Etiketten
Cartoon-Kalender´86
Jahresplaner´86
Computerpapier
Schreibunterlage 60 × 42
...und vieles mehr
Katalog anfordern
(3 DM in Briefmarken)
blätterwald eG
Postfach 5129,
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171 / 7811



KOLLEKTIVE VERSICHERUNGSAGENTUR
ALFRED & KLAUS

Sondertarife
Unfall-Versicherung
für genossenschaftliche
Betriebe

Wir versichern Personen, Gruppen, Betriebe, Sachen, Projekte und vieles mehr.
Märkische Straße 53 4000 Düsseldorf
0211 – 28 10 91 (10 – 15 Uhr)

Notizen aus der Kulturszene

von Eckard Holler

Am 1.10.85 stand auf der wöchentlichen Fraktionssitzung der Bundestagsfraktion der Grünen erstmals das Thema „Kultur" auf der Tagesordnung. Annemarie Borgmann (Grüne, MdB), die neue Kulturverantwortliche der Bundestagsgrünen, hatte zunächst gehofft, den gesamten Nachmittag für die Kulturdiskussion zur Verfügung zu haben und hatte eine ganze Reihe von Vertretern kultureller Initiativen nach Bonn eingeladen. Schließlich blieb von der kostbaren Parlamentarierzeit eine knappe Stunde für diese erste Kulturdiskussion in der grünen Bundestagsfraktion. Die Zeit reichte gerade dafür, daß sich die eingeladenen Kulturmacher kurz vorstellen konnten und daß Annemarie Borgmann den Vorschlag für ein Kulturforum der Grünen entwickelte, das Ende 1985 bzw. Anfang 1986 unter Beteiligung von Kulturschaffenden stattfinden soll.

Christian Ströbele (Grüne, MdB) äußerte in dem kurzen Meinungswechsel die Auffassung, daß die Bundestagsfraktion der Grünen für kulturpolitische Fragen der falsche Ansprechpartner sei, man möge sich sinnvollerweise an den Bundesvorstand der Grünen wenden. Eckard Holler, der selbst in Bonn war und an der Diskussion als Vertreter der soziokulturellen Zentren teilnehmen wollte, aber nicht mehr zu Wort kam, erläutert Christian Ströbele in einem Brief, was die Kulturmacher von der Bundestagsfraktion der Grünen erwarten.

Tübingen den 15.10.85

Lieber Christian,

... ich hatte in Bonn nicht mehr Gelegenheit für eine Antwort auf deine Frage, was man denn von der Bundestagsfraktion der Grünen erwarte, da die zur Verfügung stehende Zeit etwas knapp geworden war, deshalb will ich einige Antworten schriftlich geben:

1. Das eigene kulturelle Milieu der Bundestagsfraktion mag ruhig ihre eigene Sache bleiben. Ob nun ein gemischter Chor gebildet wird oder nicht, ist für uns nicht so wichtig.

2. Wichtiger wäre die Entwicklung einer Kulturpolitik als eines eigenen Politikbereichs. Da der Bund der Gesetzgeber ist und dort alle Gesetze gemacht werden (bzw. verändert werden), die für Kulturschaffende und Künstler von Belang sind, braucht auch die grüne Bundestagsfraktion zumindest einen Experten, der sich in die einschlägigen Gesetze einarbeitet und mit dem gesprochen werden kann, wenn es darum geht, einzelne Paragraphen von Gesetzen (z.B. Umsatzsteuer oder Einkommensteuer für Künstler bzw. kulturelle Veranstaltungen) zu verändern oder neue Gesetze durchzusetzen.

3. Die Kulturhoheit in der BRD liegt zwar bei den Ländern, doch haben alle Bundesministerien z.T. sehr gut ausgestattete eigene Kulturhaushalte und die Möglichkeit, damit die kulturelle Arbeit vor Ort zu unterstützen (oder aber nicht). Das wäre also die konkrete finanzielle Unterstützung von kulturellen Projekten.

Hier wäre es nötig, einmal zu untersuchen, wieviel Geld welches Ministerium (oder Amt) für Kulturarbeit zur Verfügung hat und wofür dieses Geld tatsächlich ausgegeben wird. (Z.B. wollte der Club Voltaire in Tübingen für das Festival „Das andere Amerika" im Jahr 1985 eine Förderung aus Mitteln des AA, um Künstler aus der Friedensbewegung der USA einladen zu können, was jedoch mit dem Hinweis auf die „begrenzten Mittel" abgelehnt wurde. Gleichzeitig war in den Zeitungen zu lesen, daß für den deutsch-amerikanischen Kulturaustausch pro Jahr 60 Mill DM zur Verfügung stehen.)

4. Es geht jedoch bei der Kulturdiskussion nicht nur um Gesetzesparagraphen und um „Staatsknete", sondern zunächst und vor allem einmal um die Bedeutung von Kultur in der Gesellschaft und um die Einsicht, daß die Frage der kulturellen Harmonie eine politische Machtfrage erster Ordnung ist. Wer in der Lage ist, „die Begriffe zu besetzen", d.h. die öffentliche Diskussion mit seinen Themen zu bestimmen, wer heute kulturell den Ton angibt, schafft die Voraussetzungen, um morgen die politische Macht zu übernehmen. Es läuft derzeit in der Bundesrepublik (z.B. auch in der TAZ) eine recht spannende Diskussion über Gramscis Kulturkonzeption, die auch von der grünen Bundestagsfraktion verfolgt werden sollte, weil sie dazu verhelfen könnte, die teilweise noch vorhandene Ignoranz gegenüber der Frage der kulturellen Entwicklung abzubauen.

5. Weiter würde ich die Aufmerksamkeit der grünen Bundestagsfraktion gerne auf die Unterstützung der heutigen „Kultur von unten" richten und sie auffordern, sich nicht zu stark von den kulturellen Themen beeindrucken zu lassen, die von den anderen Parteien vorgegeben werden. Es läge an ihr, sich z.B. für die Soziokultur stark zu machen, also für die kulturelle Szene jenseits und unterhalb der staatlich geförderten Repräsentationskultur, in der die politische Dimension von Kunst und Kultur neu entdeckt wird. ...

Ich schreibe das, weil ich fürchte, daß die Ignoranz in der Kulturfrage ein schlechtes Omen für die Existenz der Grünen überhaupt ist.

gez. Eckard Holler

Am 24.10.85 haben erstmals alternative Kultureinrichtungen aus Baden-Württemberg die Möglichkeit, im Rahmen eines Hearings über „Kulturelle Vielfalt in Baden-Württemberg" dem Landtag ihre Arbeit und ihre Zielsetzungen vorzustellen. Es wird erwartet, daß dieses Hearing recht lebhaft verlaufen wird, da die Landtagsfraktion der CDU bislang auf dem Standpunkt verharrt, daß soziokulturelle Arbeit (vor allem der freien Träger) die Perversion von Kunst und Kultur darstellt (zitiert nach Äußerungen von CDU-Landtagsabgeordneten in der 24. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst am 19.1.84).

An dem Hearing, das im Plenarsaal des Landtags stattfindet, werden u.a. die Vertreter von Club Voltaire Tübingen, Club Alpha Schwäbisch Hall, Goldener Anker Pforzheim, Theaterhaus Stuttgart, Club Manufaktur Schorndorf, Gems Rielasingen-Arlen, Lindenhof Melchingen, Folkhaus Karlsruhe und Kulturfenster Heidelberg teilnehmen.

Vom 19. bis 22.9.85 fand in Böblingen ein bundesweites Treffen von Liedermachern und Liedermacherinnen statt, die in der AG Song organisiert sind. Die Vereinigung, die Mitte der 70er Jahre entstand, kümmert sich vor allem um Künstler der „zweiten" Reihe und hat sich um die Nachwuchsförderung verdient gemacht. In Böblingen wurde das Treffen sehr wichtig genommen: erstmals in der Geschichte der AG Song gab es ein Vier-Farben-Plakat (mit einer Zeichnung von Gertrude Degenhardt), erstmals wurde das Treffen auch von einem Landtagsabgeordneten (der selber Liedermacher ist), und zwar von Werner Grunert (SPD), organisiert. Der Böblinger Oberbürgermeister und der Kulturamtsleiter hielten humorvolle und weitausholende Reden über das Liedermachen seit dem Sängerkrieg auf der Wartburg, als Hommage an Böblingen sang die Böblinger Liedermacherin Astrid Groß zur Eröffnung das Volkslied „Im schönsten Wiesengrund", das der Böblinger Liedermacher Wilhelm Ganzhorn in der Mitte des 19. Jahrhunderts gedichtet hat.

BETR.: CONTRASTE JUNI/AUGUST/SEPTEMBER — LESERBRIEF

Ökofonds - Erfahrungen

Liebe Freunde vom Ökofonds!

Wir nehmen den Presserummel um die — doch bedeutenden — Beträge, die bisher im Ökofonds zusammengetragen worden sind zum Anlaß, der dargebotenen Euphorie den Dämpfer der gelebten Praxis aufzusetzen.

Wir hatten im Herbst 1984 einen Antrag auf DM 50.000.— zur Entwicklung unseres Verfahrens zur „Anäroben Vergärung" gestellt.

Der Antrag ging an Ökofonds/Bremen — wegen der Höhe des Betrages zur dezentralen Teilbearbeitung in den einzelnen Ökofonfs-Regionen.

Hier erwies sich der Anspruch auf basisdemokratischen Dezentralismus in der Folge als eine Verfahrensweise, die weder für uns effektiv ist — noch dies für Euch sein dürfte. Das Verfahren erinnert stark an die allseits beklagte EG-Bürokratie.

Vom Bremer Ökofonds erhielten wir zum 1.4.85 über einen unkomplizierten Darlehensvertrag DM 1.370.— (Bremer Anteil an der Gesamtsumme).

Aus München, vom Bayrischen Ökofonds, erhielten wir am 4.4. 85 die Nachricht, daß es noch nicht zur Antragsbearbeitung kommen konnte — und die Anfrage, ob wir noch am Antrag festhalten wollten. Gleichzeitig wurden wir aufgefordert, noch einmal mit unserem Grünen Kreisverband Kontakt aufzunehmen, Stellungsnahme einzuholen und ihn „zur Benennung des 6. Mitglieds aufzufordern". Wir haben dies getan und München mitgeteilt, daß wir weiterhin unseren Antrag aufrechterhalten.

Im Juni '85 kam dann ein Schreiben aus München, daß uns die Bearbeitungsnummer 180 und einen neuen Bearbeiter/Kontaktperson (Harald Nestler) zukommen ließ. Dann war noch einmal von der Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Kreisverband die Rede, wurde hier jedoch korrigiert auf: „für Euch ist der Landesvorstand Bayern zuständig." Also nicht, wie geglaubt, unser heimischer, Bremer Kreisverband, sondern wegen des überregionalen Charakters unseres Antrages — eben der Bayrische Landesvorstand, was die Beteiligung des Bayrischen Ökofonds an der Förderung für uns angeht. Uns wurde nochmal ans Herz gelegt, mit eben diesem Landesvorstand Kontakt zwecks Stellungsnahme und dem „6. Mitglied" aufzunehmen. Die letzte Passage des Anschreibens machte uns immerhin Mut, daß wir „den Termin zur Behandlung unseres Antrages rechtzeitig mitgeteilt bekommen" würden.

Niedersachsen meldete sich im Mai bei uns mit der erfreulichen Nachricht, daß der Ökofonds Niedersachsen uns „gemäß Beschlusses des Verwaltungsrates vom 20.4.85, einen rückzahlbaren, zinslosen Zuschuß in Höhe von DM 6.875.— gewährt. Soweit so gut.

Die Abwicklung dieses Darlehens soll niedersachsenspezifisch über eine Raiffeisenkasse mit Rück-Ring-Bürgschaft erfolgen. Das hat mit der Kreditaufsicht zu tun, ist auch erstmal verständlich — wird hoffentlich bald (Christel Möller war zuversichtlich) in eine andere Form (Leihgemeinschaft, Kreditgarantiegemeinschaft) überführt. Die Abwicklung machte eine persönliche Bürgschaft zweier Einzelpersonen aus unserem Belegschaftsunternehmen erforderlich, eine technische Variante, die dem Charakter von gemeinsamer Verantwortung und Gleichgerechtigung in den meisten antragstellenden Projekten nicht gerade entgegenkommt — im Gegenteil unangenehm in gleichberechtigte Strukturen eingreift. Die Abwicklung ist erledigt und wir rechnen mit DM 6.875.—, die uns überwiesen werden sollen (auf mein Privatkonto, was wohl erforderlich — deswegen jedoch nicht weniger unerfreulich ist).

Von anderen regionalen Ökofonds haben wir bis heute gar nichts gehört. Nach fast einem Jahr Laufzeit unseres Antrages stehen uns somit DM 1.370.— aus Bremen, DM 1.500.— aus Schleswig-Holstein (Mai '85) und die zugesagten DM 6.875.— aus Niedersachsen zur Verfügung.

Wir sind ein Wirtschaftsbetrieb, der sich gerade wegen seiner politischen Bedeutung und der angestrebten Produktion von Öko-Technologie besonders hart im Wettbewerb „in diesem, unserem Lande" behaupten muß. Wir sind also im Prinzip sehr stark auf Unterstützung unseres Vorhabens angewiesen. Nur müssen wir uns da stärker auf eine klare Linie verlassen können — wobei Eurer Arbeit, und damit Euch selbst, — eine solche sicher nicht schaden wird. Ihr könntet natürlich auch klar die Entscheidung fällen, daß Wirtschafts/Produkt-Förderung für die Selbstverwaltungswirtschaft nicht Thema des Ökofonds sein soll. Eben weil es riskant ist, kompliziert, aufwendig — und vielleicht in mancherlei Hinsicht eine „Nummer zu groß". Das wäre — politisch — schade, würde jedoch dann unrealistische Hoffnungen den Fonds gegenüber im Ansatz abblocken — damit jedoch Schaden von Fonds/Antragstellern abwenden.

Ich selbst habe eine andere Meinung dazu, sie wiederholt öffentlich kundgetan — diskutiere auch gerne mit Euch darüber, wenn Ihr Wert darauf legt. Würde natürlich auch gern wissen, ob wir ggfs. noch weitere Gelderchen bei Euch beantragen können/bzw. sollen, da sich der Gesamtaufwand unserer Entwicklungskosten bis zur „Reife" auf DM 1,2 Mio belaufen wird.

Mein umfangreiches Briefchen gereiche Euch als freundliche und solidarische Kritik.

Mit zuversichtlichen Grüßen,
Heinz Bollweg
AN BREMEN

Achtung: Redaktionsschluß geändert

»Bunte Seiten«

Wer es noch nicht weiß: so soll eine Beilage zur CONTRASTE heißen, in der Hunderte von Adressen von selbstverwalteten Betrieben und Projekten aufgeführt sind, übersichtlich nach Branchen und Regionen geordnet.

Einerseits ist das für die Betriebe eine (preiswerte) Werbung, andererseits erfahren die Leser der CONTRASTE in Stadt und Land mehr über die Betriebe in ihrer Nachbarschaft und über die Vielfalt der Arbeitsbereiche, in denen sich die Betriebe tummeln.

Zwar gibt es in einigen größeren Städten schon Wegweiser zu selbstverwalteten Betrieben und Projekten, doch viele Regionen und (Klein-)Städte in der BRD sind noch weiße Flecken auf der Selbstverwaltungslandkarte. Bundesweit existiert noch kein derartiges Verzeichnis.

Für die Anzeigen bieten wir die drei nachstehenden Größen an: 2-spaltig, Querformat (10,8 x 7 cm), 1-spaltig, Hochformat (5,2 x 14 cm) und die Kleine: 1-spaltig Hochformat (5,2 x 7 cm).

Die Anzeigen werden von uns nach Regionen und Städten geordnet. Zusätzlich wollen wir vermerken, ob der Betrieb schon Mitglied in einer regionalen Selbstverwaltungsorganisation ist. Bitte schickt diese Information mit der Anzeige. Als Preis haben wir DM 60,— für die Großen und DM 30,— für die Kleine festgelegt, eine Summe, die noch unter dem Selbstkostenpreis liegt. Um den Preis so niedrig anzusetzen, brauchen wir von Euch reproduktionsfähige Vorlagen, wenn wir Satz bzw. Gestaltung machen sollen, wird das extra in Rechnung gestellt. Wir können Eure Anzeige nur „verarbeiten", wenn Ihr mit der Druckvorlage einen Scheck schickt oder DM 60,— bzw. DM 30,— auf das Konto der Heidelberger Volksbank (BLZ 672 900 00) Kto.-Nr. 100 183 315 (Dieter Poschen/AG SPAK) überweist.

Für die interessierten Betriebe werden wir für Werbezwecke (Verteilen etc.) zusätzliche Exemplare drucken, die ihr zum (niedrigen) Selbstkostenpreis anfordern könnt.

Redaktionsschluß für die BUNTEN SEITEN ist der **15. Dezember 1985.** *Die reproduktionsfähigen Vorlagen schickt bitte pünktlich an: Zündsatz, Postfach 104 520, 6900 Heidelberg.*

Anzeige

Der dritte Band der Karl-May-Reihe ist da!

Matthias Neuling Auf fremden Pfaden
Ein Leitfaden der Rechtsformen für selbstverwaltete Betriebe und Projekte

Wie muß ein Betrieb strukturiert sein, um den Ansprüchen nach Selbstverwaltung und Kapitalneutralisierung gerecht zu werden?
Gibt es bei den bürgerlichen Rechtsformen die Chance, alternative Betriebsmodelle zu verwirklichen?

Der Autor befaßt sich mit diesen Kernfragen sehr detailliert - und siehe da - es läßt sich durchaus unter den Röcken der vorhandenen Rechtformen selbstverwaltet leben.

Wie man das zu machen hat, gegen den internen Zoff und vor dem Notar, dafür liefert der Autor eine Vielzahl von praktischen Beispielen.

184 Seiten, DM 16 ISBN 3-922778-08-9

Wer die Karl-May-Leitfäden komplett bestellt, bezahlt nur DM 37.

Der Verlag für sachdienliche Hinweise.
STATTBUCH
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
☎(030) 691 30 94/5

Bonner Institut für Demokratieforschung mit Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit (Hrsg.)
Alternative Ökonomie in NRW
Ergebnisse einer Tagung vom 23. bis 25 November des letzten Jahres.
(erscheint demnächst)
Alternative Ökonomie in NRW

Aus dem Inhalt:
Referate und Diskussionen zu den Themen Beratung, Finanzierung und Interessenvertretung alternativer Betriebe, Perspektivendiskussion.
Mit Beiträgen von K.Bergmann, W.Beywl,,H.Brombach, H-G.Nottenbohm, K.Novy, Karl Zehetner und vielen Diskussionsteilnehmer/innen. (7oSeiten, 1o,-DM)
zu Bestellen durch Vorüberweisen von 1o,-DM auf Kto. Nr.1o211-425oo bei der BFG Bonn(Blz.38o1o111)

bid brungsgasse 1 53 bonn 1

Tagungen... Seminare... Treffen

Selbstverwaltet Wirtschaften – Situation und Perspektiven in Ba-Wü

Hearing im Landtag

Die Fraktion der GRÜNEN im Landtag Baden-Württemberg veranstaltet am Samstag, den 7.12.85 eine ganztägige Anhörung zum Thema „Selbstverwaltet Wirtschaften – Situation und Perspektiven für Baden-Württemberg '.

Nach einem Überblicksreferat (angefragt Prof. Schwendter, Kassel), kommen selbstverwaltete Betriebe verschiedener Branchen und Regionen mit eigenen Beiträgen zu Wort.

Am Nachmittag beleuchten Arbeitsgruppen verschiedene Themen wie Finanzierung, Beratung, Rahmenbedingungen, Demokratie der Arbeitswelt, Arbeitslosigkeit und selbstverwaltete Betriebe, Frauen in selbstverwalteten Betrieben und Umfeldprobleme (Stadt-Land-Kontrast). Die Arbeitsgruppen werden jeweils von sachkundigen Leuten geleitet, so z.B. die Arbeitsgruppe Finanzierung von Marlene Kück, Berlin, und die Arbeitsgruppe Rahmenbedingungen von den ibek-Leuten aus Karlsruhe.

Da die Veranstaltung im Landtagsgebäude stattfindet, ist eine persönliche Einladung durch die Fraktion erforderlich. Bei Interesse schreibt bitte an: Fraktion GRÜNE, Haus des Landtages, Konrad-Adenauer-Str. 3, 7000 Stuttgart 1 und Ihr erhaltet ein Programm mit einer Anforderung für eine Einladung, die Ihr zurücksenden müßt.

Rückfragen bitte an: Ralph Bürk, Tel.. 0711/206 34 63 oder die Fraktionsgeschäftsstelle, Tel.: 0711/206 34 60/65

AUFRUF

Als typisches Alternativprojekt (viel Chaos, viel Idealismus, wenig Geld) ist jetzt auch bei uns der Zeitpunkt gekommen, wo wir G E L D brauchen. Keine Spenden natürlich, sondern nur leihweise, als Kredit. Das Projekt hat zwar eine glänzende Zukunft, wie jeder leicht einsehen wird (es kann nur noch besser werden), steht zur Zeit jedoch noch etwas auf tönernen Füßen. Deshalb wollen wir möglichst kleine und viele Kreditbeträge. Und damit das mit den Zinszahlungen nicht so umständlich wird, wollen wir anstelle von Zinsen die CONTRASTE kostenlos anbieten. Bezogen auf 200 DM bedeutet die kostenlose Überlassung der CONTRASTE eine 12%ige Verzinsung im Jahr (= 24 DM eingespart). Dabei denken wir an 2-4jährige Laufzeiten – solange gibt es dann auch die CONTRASTE umsonst (für schon bestehende Abos gibt es eine entsprechende Aboverlängerung).

Sicherheiten gibt es keine – d.h. die 200 DM sind echtes Risikokapital. Also: Noch heute den Darlehensvertrag anfordern!

.....

Hiermit möchte ich Euch einen 200-DM-Kredit anbieten und bekomme dafür die CONTRASTE während der Laufzeit des Kredits umsonst.

Ich habe schon abonniert.
Meine Adressaufkleber-Nr. .....

.....

Name, Adresse

Datum, Unterschrift: .....

CONTRASTE action

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: .....

Adresse .....

Die Überweisung von 42 DM/36 DM ist auf das
Postscheckkonto 383687-607
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich

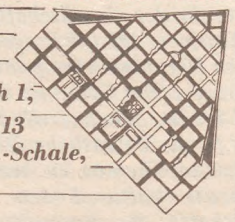
- O Umweltfreundliches Schreibset
- O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
- O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,– DM (statt 14,– DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
- O Unser Geldrausch – neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
- O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 3.– DM (statt 18.– DM) den „Provinz-Film-Katalog", 220 Seiten, mit Zusammenstellung von ca. 100 Provinz-Filmen, Filmarbeit in der Provinz-Modelle von Programm-Kinos in der Provinz und einer Bestandsaufnahme der Kinos in der Provinz

Name des Werbers/der Werberin: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.



zum Osteresch 1,
tel. 05457/1513
4447 Hopsten-Schale,

November

BIOENERGETIK FÜR LESBEN
Ursula Paul
Fr 8.11.85 bis So 10.11.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

YOGA UND FRAU SEIN
Adelheid Ohlig
So 10.11.85 bis Fr 15.11.85
Kosten. DM 190,– bis 250,–

ARBEIT BEZAHLT MACHEN
Helga Steinmeier/Karin Linde
Fr 15.11.85 bis So 17.11.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

ABTREIBUNG
Karin Vennen, Brunhild Linnemann
SO 17.11.85 bis 19.11.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

ICH BIN, DIE ICH BIN
Petra Pfleiderer
MI 20.11.85 bis SA 23.11.85
Kosten: DM 110,– bis 150,–

ICH BIN DIE STRAHLENDE SONNE MEINES LEBENS
Sirinka Pfleiderer
MO 25.11.85 bis FR 29.11.85
Kosten: DM 170,– bis 230,–

FRAUEN – ZUKÜNFTE
Johanna Geyer-Kordesch
FR 29.11.85 bis SO 1.12.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

Dezember

ORIENTALISCHER BAUCHTANZ
Sabine Lorbeer
SO 1.12.85 bis FR 6.12.85
Kosten: DM 190,– bis 250,–

WEN-DO
Marion Steußloff
FR 6.12.85 bis FR 13.12.85
Kosten: DM 270,– bis 330,–

FÜNFJÄHRIGES BESTEHEN TAG DER OFFENEN TÜR
Ein Grund, die Sektkorken fliegen zu lassen, Kaffee und Kuchen im Haus zu haben, und die „Tür zu öffnen"; für alle, die Lust haben, mit uns diesen Tag zu feiern, das Haus mal von innen sehen möchten oder/und sich über unsere Frauenarbeit informieren wollen.
SO 24.11.85 von 11 bis 18 Uhr

Komplettes Programmheft mit ausführlicher Beschreibung des Kursangebotes sind unter o.a. Anschrift zu beziehen. Bitte adressierten und frankierten Rückumschlag (DM 1,30 Porto) beilegen.

AG SPAK Tagungen

Alternative Ökonomie

SOZIALE SICHERUNG IN SELBSTVERWALTETEN PROJEKTEN, SELBSTHILFE-PROJEKTEN UND BETRIEBEN
Termin: 8. bis 11.11.85
Ort: Bielefeld
Anmeldung und Anfragen:
Ingrid Wolscher
AJS Läufertsmühle
6934 Neckargerach
oder:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.. (089) 6 91 78 21

15 Jahre AG SPAK
Vertretertag '85
Bilanz und Perspektiven sozialpolitischer Arbeit
aus den Bereichen:
- Strafvollzug, Knastarbeit, Jugendwohnkollektive
- Obdachlosigkeit
- Stadtteilarbeit (Mieterinitiativen, Sanierungsgruppen etc.)
- Psychiatriebereich (Krisenintervention-sarbeit, Patientenclubs etc.)
- Behindertenarbeit
- Selbstverwaltete Jugendzentren
- Alternative Ökonomie
- Provinzarbeit
- „Arbeitskreis Pädagogik Paulo Freire" (Bewußtseinsbildende Arbeit)

Termin: 29.11.-1.12.85
Ort: Fronhausen/Marburg
Anmeldung und Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6 91 78 21

JUGENDHOF BESSUNGER FORST

Seminare

Der Jugendhof ist eine Bildungsstätte, die seit 18 Jahren selbständig arbeitet. Der Betrieb finanziert sich überwiegend aus den Einnahmen der Beleger. Anmeldungen und Anfragen an:
Jugendhof Bessunger Forst
Aschaffenburger Str. 185
6101 Roßdorf 1
Tel.. 06151/145171

Ökologie und Kommunalpolitik
In den letzen Jahren wurde die Kommune als politischer Kristallisationspunkt (wieder-)entdeckt. Es hat sich herausgestellt, daß gerade Umweltpolitik nicht nur von der großen übergreifenden Idee lebt. Genauso wichtig ist die zähe Auseinandersetzung mit den Problemen vor Ort; das Wissen von ihrer Existenz und ihre Lösungsmöglichkeiten.
Ziel des Seminars ist es, die ökologischen Probleme der Stadt Darmstadt und des Rhein/Main/Neckar-Verdichtungsraumes aufzuzeigen und Alternativen, insbesondere für die Kommunalpolitik, zu entwickeln.
8.11. bis 10.11.85
Leiter: Manfred Staab
Teilnehmergebühr: DM 60,–

Vollwerternährung für Kinder
Eltern von Kleinkindern können hier theoretisches und praktisches Wissen über die Zubereitung von Mahlzeiten nach Vollwertgesichtspunkten lernen.
29.11. bis 1.12.85
Leiterin: Almuth Hoffmann-Kerker
Teilnehmergebühr: DM 60,–
Paare erhalten Preisnachlaß

Garantiertes Mindeseinkommen
Das Seminar befaßt sich mit den Möglichkeiten, die Standardrisiken des Arbeitslebens materiell abzufangen und der gesellschaftlichen Spaltung in Beschäftigte und Arbeitslose mit Hilfe eines garantierten Mindesteinkommens entgegenzuwirken. Sodann soll die Frage nach einer solchen Möglichkeit der Absicherung von Selbsthilfeansätzen debattiert werden.
29.11. bis 1.12.85
Leiter: Klaus-Uwe Gerhardt
Teilnehmergebühr: DM 60,–

Computereinsatz im selbstverwalteten Betrieb
Im Vordergrund soll die Frage stehen, ob Personalcomputer sinnvoll und verträglich in Projekten mit selbstverwalteter Struktur eingesetzt werden können. Daneben gibt es einen Überblick über Anwendungsgebiete, Leistungsfähigkeit und Einsatzmöglichkeiten von Personalcomputern.
20.12. bis 22.12.85
Leiter: Ernst Funiak
Teilnehmergebühr: DM 60,–

Buchhaltungs- und Finanzierungsfragen für selbstverwaltete Betriebe und soziale Projekte
Diese Reihe mit Tageskursen soll hier fortgesetzt werden mit den Schwerpunkten:
- Personalbuchhaltung
- Steuergesetze
- Finanzierungsmöglichkeiten

Termine nach Absprache, jeweils samstags ganztägig, bis einschließlich Dezember
Leiter: Rolf Klatta, Conny Wicht
Teilnehmergebühr: je DM 10,–

Institut für ökologische Wirtschaftsförderung

Eröffnungstagung

Alle reden von der Krise der Wirtschaftswissenschaften – wir auch. Während die traditionelle Wirtschaftsforschung bemüht ist, in ihren Beschreibungen und Vorschlägen an den überkommenen Vorstellungen von Wachstum, Beschäftigung, Gleichgewicht festzuhalten, sehen wir das Problem in einer von gesellschaftlich-kulturellen Wertsetzungen losgelösten Ökonomie. Insbesondere die ökologische Fragestellung hat die Grenzen isolierten ökonomischen Denkens deutlich gemacht.

Mit der Gründung des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung wollen wir dem steigenden Bedarf an praxisbezogener Forschung Rechnung tragen, darüber hinaus aber auch zur Begründung einer neuen wissenschaftlichen Tradition beitragen, die auf der Einsicht beruht, daß ökonomische, ökologische und soziale Probleme nur noch integrativ angemessen gelöst werden können.

Unter dieser Perspektive soll die Vereinigung für ökologische Wirtschaftsförderung mit regionalen und fachlichen Arbeitsgruppen der Zersplitterung durch den akademischen Betrieb entgegenarbeiten und einen eigenständigen Vernetzungszusammenhang kritischer Wissenschaft entwickeln.

Mit der Eröffnungstagung „AUSWEGE AUS DEM INDUSTRIELLEN WACHSTUMSDILEMA" wollen Institut und Vereinigung deutlich machen, daß die aktuelle theoretische Unübersichtlichkeit und Unsicherheit in besonderem Maße den Diskurs verschiedener Richtungen erfordert. Dieser Diskurs verspricht freilich nur dann erfolgreich zu werden, wenn die Fragen in der Grundsätzlichkeit gestellt werden, die die heutige Situation erfordert.

TAGUNGSORT: Technische Universität Berlin, Mathematik-Gebäude, Straße des 17. Juni 136 (Tagungsplenum MA 004)
Termin: 15. bis 17. November 1985
Anmeldung und Information:
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, Niebuhrstraße 61, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/324 32 55

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

WOCHENENDSEMINARE – BILDDUNGSURLAUB

4. – 8.11. **Zukunftswerkstatt**
18. – 22.11. **Müll und Abfälle**
9. – 13.12. **Ökologische Kommunalplanung**

Anfragen: Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V., 3257 Springe-Eldagsen, Tel. 05044/3 80 (ausführliches Seminarprogramm für 1,30 DM in Briefmarken).

Dringend gesucht

Hamburger Vollkornbäckerei im Aufbau sucht Bäcker/innen (Gesellen/Meisterbrief erwünscht, aber nicht Voraussetzung) mit Erfahrung im Bio-Backen. Das Projekt umfaßt Arbeit mit psychisch behinderten Menschen. Kontakt: Projektgruppe Arbeit, Bei den Mühren 70, 2000 Hamburg 11, Tel. 040/37 17 71

Hamburger Kfz-Werkstatt im Aufbau sucht Meister – möglichst mit Citroen-Erfahrung. Das Projekt umfaßt auch Arbeit mit psychisch Behinderten. Kontakt: Projektgruppe Arbeit, Bei den Mühren 70, 2000 Hamburg 11, Tel. 37 17 71

Wir, die Leute von der Gauklermühle – Tagungshaus und Kneipe in Selbstverwaltung – suchen zwei neue Leute, die bei uns einsteigen wollen. Tel.: 02663/87 97

Buchbinderkollektiv sucht noch dringend Mitarbeiter/innen. Am liebsten vom Fach, aber mit ernstem Interesse an einer längerfristigen Mitarbeit im Kollektiv. Libellus-Verlag, Stuttgart, Tel.: 0711/62 44 07

Tischler, 26 J., sucht Arbeitsplatz in einem selbstverwalteten Tischlereibetrieb bzw. wer sucht zur Gründung eines selbstverwalteten Betriebes noch Leute zum mitmachen. Ralf Niemeyer c/o M. Küsel, An der Leimkuhle 13, 4000 Düsseldorf